

welchen sich besonders die von Söderberg-Schweden heraushebt, der den Deutschen den Dank der schwedischen Arbeiterschaft für die im Jahre 1900 gewährte moralische und materielle Unterstützung ausdrückt.

In seinem Rechenschaftsbericht gab Genosse Regien dann besonders seiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, die Hausangestellten und die Landarbeiter zu organisieren. 12 000 Landarbeiter, wirkliche Landarbeiter, in kurzer Zeit zu organisieren, sei viel mehr, als man erwarten konnte. Regien streift dann die vielen Anforderungen, welche an die Generalkommission wegen der Errichtung von Arbeitersekretariaten und der Anstellung von Gewerkschaftsbeamten gestellt werden. Diese Forderungen werden oft mit der großen Zahl der christlichen Sekretariate und Gewerkschaftsbeamten motiviert. „Und auf eine Konkurrenz mit den Christlichen einzulassen,“ führt Regien aus, „müssen wir ablehnen. Wir können das nicht. Wie es die Christlichen können, das weiß ich nicht!“ Diese angeblich mangelhafte Kenntnis Regiens stieß bei den Delegierten auf überraschendes Verständnis.

Zu den Anträgen über die Gewerkschaftsschule, die auf Zusammenlegung mit der Parteischule, Ausdehnung der Kurse und andere Anstöße der Vortragenden hinausgehen, äußert sich Regien im Namen der Generalkommission und einer Vorstandskonferenz ablehnend. Beide Schulen dienen durchaus verschiedenen Absichten. Wenn man die Schüler für ein halbes Jahr aus ihrem Beruf herausnehme, übernehme man für sie eine Verpflichtung. Ueber die Qualifikation der Vortragenden ist die Generalkommission aber der Meinung: Ist die Behandlung der Materie wissenschaftlich einwandfrei, so darf man den Vortragenden keine Vorschriften über ihre Parteizugehörigkeit machen. Es kann allerdings vorkommen, daß die Beteiligten ausprechen, zu jemandem, der sich so oder so in der Öffentlichkeit äußerte, haben wir kein Vertrauen. Dieser Umstand ist aber bisher nicht eingetreten.

Der Redner äußert sich dann noch über das Verhältnis zum reichsstädtischen Amt und der Generalkommission. Er schildert dies als befriedigend, bedauert aber die noch immer vorhandene Ungenügsamkeit der Streikstatistik. Mit kaltem Bohm äußert er sich über ein Regierungssystem, das die beamteten Ressortvertreter zwingt, gegen ihre eigene Überzeugung Arbeit zu verrichten, deren Un Sinnigkeit ihnen klar ist.

Regien geht schließlich auf das Verhältnis von Gewerkschaften und Partei ein. Er bittet, die Vereinbarungen zwischen Partei und Gewerkschaften über die Parteiführer debarrierlos anzunehmen. Es sei endlich an der Zeit, in der Sache Frieden zu machen und auf der gegebenen Grundlage für die Parteiführer zu arbeiten. Generalkommission und Parteivorstand lebten im völligen Einvernehmen. Nicht so sei es mit einzelnen sozialdemokratischen Schriftstellern. Der Redner nennt dabei Kautsky und Pannkoek. Er gibt zu, daß diese Diskussion auch von der Generalkommission nicht ohne scharfe Ausfälle geführt sei. Aber sagt er unter lebhaftester Zustimmung aus dem Kongreß: „Mit Seide näht man keinen groben Sack!“

Als Regien geendet hatte, gab ein großes Schlachten der eingebrachten Anträge an. Die Anträge auf Vereinigung von Partei- und Gewerkschaftsschule, die auf Verlängerung der Gewerkschaftskurse, auf die Auswahl der Lehrkräfte hinsichtlich der von diesen bereiteten politischen Anschauungen werden zurückgezogen oder nicht genügend unterstützt. Auch ein Antrag, Herrn Calwer die Mitarbeit im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission unmöglich zu machen, findet keine ausreichende Unterstützung. Durch Zurückziehen oder ungenügende Unterstützung fallen auch alle Anträge, die von rechts und links zur Parteiführerfrage gestellt sind. Auch die gesamten Anträge auf Neueinrichtung von Arbeitersekretariaten fallen. Uebrig bleiben lediglich ein Antrag auf Förderung der Jugendorganisation, die Anträge auf Schaffung respektive Ausbau einer zentralen Ausperrungsabwehrkasse sowie ein solcher auf Förderung der Genossenschaften.

Die Diskussion über die gewerkschaftlichen Unterrichts-kurse war aber nicht ohne weiteres tot zu bekommen. Kaum daß die dem Kongreß darüber vorliegenden Anträge zurückgezogen oder durch mangelnde Unterstützung von vornherein niedergeschmetzt waren, so tauchte ein Antrag Winnig auf, der eigentlich genau dasselbe geändert wissen wollte, was zu ändern in den in der Versammlung verschwundenen Anträgen beabsichtigt war. Lediglich zur Frage der Lehrerauswahl nahm dieser neue Antrag nicht Stellung. Winnig und Dittmer betonten auch, daß in der Tat gerade aus den Reihen der Teilnehmer an den Kursen Wünsche auf eine Änderung nach dieser und jener Richtung hin laut geworden sind. Insbesondere wurde immer die Dauer der Kurse als ungenügend empfunden. In seinem Schlusswort wies Regien darauf hin, daß diesem Mangel dadurch abgeholfen sei, daß ja von der Parteischule den Gewerkschaften 10 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Diese Plätze sind nie voll in Anspruch genommen worden. Der Antrag Winnig wird abgelehnt.

Einmütig angenommen wird dann ein Antrag Da Baar, der die Gewerkschaftskarteile auffordert, die junge Organisation der Hausangestellten zu unterstützen.

Die Anträge auf Schaffung eines allgemeinen Streikunterstützungsfonds wurden der Vorstandskonferenz überwiesen.

Der Nachmittags diente der Regelung des Verhältnisses zwischen Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften. Genosse Bauer beleuchtete in einem sehr instruktiven Referat diese Stellung und empfahl die Annahme der vorgeschlagenen Resolutionen. Diese wurden denn auch angenommen.

Auf dem Kongreß sind 388 Delegierte anwesend, die 276 335 organisierte Arbeiter vertreten.

Kreuzzeitungs-Logik.

Die konservativen Blätter wiederholen, um die Freisinnigen einzuschüchtern, in immer neuen Variationen ihre Drohung, daß die fortschrittliche Volkspartei, falls sie nicht dem konservativen Votum zur Sammlung gegen die rote Notte folge, bei den nächsten Reichstagswahlen von konservativer Seite genau dieselbe Behandlung erfahren werde, wie die „landesverräterische“ Sozialdemokratie. Wie es scheint, hofft man in einem Teile der konservativen Presse noch immer darauf, die Fortschrittler zum Evangelium der „vaterländischen“ Sammel-politik bekehren zu können, während ein anderer Teil diese Hoffnung bereits aufgegeben hat, und deshalb die fortschrittliche Volkspartei rücksichtslos an canaille behandelt. Zu den Blättern der letzteren Art gehört die „Kreuz-Zeitung“, die in ihrer Wochenübersicht die Freisinnigen folgendermaßen verhöhnt:

„Um den Konservativen Unguverlässigkeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie vorzuerzelen zu können, suchen fleißige liberale Journalisten bis in die Bismarck'sche Zeit hinein nach „Wundnissen“, die von Konservativen mit Sozialdemokraten abgeschlossen, und nach Abstimmungen, bei denen Konservative in der Stichwahl sozialdemokratischen Kandidaten zu Mandaten verholfen haben sollen. Aber dieser Fleiß hat sich kaum gelohnt. Mehr als ein paar Eingekläufe hat er nicht zur Hilfe gefördert.

Jetzt aber suchen die Liberalen die neuerdings von der Partei-leitung kundgegebene konservative Stellungnahme zu den kommenden Stichwahlen als einen Beweis dafür hinzustellen, daß die Konservativen eine Begünstigung der Sozialdemokratie im Sinne hätten. Das ist ausgeschlossen. Denn es wird ja in allen Fällen an dem Verhalten der bürgerlichen Linken liegen, wie die Konservativen sich stellen werden. Freilich Vorkämpfer der Sozialdemokratie haben von den Konservativen nichts zu hoffen. Das weiß man auch auf der Linken ganz gut. Aber gleichwohl fordern gerade die sozialisteneundlichen Fortschrittler blinde Duldung von rechts aus — nationalen Gründen. Und damit wollen die Linkenliberalen ihr Verhalten gegen die Sozialdemokratie beschönigen? Wollen vernünftigen Leuten zu glauben zumuten, die Fortschrittler, die den „Genossen“ grundsätzlich als Stütztruppen dienen, täten nichts anderes, als auch schon die Konservativen getan hätten? Mit solchem Gerede, das von einer Widerlegung gar nicht wert ist, machen sie sich ja nur lächerlich.“

Doch nicht nur darüber höhnt das Blatt der modernen Schnapsbrennenden Kreuzritter, daß die Fortschrittler sich eine eigene Wahlpolitik und -Taktik gestatten; es erklärt es auch für ganz berechtigt, daß die Konservativen gegen ihre liberalen Gegner mit der Waffe des wirtschaftlichen Boykotts kämpfen und diesen einfach ihre Kundtschaft entziehen. So schreibt das Junterblatt über die Boykottierung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Vorkämpfers Weber durch die sächsischen Konservativen:

„Und so ist es auch mit der „fürchterlichen“ Entrüstung der Linken über den angeblichen Vorkott gegen den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Vorkämpfer Dr. Weber. Wenn jemand eine verantwortliche Veranlassung bekleidet, dann muß er für auch in seiner Eigenschaft als Parteimitglied soweit Rechnung tragen, daß er Andersgesinnte, mit denen er geschäftlich persönlichen Verkehr zu pflegen hat, nicht in ihrer Ehre kränkt. Es wäre in der Tat eine seltsame Auffassung, wenn von einem Beleidigten verlangt werden sollte, mit dem Beleidiger, deshalb, weil er politischer Führer ist, weiter zu verfahren, als sei nichts vorgefallen und sich — vielleicht — gar noch weiteren Beleidigungen auszusetzen. Die Absicht, Herrn Dr. Weber wirtschaftlich zu schädigen, liegt zweifellos den sächsischen Konservativen fern. Sie fühlen sich eben gezwungen, ihn zu meiden.“

Wenn sozialdemokratische Arbeiter Geschäftsleute boykottieren, die die sozialdemokratische Partei aus gehässigste bekämpfen und beschimpfen, dann ist das ein Akt der Rache und der Brutalität; wenn hingegen wohlhabende Landbesitzer einen liberalen Abgeordneten boykottieren, der die Taten der Agrarkonservativen zu kritisieren gewagt hat, dann ist ein solcher Boykott nur ein Akt der Selbstschädigung und des berechtigten Parteistolzes.

Die Krise in Frankreich.

Paris, 25. Juni. (Fig. Ver.)

Braucht Frankreich einen Generalissimus, einen „obersten Kriegsherrn“? Für die Monarchisten jeglichen Kalibers ist die Frage entschieden. Der erste König, heißt es ja, war ein glücklicher Soldat — soll das Soldatenglück nicht wiederum die Monarchie zeugen können und wäre es auch nur, wie das des Generals Boulanger, auf dem Paradesfeld und in Schlafzimmern bewährt? Aber auch die demagogisch bewegliche, an patriotischen Legenden warmgehaltene Phantasie naiver Wassen mag die romantische Gestalt des providentialen nationalen Heiden nicht missen wollen. Die nüchternen Militärwissenschaft, die die Frage unter dem Gesichtspunkt der Bedingungen und Bedürfnisse moderner Kriegführung erledigen will, hat da mit Vorkursen und Verdächtigungen zu rechnen, die, sobald sie sich des parlamentarischen Feldes bemächtigen, politische Taktik fordern. In der Politik ist nun der General Soiran, der nach Vertheau Lode der Kriegsmi-nister des Kabinetts Monis geworden war, nichts weniger als ein genialer Taktiker. Er redete im Senat so ungeschickt, daß die an der nationalistischen Stimmung interessierte Presse wirklich die Meinung verbreiten konnte, daß sich der Kriegsmi-nister die Leitung der künftigen Kriegsoptionen etwa in der Art vorstelle, wie der gelähmte Monis aus seiner Kranken-stube die Regierungspolitik leitete — woraus sich dann die Gelegenheit ergab, diesen Kriegsmi-nister mitsamt seinem Ministerpräsidenten abzujagen.

Doch nur die Gelegenheit! Denn niemand hat auch nur den Versuch gemacht, zu bestreiten, daß das Ministerium gefallen ist, weil es sich für den Proporz erklärt hatte und die radikalen Antiproportionalisten für ihre Nieder-legung vom vorigen Tag ihre Rebände haben wollten. Daran können alle mathematischen Kunststücke, womit verschiedene interessierte Leute die Abstimmung von Freitag aus- und um-deuten wollen, nichts ändern. Es ist richtig, daß nicht alle proporzfeindlichen Radikalen für die von der Regierung be-kämpfte einfache Tagesordnung gestimmt haben. Die Proporz-gegner haben ohne ihren Generalissimus Pelletan die Operation durchgeführt. Jetzt aber heißt der Schlachtruf der ganzen proporzfeindlichen Armee: Kein Bordon für eine Regierung, die den Proporz auf ihre Fahne schreibt.

Damit ist aber eine schier unlösbare Situation geschaffen. Am Donnerstag ist das von den Proporzfeinden unterstützte Amendement, das die Vornahme der Deputiertenwahlen nach dem Majoritätssystem forderte, mit 341 gegen 223 Stimmen abgelehnt worden. Nach allen Regeln der parlamentarischen Demokratie müßte diese Abstimmung — und nicht die bei einer unpolitischen Nebenfrage am Freitag zustande gekommene Kombination — die Zusammensetzung des neuen Ministeriums entscheidend bestimmen. Die Wahlförderung ist jetzt in der Kammer in Beratung, der Wille einer großen Mehrheit zeichnet ihren Weg vor. Was die Proporz-feinde wollen, ist einfach, daß die Mehrheit vor der Minderheit abdankt. Begründet wird dies damit, daß der Proporz keine „republikanische“ Mehrheit habe — was auch nur dann stimmt, wenn man die Sozialisten nicht zu den Republikanern rechnet, was ja dem radikalen Blockprinzip selbst stracks zuwiderläuft. Nützig ist nur, daß die große Mehrheit der Radikalen dem Proporz widerstrebt. Soll die Stellung zur Wahlförderung die Zusammensetzung des neuen Ministeriums beherrschen, so müßte in der Tat der größte Teil der Linken untertreten bleiben, und das Ministerium hätte seine Mehrheit in einer Kooperation der verschiedensten Parteien und Parteifragmente — von den Progressisten bis zu den geeinigten Sozialisten — zu suchen. Eine solche Regierung aber ist unmöglich — aus allgemein politischen Gründen und infolge der parlamentarischen Stärkverhältnisse. Am Freitag haben sich die radikalen Unbedingten ohne Scheu mit der Rechten verbunden, um Monis zu stürzen, und es liegt auf der Hand, daß sie dadurch, daß sie ihre Macht in die Wagische werfen, wenn die Regierung einen oppositionellen Angriff von rechts oder auch von der sozialistischen Linken ausgeht, einen

Zustand der chronischen Krise schaffen könnten, der aber im gegebenen Augenblick schon des drängenden Budgets wegen um jeden Preis verhütet werden muß.

Gegen die radikalen Proporzfeinde ist eine Regierung nicht zu halten. Aber ebenso ist es ausgeschlossen, daß eine proporzfeindliche Regierung die Wahlreform zu Ende beraten läßt, die ihren Grund-sätzen widerspricht. Denn eben die Verhinderung der Erledigung der Reform vor den Ferien ist der Zweck der radikalen Obstruktionstaktik. Nun scheinen allerdings noch einige Auswege frei: Es könnten z. B. die Radikalen, die bisher für den Proporz gewirkt haben, abschwanken, und zumindest die Verschleppung der Reform erwirken. Indes scheint dieses wenigstens für jene ausgeschlossen, die, wie F. Vuissin in ideologischer Leidenschaft für die Reform in der ersten Reihe gestritten haben. Oder aber es könnte ein Ausgleich gefunden werden, indem sich die radikalen Proporzler zu einer weiteren Verschleppung der Reform, z. B. in der Richtung des Briand'schen „Prämien“-Systems bereit-fänden. Doch dazu sind wieder die ernsten Proportionalisten nicht zu haben, die in ihren Konzeptionen bis an die äußerste Grenze des mit dem Proporz-Prinzip Verträglichkeit, ja im „Apparantment“ noch erheblich darüber hinausgegangen sind. Ebenso ist aber jedes ernsthafte Zugeständnis von Seiten der Reformgegner, die im Bezirkswahlrecht ihre persönlichen In-teressen und die Interessen des klüngelpolitischen Gewerbes verteidigen, ausgeschlossen.

So erscheint denn in dem Wirtswarr die Auflösung des Parlaments und die Vornahme der Neuwahlen vielen Politikern als das unvermeidliche Rettungsmittel. Auch Jaures saßt sie ins Auge. Das Rezept ist sicher nicht populär. Unter der dritten Republik ist es nur einmal — und zu reaktionären Zwecken von Mac Mahon angewendet worden. Das Ansehen des Parla-mentarismus wird zweifellos durch dieses Ein-geständnis der parlamentarischen Paralyse weiter ge-schädigt werden. Und die Wahlen, die unter dem Schlagwort des Proporz durchgeföhrt werden, müssen die radikale Demo-kratie in eine unabsehbare Auflösungskatastrophe treiben, die für die Zukunft der Republik entscheidend werden muß. Die genauere Betrachtung wird aber darin nicht die Folge indi-vidueller Egoismen und Kurzsichtigkeiten, sondern den Fluß desselben geschichtlichen Prozesses der Kleinbürgerlichen Demo-kratie finden, der sich in dem Verjagen aller radikalen Re-gierungen ausdrückt, an deren Wiege reformistischer Opti-mismus immer wieder die Hoffnung aufsprangte.

Caillaux Ministerpräsident.

Paris, 25. Juni. Präsident Fallières hat den bisherigen Finanzminister Caillaux ersucht, die Kabinettsbildung zu über-nehmen. Caillaux bemüht sich, den Auftrag auszuführen. Von den bisherigen Ministern wird wahrscheinlich Delcassé das Marine-ministerium und Pams das Ackerbauministerium behalten. Der bisherige Minister des Inneren Cruppi dürfte das Justizmini-sterium übernehmen. Für das Ministerium des Inneren wird in erster Linie Millerand, de Selvas und Poimare genannt. Das Ministerium würde radikalen Charakter tragen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni 1913

Keine Herbsttagung des preussischen Dreiklassenparlamentes.

In ihrer Abendausgabe vom Montag, den 26. Juni, berichtet die „Tägliche Rundschau“:

„Bei der dritten Lesung des Etats hat das Abgeordnetenhaus einen Antrag aller Parteien angenommen, durch den die Staatsregierung aufgefordert wird, künftig den Landtag so zeitig einzuberufen, daß die größeren Gesetzesvorlagen vor Weh-nachten in erster Lesung beraten und an Kommissionen ver-wiesen werden können. Dabei soll Sorge genommen werden, daß diese Vorlagen sämtlich dem Landtag bei seinem Zusammen-tritt zugehen. Dieser Wunsch des Abgeordnetenhauses dürfte kaum Aussicht auf Erfüllung haben, da er nach An-sicht der maßgebenden Stellen undurchführbar ist. Die Zeit nach Schluß des Landtages bis zum Spätherbst reicht keineswegs aus, um die Gesetzesvorlagen, die im Landtag zur Vorlage kommen sollen, bereits endgültig fertigzustellen. Denn einmal fallen in die Sommermonate die Beurlaubungen sämtlicher Referenten aller preussischen Ressorts, wodurch naturgemäß in der Erledigung der laufenden Arbeiten ein langsames Tempo eintritt. Außerdem aber sind die Ministerien bis Anfang Dezember auch mit den Staatsarbeiten erheblich in Anspruch genommen. Es wird daher nur in Ausnahmefällen möglich sein, für eine Herbsttagung einen ausreichenden Beratungstoff an Gesetzesvorlagen fertigzu-stellen. In unterrichteten Kreisen glaubt man zu wissen, daß die für diese Frage in erster Linie maßgebenden Persönlichkeiten, der Minister des Inneren und der Finanzminister, die Durch-führung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses aus den oben dargelegten Gründen nicht als durchführbar erachten.“

Wieder ein Reichsverbandsschwandel aufgedeckt.

Die bekannte, im Auftrage des Reichsmärchenderbundes zu-sammengestoppelte Möller'sche Broschüre über die Vorkerrschaft der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen hat ihrem Verfasser, dem Herrn Dr. Möller aus Kirchheim in Bayern eine ganze Anzahl Verleumdungslagen eingebracht. Auch vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich der medizinische Reichsverbandsschlicht am letzten Freitag wegen Verleumdung des Redanten der dortigen kaufmännischen Ortskrankenkasse, des Herrn Thier, zu verantworten. In seinem Nachwort hatte sich Herr Möller auch mit dem Konflikt zwischen den hiesigen Krankenkassen und den dortigen „streikenden“ Ärzten be-schäftigt und behauptet: der Redant Thier, der der spiritus rector in diesem Kampf gewesen wäre, sei ein wegen sozialdemo-kratrischer Umtriebe aus dem Postdienst entlassener Beamter.

Diese Behauptung, die die besondere sozialdemokratische „Durch-senkung“ des kämpfenden hiesigen Krankenkassenverbandes be-weisen sollte, erwies sich jedoch vor Gericht als blanke Schwindel.

Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Verteidiger Möller — letzterer war selbst nicht zum Termin erschienen —, der Dr. Möller habe eingesehen, daß seine Behauptung objektiv unrichtig sei. Herr Thier sei überhaupt nicht entlassen, sondern aus anderen Gründen vom Postdienst zurückgetreten. Die Möller'sche Angabe beruhe auf unglücklicher Information, die aber von einer Person stamme, deren Namen einen „guten Klang“ habe.

Im weiteren Laufe der Verhandlung leistete sich der Rechts-anwalt des Reichsverbandlers noch die lästliche Bemerkung: „Das Broschürenmaterial gegen die Vorkerrschaft der Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen sei doch in den Notizen zur Reichs-versicherungsordnung niedergelegt und von allen Gegnern der Sozialdemokratie anerkannt worden.“ Weiter meinte der Verteidiger: Herr Möller habe sich bei der Zusammenstellung des Materials vorher „auf das peinlichste informiert“. Seine Behaup-

lungen beruhen ausschließlich auf zuverlässigsten Informationen. — Schließlich bot der Verteidiger einen Vergleich an, den der Kläger annahm. Danach erklärt Dr. Müller, seine über Herrn Thier aufgestellte Behauptung sei unwahr, und er bedauert, Herrn Thier unrecht getan zu haben. Ferner übernimmt Dr. Müller sämtliche Kosten.

Wald so, Wald so!

Während die konservative Presse als Stichwahlparole betreibt, daß die konservative Partei bei den nächsten Reichstagswahlen zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittlichen keinen Unterschied machen werde, beteln im Wahlkreis Potsdam-Spandau die Konservativen wehmütig um die Unterstützung ihres Kandidaten durch die Freisinnigen. Nach der unter so eigenartigen Umständen zustande gekommenen Abschiebung des „schlichten Mannes“ Pauli aus dem Wahlkreis, sieht es um die konservativen Aussichten noch schlechter aus. Die Sammelpolitik nach dem System Bülow wird deshalb von der konservativen Kreisleitung mit allen Mitteln betrieben und die Stichwahlparole der Berliner Konservativen Hauptleitung als nicht gültig für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland erklärt. So heißt es in einer offiziellen Erklärung der Konservativen:

„Angesichts der besonderen Verhältnisse unseres Wahlkreises, der den Liebling der Kaiserfamilie und den Liebling der Freisinnigen des Kaiserhauses umschließt, hält der hiesige Neue Wahlverein unbedingt an der von seinem Vorstand ausgegebenen Parole fest, unter allen Umständen die Wahl des Sozialdemokraten Liebknecht zu verhindern und zu diesem Zweck auch in der wahrscheinlichen Stichwahl geschlossen zur Abgabe eines bürgerlichen Stimmzettels zur Wahlurne zu gehen.“

Steuerfiken.

Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht eine Verfügung der königlichen Regierung in Arnberg an die Erben des verstorbenen Eisenwerks- und Brauereibesitzers August Alönn in Dortmund, durch die eine Nachsteuer von 19 500 M. gefordert wird. Die Regierung behauptet, Alönn, ein fünfjähriger Millionär, habe seit Jahren in seinen Steuererklärungen sein Einkommen zu niedrig eingeschätzt und zwar könne es bei den hervorragenden geschäftlichen Fähigkeiten Alönnes gar nicht zweifelhaft sein, daß er die unrichtigen Angaben willkürlich machte. Die Regierung weist den Erben nach, daß Alönn am 1. Januar 1905 ein Vermögen von 4 242 440 M., 1908 ein Vermögen von 5 070 000 M. bis 5 100 000 M. befaßen habe. Das Vermögen war also in der Zwischenzeit um etwa 860 000 M. gewachsen. Dabei hatte Alönn sehr erhebliche Aufwendungen für seinen Lebensunterhaltung und seine sonstigen Bedürfnisse. Die Regierung meint, daß er jährlich 120 000 M. bis 140 000 M. für Lebenshaltung, Familie und Reisesport aufgewendet habe. Als jährliche Zuzunahme des Vermögens seien bei vorsichtiger Schätzung 210 000 bis 240 000 M. nicht zu hoch gerechnet. Das steuerpflichtige Einkommen habe in den betreffenden Jahren jedenfalls zwischen 330 000 und 380 000 M. betragen; etwa 130 000 M. Einkommen seien alljährlich zu wenig versteuert worden. In Frage kommen die Jahre 1905—1908. Die Regierung gibt zu, daß die Aufstellung Fehler enthalten könnte; das sei jedoch Schuld der Erben, die sich hartnäckig weigern, der Behörde Einsicht in die Geschäftsabläufe zu geben.

Die Verfügung der Arnberger Regierung ist vom 6. Dezember 1910 datiert. Zum Schluss heißt es darin, der Betrag von 19 500 M. müsse binnen vier Wochen an die königliche Kreisbehörde in Dortmund gezahlt werden, widrigenfalls Zwangsvollstreckung erfolgen werde. Nach Mitteilung der „Arbeiterzeitung“ haben die Erben den Betrag anstandslos bezahlt und damit zugegeben, daß Alönn sein Einkommen alljährlich um mindestens 130 000 M. zu niedrig versteuert hat. Der Verdacht liegt aber nahe, daß der nichtversteuerte Betrag noch größer sei. Natürlich entfällt auf den nachgezählten Betrag an Einkommensteuer auch noch der entsprechende Zuschlag an Kommunalsteuern. — Die Arbeiter der Firma Alönn sind ganz sicher nicht in der Lage gewesen, auch nur einen Pfennig Steuer zu hinterziehen; es ist dafür gesorgt, daß auch der letzte Heller der Arbeiter versteuert werde. Steuerhinterziehung bleibt ein Privileg der Besitzenden.

Die konservative Denunziation gegen Professor Wilbrandt vor der württembergischen Kammer.

Die agrar-konservative Presse führt bekanntlich kürzlich während über den Professor Wilbrandt in Aiblingen her, weil er in einem seiner Werke Ansichten geäußert hatte, die man als sozialistisches Glaubensbekenntnis ansah. In nachdrücklicher Weise verlangte diese Presse, daß Wilbrandt, dieser staatsliche Lehrer, aus seinem Amte entfernt werde. In der Schul- und Kultusdebatte im württembergischen Landtag wurde am vergangenen Sonntag diese Denunziation von dem sozialdemokratischen Redner Seymann zur Sprache gebracht und der Kultusminister interveniert, wie er sich zu den Angriffen der Berliner reaktionären Presse stelle. Kultusminister v. Fleischhauer erklärte, die Angriffe auf den Tübingen-Dochschulprofessor Professor Wilbrandt seien ihm erst durch die sozialdemokratische Presse bekannt geworden. Er gebe die Versicherung ab, daß er alles tun werde, um die Lehrtätigkeit der Universitätsprofessoren zu schützen und zu schützen gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen.

Die Erklärung wurde von der ganzen Linken mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Das Programm der „Elsah-Lothringischen Nationalpartei“

Konnte bislang noch nicht ermittelt werden; offiziell liegt von der „Partei“ bis zur Stunde nur das bekannte Gründungsmanifest vor, das in dem Maße gipfelt: Elsah-Lothringen den Elsah-Lothringern! Da ist es dankenswert, wenn einzelne Preßorgane des neuen politischen Verbandes sich bestreben zeigen, dem offenkundigen Mangel an ihrem Teile abzuwehren. Der „Lorrain“ des Hüb Coltin in Metz tut sich in dieser Beziehung hervor. Er schreibt im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen: „Es erscheint uns nützlich, das Prinzip festzustellen, wonach diese Wahlen gemacht werden sollen.“ Und er definiert dieses Prinzip dahin: „Alle Mitglieder des Landesauschusses sollen wieder in den Landtag. Durch diese Tat soll das Land seine beleidigte Würde rächen.“

Man kann dem „Lorrain“ die Logik nicht absprechen. Es ist erst wenige Monate her, da bezeichnete der katholische Pfarrer, der dieses Blatt leitet, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Stimmrecht als eine Erfindung des Satans. Der Umstand, daß der von Wilhelm II. anlässlich des diesjährigen Kaiserbesuches in Straßburg heimgeschickte Landesauswahls des elsah-lothringische Volk gar nicht repräsentierte, ja, daß er das sozialreaktionäre Parlament der Welt war, ist daher für den „Lorrain“ etwas Nebenständliches; im Gegenteil, je weniger der Landesauswahls mit jener Erfindung des Teufels zu tun hatte, je volksfeindlicher also das Wahlrecht war, aus dem er hervorging, desto mehr wurde nach dem „Lorrain“ die „Würde des Landes“ verletzt, indem man dem Notablenparlament den Abschied gab. So kann es für das Meer der Nationalisten in der Tat keine dringendere Aufgabe geben, als sich bei der kommenden Wahl der „Erfindung des Satans“ zu bemächtigen, um

die beleidigte Würde „des Landes“, genauer des Landesauschusses, zu rächen. Das alles ist ganz folgerichtig. Unlogisch wäre es nur vom elsah-lothringischen Volke, wenn es diesen Sirenenklängen folgen und durch die falsche Anwendung des Instruments der Befreiung, welches ihm mit dem neuen Wahlrecht gegeben worden ist, in der Person der Notablen des alten Landesauschusses seine Ausbeuter und Unterdrücker aufs neue selber wieder ans Staatsruder stellen wollte.

Eine andere Melodie pfeift Dlementhal in Colmar. Er hat in seiner eigenen Parteiorganisation, in der Elsah-Lothringischen Volkspartei, einen letzten Rest von demokratischen Grundgedanken überwinden, was ihm durch die Abflutung der paar „legten Wohltäter“, welche an seiner Seite als weiße Raben bisher noch unpersonliche Ziele verfolgten, alsbald gelingen dürfte. Mittlerweile spielt er die alte Komödie weiter: In einer Parteiverammlung, die ihn schließlich autorisierte, mit der Nationalpartei „zwecks Anschlusses in Verhandlung zu treten“, erklärte er, er würde bei der am 29. d. Mts. erfolgenden Programmberatung schon dafür sorgen, „daß nichts gegen die demokratischen Grundgedanken Bestehendes zur Annahme gelangt“. Das ist möglich; man wird sich bemühen, dieses „Programm“ möglichst farb- und inhaltslos zu gestalten. Weiter erklärte er: Insbesondere die Simultanschule und die Trennung von Kirche und Staat seien nach wie vor die von ihm verfolgten Endziele seiner Politik.

Wenn die Mittwelt das Genie von Colmar anerkennt und ihm zutraut, daß es durch die Förderung der Wahl nationalistischer Schwarzer vom Schlege der Wetterlé, Haug, Müllin usw. seinem „Endziel“ nach Kräften entgegen arbeitet, so kann Daniel Dlementhal nichts dafür. Das nennt er ein bedauerliches Mißverständnis.

Eine tapferere Erklärung gegen die „Nationalpartei“ erteilt unterdessen das erweiterte Komitee des Straßburger Zentrumsvereins im „Elsässer“. Man liest da:

„Das erweiterte Komitee des Straßburger Zentrumsvereins lehnt jede grundsätzliche Gemeinschaft mit der in der Bildung begriffenen Nationalpartei ab. Diese Partei gefährdet die Aufrechterhaltung und den unerlässlichen Aufbau unserer Parteiorganisation. Die Nationalpartei und ihre Unterstützung durch uns ist unvereinbar mit der nachdrücklichen Vertretung der christlichen Ideale unserer Partei, die uns in der heutigen Zeit als die erste Pflicht unseres christlichen elsah-lothringischen Volkes erscheint. Ein Erfolg der Nationalpartei würde ferner dazu führen, daß die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen des Zentrumsprogramms nicht mit der Entschiedenheit im Landtag vertreten werden könnten, wie es für alle arbeitenden Stände unseres Volkes nötig ist.“

Das schwere Geschick, das da aufgeföhren wird, zeugt von der Tiefe der Gegensätze, die im reichsständischen Zentrumslager kochen. Es wird der ganzen politischen Taschenspielerkunst der Wetterlé und Dlementhal bedürfen, um diese Gegensätze nicht in offenem Kampfe aufeinanderplagen zu lassen.

Die Unterschlagungen in den landwirtschaftlichen Kreisvereinen im Elsaß.

Im landwirtschaftlichen Kreisverein Zabern I kam dieser Tage der jüngste dieser Fälle, der Fall Pfefferkorn, zur Sprache. Der Kassenschatzmeister Pfefferkorn hat sich bekanntlich vor einigen Monaten aus Anlaß einer Revision mit seinem Jagdgewehr — er lebte auf großem Fuße — erschossen. Es wurde in der Versammlung festgestellt, daß die unterschlagenen Summen gegen 18 000 M. betragen; aus dem Kassenschatzmeister konnten nur etwa 1500 M. zur Kasse abgeführt werden. Obwohl der Vorstand des Kreisvereins der Nachhaftigkeit geziehen werden mußte, erteilten die versammelten Agrarier dem Vorsitzenden, Kreisdirektor Freiherrn v. d. Goltz, ein Vertrauensvotum. Es wurde dann eine Spezialkommission für Revisionen gewählt.

Milde Justiz gegen Soldatenschinder.

Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stand der Sergeant Duade vom Trainbataillon Nr. 8. Er hat einen Soldaten derart mißhandelt und vorchristlichwidrig behandelt, daß dieser in Siechtum verfallen ist. Der Soldat ist infolge Dienstbeschädigung entlassen worden. Er hat fast ganz die Sprache verloren. Der Sergeant hat den Soldaten bis zur Erschöpfung Schlägen u. dergl. machen lassen, ihn Trepp auf Trepp ab gejagt und dann, als der Mann in Schweiß gebadet und völlig hilflos war, ihn in den kalten Hof gestellt, so daß er sich ein altes Galaschäl zuzog, gegen das eine Kur in Eins völlig erfolglos blieb. Wegen dieser schändlichen Behandlung wurde Duade vom Kriegsgericht nur zu drei Wochen Mittelarrest verurteilt.

Das Oberkriegsgericht setzte sogar die Strafe noch um drei Tage herunter, da in einem von vier Verhandlungsfällen Freisprechung eintraten mußte und nur der Sergeant, nicht aber der Gerichtsherr Verurteilung eingelegt hatte.

Daß ein Mensch zum Krüppel gemacht worden ist, ahndet also die gegen „Gemeine“ so strenge Militärjustiz mit ganzen achtzehn Tagen Mittelarrest!

Oesterreich.

Das Ministerium nach den Wahlen.

Die ersten Opfer des Wahlkampfes im Ministerium sind gefallen. Der christlichsoziale Handelsminister Dr. Reichlitzner und der polnische Eisenbahnminister Dr. Głominski haben heute ihre Entlassung erhalten. Zu ihren Nachfolgern wurden provisorisch die bisherigen Sektionschefs Dr. Mataja für den Handel und Dr. Böll für die Eisenbahnen beauftragt. Das Provisorium hat aber bereits das ganze Kabinett erfasst. Denn auch Herr von Wienert ist demissionär. Schon ist der frühere Ministerpräsident von Gautsch, unter dem übrigens auch die Wahlreform begonnen worden ist, in Verhandlungen mit Parteiführern getreten. Es handelt sich hauptsächlich darum, zwischen Tschechen und Deutschen in Wöhmen ein nationales Reformprogramm zu vereinbaren oder mindestens sie zu einem nationalen Waffenstillstand zu bewegen. Gelingt es Herrn von Gautsch, sich eine Majorität zu schaffen, so tritt Wienert zurück und Gautsch wird Ministerpräsident.

Für die innere Kolonisation.

Budapest, 26. Juni. Der Finanzminister Lukacs unterbreitete dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die Errichtung eines Bodenreditinstituts, das unter Mitwirkung des Staates und verschiedener Pfandbriefanstalten ohne Rücksicht auf Gewinn der Kolonisation und Restrukturierung von großen Grundstücken dienen soll. Der Beitrag der Regierung beträgt acht Millionen Kronen. Ferner überläßt sie dem Institut zur Bildung eines Sicherstellungsfonds Obligationen im Werte von zehn Millionen Kronen.

Italien.

Eine Sympathieerklärung für die portugiesische Republik.

Am 22. d. M. hat der Expremier Romolo Murri in der italienischen Kammer den Minister des Äußeren darüber befragt, ob es nicht an der Zeit wäre, die neue portugiesische Republik offiziell anzuerkennen. Der Unterstaatssekretär Di Scala gab darauf die Erklärung ab, daß eine Entscheidung in diesem Sinne bevorstehe, worauf der Abgeordnete Murri unter dem

Beifall der äußersten Linken der neuen Republik im Namen wenn nicht der ganzen, so doch eines Teils der italienischen Kammer Gruß und gute Wünsche einbot. Er schloß seine Rede mit einer Verherrlichung der portugiesischen Revolution, die er als eine Kulturrat von großer Tragweite pries und ob der Tapferkeit und Mäßigung ihrer Durchführung anerkannte.

Türkei.

Die Verhandlungen mit den Albanesen.

Adn, 26. Juni. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Cetinje: Die gestrige und heutige Besprechung des türkischen Gesandten mit den Führern der albanischen Aufständischen in Podgriza hatte noch keinen praktischen Erfolg. Die Albanesen wiesen die türkischen Vorschläge als ungenügend ab. In den albanischen Gegenanschlägen wird u. a. verlangt: die Erlaubnis des Waffentragens, die Wahl der hohen Verwaltungsbeamten, die der niederen Beamten unter den Albanesen, die Ableistung des Heeresdienstes in Albanien, die Herstellung aller verwüsteten Häuser sowie eine Vergütung aller angegriffenen Schäden, die vollständige Amnestierung aller Albanesen und endlich eine Bürgschaft dafür, daß die Parte die diesen Bedingungen treulich nachkommt. Der türkische Gesandte reist nach Tuzi zur Beratung mit Torgut Schenket Pascha. Nach seiner Ansicht gehen die Forderungen für ganz Albanien zu weit.

Marokko.

Die französischen Marokkoheer über ihre spanischen Rivalen.

Paris, 25. Juni. In einem ausführlichen Bericht über das Vorgehen Spaniens in Marokko weist der „Temps“ darauf hin, daß die spanische Regierung alle militärischen Maßnahmen getroffen habe, um in Marokko noch viel umfangreichere Unternehmungen als die Befestigung von Elchur durchzuführen zu können. Spanien habe gegenwärtig sicherlich an 50 000 Mann in Marokko, und überdies ständen in Salaga und Cadix 10 000 Mann bereit. Die gegenwärtige finanzielle Lage Spaniens sei so, daß es eine außerordentliche Ausgabe von 30—40 Millionen Pesetas nicht allzu schwer ertragen könnte. Man dürfe also weder vom militärischen noch vom finanziellen Gesichtspunkte aus darauf rechnen, daß Spanien sich abhalten lassen werde, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten.

Aus der Partei.

August Bebel zum Gewerkschaftskongreß.

In der Begrüßungsnummer der „Dresdener Volkszeitung“ widmet Genosse August Bebel dem Gewerkschaftskongreß folgende Worte:

Die deutschen Gewerkschaften können ihren diesjährigen Kongreß im schönen Dresden mit großer Befriedigung abhalten. Sie können auf eine glänzende Entwicklung, die das Gewerkschaftswesen in Deutschland in den letzten Jahren abermals genommen hat, zurückblicken. Das kann sie mit Stolz und Beugung erfüllen und berechtigt sie weiter zu den schönsten Hoffnungen.

Diese Entwicklung ist aber auch bitter notwendig. Die Unternehmerschaft hat in weit höherem Maße als bisher die Arbeiterklasse die Notwendigkeit der sachgewerblichen Organisation begriffen und durchgeführt, nachdem sie anfangs von einer solchen Organisation nichts wissen wollte. Erst Schüler, wurde sie bald Meister.

Das zwingt die Arbeiterklasse, der Unternehmerrasse zu folgen. Will sie ihre künftigen Kämpfe mit Erfolg für eine bessere Lebensstellung führen können, so muß der letzte Arbeiter, dem Beispiel seines Ausbeuters folgend, sich in die gewerkschaftliche Organisation seines Berufs begeben.

Aber auch der letzte Arbeiter muß endlich begreifen, daß, wie die Unternehmer nicht die Freiheit begehren, sich wegen ihrer religiösen oder politischen Ansichten zu halten, sondern einander, ob Katholik oder Protestant, Jude oder Atheist, konservativ, liberal oder demokratisch denkend, sich in einer Berufsorganisation vereinigen, der Arbeiter noch viel weniger sich den Luxus einer solchen Spaltung der beruflichen Organisation erlauben darf. Mit Recht jubeln die Unternehmer und alle Gegner der modernen Arbeiterorganisationen über dieses selbstmörderische Treiben der Arbeiter, wenn sie sich auch hüten, diesen Jubel öffentlich zu zeigen.

Nur die volle Einigkeit und Einheit der Arbeiterklasse in der gewerkschaftlichen Organisation verdrängt und vor allen Dingen erleichtert ihr ihre Siege und erschwert Niederlagen.

Wächst die Arbeiter der Dresdener Gewerkschaftskongreß weit über den Kreis der organisierten Genossen hinaus als starkes Anziehungsmittel auf die noch außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen Stehenden sich gestalten und der Gedanke von der Notwendigkeit der Einheit der Organisation Scharen neuer Anhänger gewinnen.

Der erste sozialistische Abgeordnete in Portugal!

Aus Oporto wird und geschrieben: Die Wahlprüfungskommission hat das Mandat des Republikaners Dr. Nunes da Ponte kassiert und den sozialistischen Kandidaten Manuel José da Silva für gewählt erklärt.

Die Ungültigkeitserklärung des Mandats erfolgte auf Grund eines Protestes, den die Sozialisten von Oporto gegen die unläuterer Wahlmänner der Republikaner eingelegt hatten.

Die Nachricht von der Wahl eines Sozialisten in das erste republikanische Parlament Portugals wurde an allen Orten mit großer Freude aufgenommen. Ist doch dadurch dem portugiesischen Proletariat die Möglichkeit gegeben, im Parlament der Bourgeoisrepublik seine Stimme hören zu lassen.

Aus dem finnischen Parteileben.

Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt und: Der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie, der schlußendlich alle drei Jahre abgehalten werden muß, wird im kommenden Herbst nach Helsinki gezogen einberufen werden. Als wichtigste Verhandlungsgegenstände stehen auf der Tagesordnung des Kongresses folgende Fragen: Die Genossenschaftsbewegung und die Arbeiter; die Jugendbewegung in der Sozialdemokratie; die Programmfrage und die Stellungnahme gegen die Reaktion.

In unserem Zentralorgan „Työmies“ tritt Genosse A. dafür ein, daß die Frage der Erweiterung der Rechte der russischen Staatsangehörigen in Finnland auf dem Kongresse nicht nur als ein Punkt der Berichterstattung der parlamentarischen Fraktion, sondern als besonderer Punkt behandelt würde. In Übereinstimmung mit der Fraktion solle der Kongreß sich dafür aussprechen, daß die Rechte der Russen auch folgende Punkte umfassen sollen: 1. Rede- und Pressefreiheit, 2. Vereins- und Versammlungsfreiheit, 3. Gewerbefreiheit, 4. Gleichberechtigung mit den Finnländern in den Gemeindeangelegenheiten. — Die angeführten Rechte sind den in Finnland lebenden Russen infolge der barbarischen Maßnahmen des Generalgouverneurs genommen. Die sozialdemokratischen Forderungen zeigen am deutlichsten, daß nicht die Regierung, sondern die finnischen Sozialdemokraten die wirkliche Gleichberechtigung der Russen anstreben.

Reichstagskandidatur. In einer Wahlkreisversammlung für den Reichstagswahlkreis Kaufbeuren (S. schwäbischer Wahlkreis) wurde an Stelle des Genossen Pitt, der aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten ist, Genosse Albert Schmidt, Gewerkschaftssekretär in München, aufgestellt.

Totenliste der Partei. In Dresden starb der Bildhauer, Genosse Heinrich May im Alter von 60 Jahren. Der Verstorbene war der Götter der Grabdenkmäler für Liebknecht, Manfred Wittich und Schönlanke. Genosse May stammte aus Nürnberg, wo er auch seine künstlerische Ausbildung empfing. Er war ein Schüler des bekannten Bildhauers und Malers August von Kreling, der seinerzeit auch Direktor der Nürnberger Kunstschule war.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnbewegung der Bretterträger

Es zu berichten, daß der bekannte Kaufmann, Berlin N., Panitzsch 33, als Streikbrecheragent für die Firma Well u. Eibe Arbeitswillige vermittelt, jedoch scheint die Qualität dieser Leute sehr minderwertig zu sein, denn die Hälfte hat nach kurzer Zeit den Arbeitsplatz wieder verlassen. Hoffentlich findet bei dieser Firma eine baldige Verständigung statt. Vorläufig bleibt dieser Platz ohne weiteres gesperrt. Die Sperren über die Firmen Schiffer u. Sohn, Schönfeld-Charlottenburg und Weyer u. Erdmenger-Treptow bleiben nach wie vor bestehen und sind diese Plätze streng zu meiden.

Deutscher Transportarbeiterverband.
Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Aus dem Lager der Scharfmacher!

In einer kürzlich abgehaltenen Ausschussung des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände wurde über den während der vorjährigen Aussperrung der Arbeiter im Baugewerbe errichteten „Unterstützungsfonds“ berichtet. Die Einnahmen betragen: Einzahlungen von Mitgliedsverbänden des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände 319 521,91 M. Von Firmen und Verbänden, die dem Verein der Arbeitgeberverbände nicht angeschlossen sind, 618,45 M. Zinsen bis 31. Dezember 1910 2551,35 M. Summa: 322 691,71 M. Davon erhielten die Mitglieder des Deutschen Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe 268 274,05 M. Porto und Postgelder 124,60 M., so daß noch ein Ueberschuß von 54 293,06 Mark verblieb. Dieser Ueberschuß wird laut Beschluß, wie es seinerzeit 1908 bei dem Unterstützungsfonds für die Holzindustrie geschehen ist, an die Verbände zurückgezahlt und zwar so, daß der über 42 1/2 Pf. pro Kopf des Arbeiters in den Unterstützungsfonds für das Baugewerbe gezahlte Betrag an die betreffenden Verbände zurückgeführt wird. Der unverteiltbare Rest wird der Kasse des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände zugeführt.

In derselben Sitzung wurde dann auch noch kurz über eine Eingabe an den Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts betr. das Streikpostenwesen berichtet. Bekanntlich hatte der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände im vorigen Jahre seine Verbände aufgefordert, „einwandfreies“ Material zu sammeln, um gegen die verübten Mißbräuche und Ausschreitungen der Streikposten vorzugehen. Auf Grund dieses Materials wurde dann die schon erwähnte Eingabe an das Reichsjustizamt gerichtet, in welcher ersucht wurde, daß in die Strafgesetznovelle oder in die Novelle der Strafprozessordnung Bestimmungen aufgenommen werden möchten, durch welche 1. das Streikpostenwesen allgemein untersagt, 2. den Arbeitswilligen ausreichender Schutz durch Androhung von hohen Strafen gewährleistet, 3. eine sofortige Aburteilung der Erzeugenden herbeigeführt wird. Auf diese Eingabe hin ist seitens des Reichsjustizamts ein entgegenkommendes Antwortschreiben (!) eingegangen, von welchem der Ausschuss „mit Befriedigung Kenntnis“ nahm. Kommentar ist überflüssig. Nur ein Mittel gibt es hiergegen. Ein jeder Arbeiter muß sich seiner Gewerkschaft anschließen.

Wie Streikenden der Kampf erschwert wird,

zeigen zwei Strafbefehle, die der Amtsvorsteher von Agendorf im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zwei Streikposten zugeleitet hat. Es heißt darin: „Sie haben am 14. d. M. gegen 1 1/2 Uhr nachmittags auf einem auf der Chaussee von Agendorf nach Altfendorf aufgemerkten Kieshaufen gefressen, wodurch derselbe auseinandergerissen und in Unordnung gebracht wurde. Diese Uebertretung wird bewiesen durch den berittenen Gendarmierwachmeister Tietjen in Förderstedt. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 18 der zusätzlichen Vorschriften zum Chausseegeldtarif vom 24. Februar 1840 bezw. der §§ 1-3 der Regierungsverordnung vom 20. April 1846 auf eine bei der hiesigen Amtskasse zu erlegenden Geldstrafe von 8 M. erkannt, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von einem Tage tritt.“

Ein anderer Streikposten wurde aufgefordert, sein Rad vom Felder zu nehmen. Zu allgemeiner Erheiterung wurde dann der Gefesshalter darauf aufmerksam gemacht, daß das Feld, auf dem sich das Rad befand, Besitz und Eigentum des Streikpostens selbst war.

Erfolgreiche Lohnbewegung in der sächsischen Waggonfabrik in Verdau.

Nach langen Verhandlungen und erst als für eine größere Anzahl von Arbeitern die Kündigungsfrist abgelautet war und sie in den Kampf eintraten, ist nun eine Verständigung erzielt worden. Die Arbeitszeit wird sofort von 60 auf 57 Wochenstunden verkürzt. Die Stundenlöhne der Lohnarbeiter werden um 3-5 Pf. und die Lohnsätze der Affordarbeiter um 5 Pf. aufgebessert. Die Affordsätze werden so bemessen, daß ein bestimmter Ueberschuss über den Stundenlohn erzielt werden muß; dementsprechend sollen die geringeren Affordsätze aufgebessert werden. Den Güterwaggonbauern wird Holz und Material an die Arbeitsstelle geliefert. Alle bereits im Streik befindlichen Arbeiter werden wieder eingestellt.

Die Lohnbewegung der Huf- und Wagenschmiede in Frankfurt a. M. hat den Abschluß eines korporativen Lohn- und Arbeitsvertrages zwischen der Meistervereinigung und dem Zentralverband der Schmiede auf die Dauer von vier Jahren für das Frankfurter Schmiedegewerbe erzielt. Die tägliche Arbeitszeit wird stufenweise auf 9 1/2, und 9 1/2, Stunden verkürzt mit Lohnausgleich und Lohn-erhöhung von 4 Pf. die Stunde, verteilt auf die Dauer des Vertrages. Die Mindestlöhne betragen: Feuerschmiede 56 Pf., Wand- und Beschlagenschmiede 40 Pf., Jung- und Beschlagenschmiede 42 Pf. und Jungschmiede 40 resp. 38 Pf. und erhöhen sich um 3 Pf. die Stunde während der Tarifdauer. Ueberschüsse werden mit 10 Pf., Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit 25 Pf. Zuschlag die Stunde vergütet.

Bäckerstreik in Danzig.

Am letzten Donnerstag haben die Bäckeressen in Danzig mit 141 gegen 1 Stimme den Streik beschlossen. Bis jetzt haben 23 Bäckereien mit 61 Gesellen bewilligt, 164 Gesellen haben sofort, 29 am nächsten Tage die Arbeit niedergelegt. Unter den neuen Bedingungen arbeiten bis jetzt 61 Bäcker, 14 sind abgereist, im Streik stehen noch 118. Es sind außerordentlich wenig Streikbrecher nach Danzig gekommen. Zugang ist weiter ferngehalten.

Ausland.

Zum Seemannsstreik.

Unter Hinweis auf eine Bemerkung in unserer Sonnabendnummer, daß 27 deutsche Streikbrecher aus Hamburg in Amsterdam angekommen seien, von denen aber 12 nicht in Arbeit traten, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wohl wird vor allem von den holländischen Reedern mit aller Macht versucht, speziell hier in Hamburg Streikbrecher anzuwerben, jedoch sind die Leute, die man bisher hier angeworben hat, nur in ganz verschwindenden Ausnahmefällen deutsche Seeleute gewesen. Man hat hier nach Beginn des Streiks aus allen zweifelhaften Winkeln die Leute zusammengegriffen und ist nicht davor zurückgeschreckt, selbst die Verbrecherkeller von ihrem Inhalt zu leeren. Auch ist jene Streikbrecherlieferungsfirma „Auguste Müller“ in Aktion getreten und hat ihre Hingemänner an die holländischen Reederei als „Seeleute“ abgegeben. Zugegeben muß allerdings werden, daß es den Streikbrecheragenten gelungen ist, auch skandinavische und englische Seeleute anzuwerben. Immerhin muß auch hierbei wieder hervorgehoben werden, daß es zum größten Teil die heruntergekommensten Elemente sind, die sich von diesen Nationen zum Streikbrecher hergeben.“

Verantw. Redakteur: Albert Wolff, Berlin. Inseratenteil besandt.

Zum Schluß wollen wir noch bekanntgeben, daß auch der Stellennachweis des „Christlichen Heilnerheim“, Hamburg, Eplana-ade, in diesem Streik nach dem Ausland Streikbrecher liefert. Deutscher Transportarbeiterverband. Ortsverwaltung Hamburg I. Sektion: Seelente.

Die wichtigste neue Entwicklung im Seemannsstreik ist die Wendung des Kampfes in Southampton. Das Zusammengehen der Doodarbeiter mit den Seeleuten hat den Widerstand der Reeder gebrochen. Die White Star, Union Castle und Royal Mail Linien haben sich mit den Arbeitern geeinigt, so daß der Dampferverkehr in normaler Weise konstant gehen kann. Dagegen scheint der Kampf in den nordenglischen, schottischen und irischen Häfen einen erditterten Lauf zu nehmen. In Liverpool haben bisher fast alle segelbereiten Schiffe die Forderungen der Seeleute bewilligt, aber die Reeder drohen jetzt den Entschuldigungs-kampf an. In einem Falle sind die Doodarbeiter in den Southampton getreten. Sehr scharfe Formen hat der Kampf in Hull angenommen, wo die Dooder ganz allgemein mit den Seeleuten gemeinsame Sache gemacht haben. Dort steht fast der ganze Dampferverkehr still und die Reeder bemühen sich, Streikbrecher aus anderen Gebieten hinzutransportieren. Zu welchen Elementen die Reeder ihre Zuflucht nehmen, davon zeugt ein blutiger Vorfall. Als der Dampfer Ladywood vor einigen Tagen, mit Streikbrechern besetzt, den Hafen verließ, feuerte ein Nordgelle einen Schuß auf den Streikpostenführer Welfsch ab, der jetzt in lebensgefährlichem Zustand darniederliegt. Eigentümlicherweise ließ man das Schiff mit dem Dooder entkommen und hielt es auch in Grimsby nicht an. Jetzt kommt die Nachricht, daß der Dooder in Rotterdam festgenommen worden ist. In Glasgow haben die Streikenden einen großen Erfolg erzielt, indem die Anchor- und Donaldson-Linien nicht nur die Lohnforderungen bewilligten, sondern auch die Organisation anerkannten mußten. Später beschloß aber eine Verammlung der dortigen Reeder, den Kampf von neuem zu beginnen. In Dublin bereitete sich die Bewegung immer mehr aus. Die Arbeiter sind mit dem Verhalten des Handelsministeriums sehr unzufrieden, weil es durch die Lage Handhabung der geschlichen Vorschriften über die Schiffsbemannung den Reedern zu Hilfe kommt.

In Berliner Abendblättern vom Montag lesen wir über den internationalen Seemannsstreik folgende Nachrichten:

London. Der Seemannsstreik, der bereits zum teilweise durchschlagenden Sieg der Ausständigen geführt hat, tritt in eine akute Phase. Mit Ausnahme von Southampton, wo der Streik beigelegt ist, leiden alle englischen Häfen, besonders jetzt Hull. In keinem einzigen Dock wird dort gearbeitet. 6000 Doodarbeiter haben mit den Seeleuten gemeinsame Sache gemacht. Am Mittwoch wollen auch die dortigen Eisenbahnarbeiter freitren. Havelock Wilson, der Führer der Ausständigen, verlangt für Hull Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses und die Anerkennung der Arbeiterunion durch die Arbeitgeber. Ohne das sei in Hull keine Verständigung möglich. Der Bürgermeister von Hull ist auf dem Wege nach London, um die Hilfe des Arbeitsministeriums anzufragen. Auch in Liverpool ist der Handel außerordentlich bedroht. In London soll eine gemeinsame Verammlung der Lokalvereinigungen von Schiffseignern stattfinden, um über die zukünftige Haltung gegenüber der Bewegung zu beraten. Man fühlt in diesen Kreisen, daß die schnelle Reagibilität einiger großer Firmen die Gesamtlage der Arbeitgeber gegenüber den Seeleuten sehr verschlechtert hat.

Amsterdam. Die Syndikate und Vereinigungen der Ausländer und Hafenarbeiter haben beschlossen, das Vorgehen der Seeleute durch Verständigung des Generalstreiks zu unterstützen. Infolgedessen ist heute (Montag) bei fünf der größten Reedereien der Streik ausgebrochen.

Aus der italienischen Landarbeiterbewegung.

Rom, den 24. Juni 1911. Am Vorabend der Erntearbeiten läßt sich die italienische Landarbeiterbewegung ziemlich kampftüchtig an. In der Tiefebene von Ferrara hat die organisierte Arbeiterschaft von 32 Gemeinden beschlossen, die Erntearbeiten nicht zu beginnen, ehe nicht neue und angemessene Tarife bewilligt wurden. In Sala Bolognese ist wegen Tarifstreitigkeiten über einen Großgrundbesitzer der Wochloft verhängt worden. Zur Einbringung der Ernte hat der Wohlhabende von auswärtigen Streikbrechern kommen lassen, zu deren Bedeckung 200 Mann Militär zur Verfügung gestellt wurden. Beim Einzug der Streikbrecher kam es zu einer lebhaften Demonstration der organisierten Arbeiterschaft, bei der das Militär die Demonstranten gewaltsam zurücktrieb und mehrere Frauen und Kinder verletzete. In vielen Orten Ober- und Mittelitaliens stehen ausgedehnte Agrarbewegungen bevor.

Verfammlungen.

Die Buchdrucker-Giltsarbeiter Berlins über die Vorgänge bei den Firmen Scherl, Woffe und Ullstein u. Co.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsverwaltung des Verbandes der Buch- und Steinrudereigiltsarbeiter und -arbeiterinnen, die sich mit den Ereignissen in den drei Zeitungsbetrieben beschäftigte, füllte am Sonntag den großen Saal in der Wickelstraße 24 bis auf den letzten Stehplatz. Zunächst hatte der Ortsvorsitzende W. R. H. das Wort, um einen sachlichen Bericht über die ganze Angelegenheit zu geben, deren Entwicklung und Verlauf ja nun im allgemeinen bekannt ist.

Hierauf nahm die Verbandsvorsitzende Frau T. H. die das Wort, um das Verhalten des Verbandsvorstandes darzulegen und zu rechtfertigen. Die Rednerin wurde bei ihren Ausführungen wiederholt durch mißbilligende Zwischenrufe unterbrochen, und im weiteren Verlauf der Diskussion sprachen sich fast alle Redner dahin aus, daß die Arbeitsniederlegung wohl zu begründen und nicht zu verurteilen sei. Besonders scharf wandte man sich auch gegen den Artikel der „Solidarität“ über die Angelegenheit und gegen den Redakteur Bucher, der einen ähnlichen Standpunkt dazu einnimmt wie die Redaktion des „Korrespondent“. Der Gauleiter Schmidt aus München, der von der Konferenz hier noch anwesend war, um sogleich nach Dresden zum Gewerkschaftskongress zu fahren, betonte jedoch, daß man in allen beratenden Angelegenheiten ruhiges Blut und klaren Kopf behalten müsse. Nach mehr als dreistündiger Debatte wurde fast einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit dem Solidaritätsstreik der Hilfsarbeiter des Berliner Lokal-Anzeigers. Sie erklärt, daß formell ein Tarifvertrag des Hilfs-personals zu verzeichnen ist, nimmt aber mit Entrüstung Kenntnis von der probatorischen Haltung der Geschäftsleitung des Lokal-Anzeigers gegenüber dem gesamten Personal, insbesondere aber gegenüber den Rotationsmaschinenmeistern und deren Vertrauens-leuten.“

Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß dem Hilfspersonal von Scherl, Ullstein und Woffe gar kein anderer Weg übrig bleibt, als Solidarität zu üben, und daß dies Solidaritätsgefühl ein ehrliches und ehrliches entgegen der Ansicht des Robakteurs der „Solidarität“ genannt werden muß, welches nur geeignet sein kann, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Rotationsmaschinenmeister und Rotationsarbeiter auf das Vorteilhafteste zu stärken und zum Ausdruck zu bringen.

Die Versammlung steht auch in dem Spruch des Tarifamtes, das auch in Hilfsarbeiterfragen zu entscheiden hat, einen unbedingten Festspruch. Weiter sieht die Versammlung in dem Verhalten des Verbandsvorstandes, der Witunterzeichnung der erschienenen Extrablätter sowohl wie auch in dem Einlenkungsplan eine Handlung, die aller bisherigen Auffassung in der gesamten Arbeiterbewegung bei Ausständigen direkt ins Gesicht schlägt.

Außerdem hat die Versammlung die Auffassung, daß Arbeitervertreter nicht dazu da sind, der bürgerlichen Presse die Wege zu ebnen. Das Hilfspersonal meint auch, daß wenn der Zentral-

vorstand das Bedürfnis hatte, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, er eben so gut den Vorwärts dazu benutzen konnte.

Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die im letzten Absatz des Artikels „Solidarität oder Disziplinbruch“ enthaltene Ausdrucksweise, die durchaus nicht geeignet ist, das Solidaritätsgefühl der Berliner Mitgliedschaft zu heben oder zu fördern.

Aus allem diesem mißbilligt das Berliner Buchdrucker-Hilfs-personal den vom Zentralvorstand und der Gauleiterkonferenz ein-genommenen Standpunkt in der schärfsten Weise und drückt ihnen gleichzeitig ihr Mißtrauen aus.“

Der Versammlung hatte noch eine andere Resolution vorge-legen, die weniger scharf abgefaßt war und deshalb abgelehnt wurde. Im übrigen aber sprach die Versammlung ihre Miß-billigung darüber aus, daß der Redakteur Bucher den Saal ver-lassen hatte, ohne der Versammlung Rechenschaft über seinen An-teil in der „Solidarität“ zu geben.

Es war der Versammlung aber auch mitgeteilt worden, daß sowohl der Redakteur wie die Verbandsvorsitzende die Versam-mlung vorzeitig verlassen mußten, um noch vor ihrer Abreise nach dem Gewerkschaftskongress an einer Konferenz teilzunehmen.

Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Am Sonntag fand eine gutbesuchte Versammlung der bei den B. C. W. beschäftigten Arbeiter statt. Hartmann referierte über die Pflichten des Arbeiterausschusses. Die Diskussion beschäftigte sich nach dem Vor-trage speziell mit den Verhältnissen in dem Betriebe der B. C. W. Der Ausschuss habe dabeilich nichts zu sagen, er diene nur als Staffage. Das habe sich bei den verschiedensten Anlässen deutlich gezeigt, u. a. bei Unglücksfällen. Die Verhältnisse in diesem Be-triebe seien nicht weniger als mangelhaft. So hatte der Ausschuss an die Direktion das Ersuchen gerichtet, gemäß der Bestimmung, nach der ein Arbeiter bei fünfjähriger Tätigkeit eine Woche Urlaub erhält, auch eine solche zu gewähren. Unter einer Woche seien sieben Tage zu verstehen, die Urlaubszeit betrage aber jetzt nur sechs Tage. Hierauf antwortete die Direktion, eine Verhandlung mit dem Aus-schuss erübrige sich, da auch weiterhin wie bisher verfahren werde.

In der Zentrale Oberpreze konnte es oft vor, daß einem Ar-beiter erst in letzter Stunde gefügt wird, es müsse an dem Tage bis nachts um 12 oder 1 Uhr gearbeitet werden, dadurch würden die Arbeiter geschädigt, denn sie müßten sich Essen aus dem Lokale holen. Eine Besserung der Verhältnisse könne nur eintreten, wenn alle Ar-beiter der Betriebe straff zusammenhielten.

Letzte Nachrichten.

Ein schweres Automobilunglück

ereignete sich gestern nachmittags auf dem Wege zwischen Taldorf und Kallberge-Hüderdorf. Ein des Weges daherrausendes Auto kippte an einer scharfen Kurve um und die Insassen stiegen in den Chausseeegraben. Ein Herr und eine Dame wurden schwer an Kopf und Körper verwundet und mußten ärztliche Hilfe in An-spruch nehmen, während man den Chauffeur als Leiche vom Orte des Unfalles trug.

Wienerth demissioniert.

Wien, 26. Juni. Wie das N. N. Telegr. Korresp. Bur. erfährt, hat Ministerpräsident Frhr. v. Wienerth der allerhöchsten Stelle die Bitte um Enthebung von Amte unterbreitet. Freiherr von Wienerth hat sich hierbei von jenen Erwägungen leiten lassen, welche bereits bei der Auflösung des Abgeordnetenhauses maß-gibend waren. Schon damals stand die Ueberzeugung fest, daß eine Konsolidierung der parlamentarischen Verhältnisse notwendig sei, wenn die großen, über die Abwicklung der laufenden Geschäfte weit hinausgehenden Aufgaben, vor die der Reichsrat gestellt ist, einer zuverlässigen und befriedigenden Lösung zugeführt werden sollen. Je mehr aber die Mandatsdauer des früheren Hauses sich ihrem Ende näherte, desto geringer wurde naturgemäß die Neigung der Parteien, ihr Verhältnis zu einander einer Aenderung zu unterziehen, sowie sich wechselseitig für einen längeren Zeitraum und für ein umfangreiches Programm zu binden. Von dem neuen Hause darf aber erwartet werden, daß in ihm der ernste Wille zu weitaußergreifender und fruchtbringender Arbeit nicht nur vorhanden ist, sondern auch in der Bildung einer großen, einheitlich ge-stimmten und schaffendstrebigen Mehrheit seinen Ausdruck und die Möglichkeit erfolgreicher Betätigung finden kann. Nützt nun diese Annahme es geboten erscheinen, für das Verhältnis der Regierungsgewalt und der Parteien in gegenwärtigem Zeit-punkt eine neue Orientierung zu versuchen, so kommt inso-fernen noch ein weiterer unmittelbarer Anstoß hinzu, als zwei großen Gruppen der bisherigen Mehrheit angehörige Mitglieder aus dem Kabinett ausgeschieden sind und dieser Umstand eine Aussprache, die wohl nicht abgesondert, sondern im Rahmen einer allge-meinen Auseinandersetzung mit den Parteien des Abge-ordnetenhauses erfolgen muß. Freiherr v. Wienerth hat sich nicht für berufen erachtet, diese durch die Situation gegebene Aufgabe auf sich zu nehmen, weil er glaubt, daß Verhandlungen mit den parlamentarischen Gruppen nicht durch von früher bestehende nähere Beziehungen oder Differenzen beeinflusst sein, sondern in voller beiderseitiger Unbefangenheit lediglich unter dem Gesichtspunkt der künftigen politischen Notwendigkeiten geführt werden sollen. (Siehe aus Politische Uebersicht.)

Wien, 26. Juni. Der Kaiser hat, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, die Demission des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Wienerth angenommen. Zum Ministerpräsidenten wird Freiherr v. Gausch designiert werden, der versuchen wird, mit dem Kabinett in seiner bisherigen Zusammensetzung eine Majorität für das zukünftige Arbeitsprogramm des Hauses zu bilden. Die Einberufung des Reichsrates im Juli hängt von dem Gang der Verhandlungen mit den Parteiführern ab, die Freiherr v. Gausch morgen einleiten wird.

Flugfahrt München-Berlin.

Flugfeld Buchheim, 26. Juni. (B. Z. B.) Oberingenieur Hirtz ist heute nachmittags 6 Uhr 41 in Begleitung des Luft-schiffers Herlamm aus Stuttgart, als Gewerbetreibender um den Rothreiner-Preis von 50 000 M., nach Nürnberg und Berlin ab-geflogen.

Treuchtlingen, 26. Juni. (B. Z. B.) Oberingenieur Hirtz mußte wegen Motordefektes zwischen Treuchtlingen und Tauberfeld landen.

Aus Sibirien.

Krasnojarsk, 26. Juni. (B. Z. B.) Zwei Sträflinge, die flüchten wollten, töteten einen Gefängniswächter und verwundeten einen anderen. Die Schildwache tötete einen Flüchtling, der andere entkam.

Eine Episode aus der mexikanischen Revolution.

New York, 26. Juni. (B. Z. B.) Der deutsche Botschafter in Mexiko verlangt Genugthuung für eine dem deutschen Ingenieur Franz Reiter in Vega de Mezquital Hidalgo angetane Unfälle. Der Ingenieur mußte barfuß einer Gruppe von Revolutionären Refektorien leisten. Auch wurde auf ihn geschossen und die Warenieder-lage der Gesellschaft, die ihn beschäftigte, geplündert. Reiter erklärt, er habe nur eine Abteilung Radfahrer, deren Gegenwart Anlaß zu Ausbeutungen gab, erjagt, sich zu entfernen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

95. Sitzung vom Montag, den 26. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Abg. Hoffmann-Berlin (Soz.) [zur Geschäftsordnung]: Ich beantrage, den Antrag Brandenstein betr. die Abänderung der Geschäftsordnung heute von der Tagesordnung abzusehen und an erster Stelle den Wahlrechtsantrag Kronsohn und Genossen auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Geschäftsordnungsantrag Hoffmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Volkspartei abgelehnt. Die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die

Reinigung öffentlicher Wege

wird fortgesetzt.

Abg. Liebknecht (Soz.):

Dieses Gesetz, das die Kosten für die Begrenzung in anderer Weise wie bisher verteilt, ist so schlecht geraten, wie es überhaupt nur möglich ist. Wir werden deshalb dagegen stimmen. Die Last für die Begrenzungspflicht sollte prinzipiell den Gemeinden auferlegt werden.

Abg. Lippmann (Sp.): Das Gesetz belastet die Grundbesitzer zu stark; ich beantrage daher, es noch einmal an die Kommission zurückzugeben.

Dieser Antrag wird abgelehnt. Abg. Graf v. Stradowitz begründet einen Antrag, die kleinen Städte mit unter 5000 und die Landgemeinden unter 10000 Einwohnern von dem Gesetz auszunehmen.

Unterstaatssekretär Coels von Bruggaen wendet sich gegen diesen Antrag.

Abg. Herold (Z.) begründet einen Antrag auf Einfügung eines Absatzes über „geschlossene Ortslage“, wodurch die landwirtschaftlichen Grundstücke entlastet werden sollen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

wendet sich gegen den Antrag Herold, der die Agrarier in unzulässiger Weise begünstigt; für die Volkspartei ist es charakteristisch, daß sie das Gesetz deshalb verwirft, weil es den Hausbesitzern Lasten auferlegt. Das kennzeichnet ihr Verhalten gegenüber den kleinen Leuten.

Abg. Lippmann (Sp.): Für die Hausbesitzer bin ich eingetreten, weil sie in den kleinen und mittleren Gemeinden gerade die kleinen Leute und die finanziell Schwächsten sind. Wenn Dr. Liebknechts sozialpolitische Einsicht das nicht weiß, eignet er sich nicht zum Präzeptor (Lehrer) des Hauses, der er gern sein möchte.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Zum Lehrer fühle ich mich nicht geeignet, am wenigsten für das Haus. Ich greife hier Ihre Politik an und überlasse Ihnen die Verantwortung, wenn Sie Ihre Pflicht hier nicht so auffassen, wie wir es für richtig halten. Wenn der Abgeordnete Lippmann die Hausbesitzer als die kleinen Leute hinführt, so heißt das doch, die wirklichen Verhältnisse auf den Kopf stellen. Herr Lippmann hat sich hier als Protetktor (Beschützer) der städtischen Hausagrarier gezeigt. Wir hätten dabei aus seiner eigenen Fraktion Widerspruch erwartet (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß er nicht erfolgt ist, ist recht bezeichnend. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Herold und mit ihm der § 1 wird angenommen; der Rest des Gesetzes wird nach unwesentlicher Debatte angenommen und dann in der Gesamtabstimmung das ganze Gesetz.

Es folgt die Beratung des schleimigen Antrages Engelmanns u. Gen. (natl.), für die im Weinbauggebiet der Nahe durch ein schweres Hagelwetter geschädigten Bewohner staatliche Unterstützung in Aussicht zu nehmen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Auch meine Freunde werden für den Antrag stimmen; wir wünschen nur, daß da, wo wirkliche Not vorliegt ist, die Unterstützungen auch reichlich gegeben werden.

Der Antrag wird durch einstimmigen Beschluß des Hauses der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend

Abänderung des Gesetzes über Eisenbahnunternehmungen,

durch welchen die Rechtsverhältnisse zwischen der Verwaltung der Staatsbahnen einerseits und den Besitzern der benachbarten Grundstücke und den beteiligten Kommunalverbänden, Bege-

unterhaltungspflichtigen usw. andererseits neu geregelt werden. Eisenbahnminister v. Dreitenbach erklärte die Vorlage in der Kommission für unannehmbar, denn die Entscheidung darüber, ob eine Bahn gebaut werden solle oder nicht, müsse beim Eisenbahnminister bleiben, und diesen Grundfrage haben die Kommissionsbeschlüsse nicht genügend Rechnung getragen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Brandenstein (L.) und Schwabach (natl.) wird auf Antrag des letzteren der Entwurf an die Kommission zurückgelassen.

Es folgt die wiederholte Beratung des vom Herrenhause in abgeänderter Fassung zurückgelassenen Entwurfs eines

Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme in der Fassung des Herrenhauses.

Abg. Dr. Reil (natl.) empfiehlt den Antrag der Kommission.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Das Gesetz ist aus diesem Hause in so miserabler Fassung ans Herrenhaus gelangt, daß wir vom Herrenhaus eine Verbesserung erwarteten. Diese Erwartung ist getäuscht worden; das Herrenhaus hat sich erwiesen als eine Einrichtung, nur wert, daß sie zugrunde geht. Das Herrenhaus hat das Gesetz tatsächlich noch miserabler gemacht. Die einzige Bestimmung des Gesetzes, die ein klein wenig mit sozialem Geiste getränkt war, war die Aufnahme von Flächen für den

Bau von Kleinwohnungen

in die Aufgaben des Zweckverbandes. Und diese Bestimmung hat das Herrenhaus gestrichelt! Dies kann gar nicht laut genug der Öffentlichkeit vermeldet werden zur Brandmarkung dieses Oberhauses. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wäre dieses Haus sich seiner sozialen Pflichten bewußt, so würde diese Streichung allein schon hinreichen, um die Beschlußfassung nicht so leicht hin vorzunehmen. Es ist charakteristisch, daß das Gesetz von der Rechten gegen den lebhaften Widerspruch aller Berliner Abgeordneten durchgepeitscht werden soll. Man weiß auf die Straße der zur Verfügung stehenden Zeit und die Geschäftslage des Hauses hin, um die Verschlechterungen des Gesetzes durch das Herrenhaus in den Kauf zu nehmen. Bei so wichtigen Gesetzen darf die Geschäftslage des Hauses als Argument nicht angeführt werden, unter keinen Umständen darf sie dazu führen, daß wir uns den reaktionären Bestrebungen des Herrenhauses beugen. Wir sollten das Herrenhaus ruhig vor die Alternative stellen, das Gesetz scheitern zu lassen. Und würde das Gesetz wirklich scheitern, Groß-Berlin würde keinen Schaden davon haben. (Leb. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wärmeling (Z.) befürwortet einen Antrag Witta (Z.), die Bestimmung, wonach die Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen in die Aufgaben des Zweckverbandes aufgenommen wird, wieder herzustellen.

Staatssekretär v. Dallwitz wendet sich gegen diesen Antrag; die Streichung der Bestimmung sei ja bedauerlich, aber zurzeit sei eine andere Stellungnahme des Herrenhauses nicht zu erwarten.

Abg. Gaffel (Sp.) bezweifelt, daß der Zweckverband den ihm gestellten Aufgaben gewachsen sei. Inwieweit sei die Einbeziehung von Kleinwohnungen in diese Aufgaben zu beschleunigen, doch sei es nicht gerechtfertigt, Berlin eine Ausnahmebehandlung zuteil werden zu lassen. Am besten wäre es, die Wohnungspolitik den Gemeinden zu übertragen. Zur Verhandlungsbearbeitung müßten die Vertreter direkt gewählt werden; nur dann könnten sie wirklich sich als Vertreter der Gesamtheit fühlen. — Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Charlottenburger Oberbürgermeisters Schusterhus im Herrenhause.

Darauf vertagt sich das Haus. Der Präsident schlägt eine lange Tagesordnung vor, die den Wahlrechtsantrag nicht enthält.

Das Vorspiel zur Wahlrechtsdebatte.

Abg. Fischel (Sp. [zur Geschäftsordnung]): Wir wünschen, daß endlich unser Wahlrechtsantrag erledigt wird. Wir beantragen, daß er an die dritte Stelle der Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. v. Heydebrand (L.): Auch uns ist ein Bedürfnis, den Antrag behandelt zu sehen. (Heiterkeit und Hörl. Hörl.) Wir erwarten davon einen guten Eindruck im Hause. Denn es wird sich dann zeigen, daß hier noch Parteien vorhanden sind, die gewillt sind, an den bewährten Grundlagen des preussischen Wahlrechts festzuhalten. (Lebhafter Beifall rechts, schallendes Gelächter links.) Die Ruhe und Ordnung im Lande und auch hier, das mit wenigen Ausnahmen so ausgezeichnete Haus (Heiterkeit rechts, Unruhe links) zeigen, wie gut es ist. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter links.) Wir verlangen aber, daß vor dem Wahlrechtsantrag erst die Zweckverbandsgesetze erledigt werden.

Abg. Hoffmann (Soz.) tritt für den Antrag Fischel ein.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Unter den Petitionen muß auch die der freien Studentenschaft über das Studentenrecht auf die Tagesordnung kommen, um dem Kultusminister die gebührende Antwort zu erteilen auf die leistungsfähige Weise, mit der er in Sachen Dubrowski dem Hause gegenüber sich verhalten hat. (Große Unruhe. Der Präsident stellt fest, daß der Petitionsbericht noch nicht verteilt, also für die Verhandlung noch nicht sprachreif ist.)

Abg. Köhling (natl.) schlägt vor, auch noch die Rheinische Landgemeindeordnung zu beraten.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Dann kann der Wahlrechtsantrag gar nicht zur Beratung kommen; dann kommen namentliche Abstimmungen und das Zentrum läuft wieder heraus wie am Freitag. (Hört, hört!) Spielen Sie dem deutschen Volke doch nicht solche Komödie vor, das preussische Volk hat das satt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Köhling zieht seine Anregung zurück.

Abg. Fischel (Sp.): Wir müssen doch endlich überhaupt wissen, was wir noch zu erledigen haben und was nicht. Wir sitzen da, und mit einem Male macht die Regierung die Bude zu.

Präsident v. Krüger: Der Minister war an meinem Stuhl und hat mich gefragt, wann ich glaube, daß die Sitzungen des Landtags zu Ende gehen. Da habe ich ihm gesagt, daß wähte ich nicht. (Große Heiterkeit.) Dann ist der Minister weggegangen, und so habe ich nicht erfahren können, wann der Landtag geschlossen werden soll. (Große Heiterkeit.) Das hängt davon ab, wie lange geredet wird, hier und im Herrenhaus.

Ueber den Antrag Fischel, den Wahlrechtsantrag vor dem Zweckverbandsgesetzen zu verhandeln, wogegen Abg. v. Heydebrand Widerspruch erhoben hat, wird abgestimmt und der Antrag gegen die Linke abgelehnt. Der Wahlrechtsantrag erhält also die Stelle zwischen den Zweckverbandsgesetzen und der rheinischen Gemeindeordnung; vorher noch Interpellation wegen der Ueberschneidung im Obergerbiet und der Antrag Engelmann (natl.), wegen der staatlichen Unterstützungen für die, die durch Hagelwetter im Weinbaugbiet an der Nahe geschädigt sind.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Achter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Dresden, den 26. Juni.

Erster Verhandlungstag.

Formittags-sitzung.

In Anwesenheit von 388 Delegierten, die 2276395 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, und in Gegenwart der Delegierten der gewerkschaftlichen Landeszentralen der Schweiz, Desterreichs, Ungarns und Schwedens, sowie des Genossen Ebert vom Parteivorstand ist heute im Saale des „Tivoli“ der 8. Deutsche Gewerkschaftskongreß zusammengetreten, um seine für die deutsche Arbeiterbewegung hochwichtigen Beratungen zu pflegen.

Um 10 Uhr vormittags eröffnete Reichstagsabgeordneter Genosse Legien namens der Generalkommission den Kongreß. Er führte, nach einer Begrüßung der deutschen und ausländischen Delegierten und nachdem er mitgeteilt hatte, daß die gewerkschaftlichen Landeszentralen Englands und Danemarks, die an einer Delegation verhindert sind, dem Kongreß den Ausdruck herzlichster Solidarität übermittelt haben, aus:

Die letzte Berichtsperiode hat uns einen so enormen Fortschritt gebracht, daß unsere in Hamburg ausgesprochene Hoffnung, die zweite Million zu überschreiten, noch übertroffen worden ist. Der Mitgliederstand ist seit Ende 1910 von 2017000 auf 2276000 gestiegen. Auch die Finanzverhältnisse unserer Gewerkschaften haben sich in gleicher Weise entwickelt. Die Gesamteinnahmen sind in der Berichtszeit von 48 1/2 Millionen auf 64 1/2 Millionen, der Kassenbestand von 14,8 auf 22,6 Millionen gestiegen. Aber es wäre Selbsttäuschung, wollten wir uns verhehlen, daß die Organisation der Unternehmer noch stärker gewachsen ist. Bis vor wenigen Jahren beobachteten die Unternehmer eine Abwehrhaltung, sie sind jetzt zur Angriffshaltung übergegangen. Sie sehen nach Möglichkeit den Abbruch der Tarifverträge für eine große Zahl von Gewerben auf eine gleiche Zeit fest, und wenn die Arbeiter dann nicht bedingungslos auf die Vorschläge der Unternehmer für die Lohnregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingehen, dann kommen große Ausperrungen, wodurch man die Finanzkraft unserer Organisationen zu brechen hofft. 1910 ist ein Kampfjahr gewesen, wie bisher keines. Nach dieser Entwicklung

lammern auch in höheren Teilen der Pflanze gebildet und dienen dann zur Aufbewahrung von Wasser, die es der Pflanze ermöglicht, auch Zeiten der Trockenheit zu überdauern. Noch wunderbarer ist eine Art (Pelargonium spinosum), bei der sich die Blütenblätter in Dornen verwandelt haben.

Uneheliche Geburten in 25 europäischen Großstädten. In der Dresdener Hygieneausstellung findet sich eine graphische Darstellung, die die Häufigkeit der unehelichen Geburten in der Periode 1899 bis 1907 darstellt. Danach kommen auf 100 Geburten überhaupt durchschnittlich in einem Jahr: Haag 4,2, Rotterdam 4,5, Amsterdam 4,9, Düsseldorf 7,2, Edinburgh 7,6, Mailand 8,4, Köln 11,8, Madrid 13,5, Antwerpen 13,8, Kristiania 14,0, Berlin 15,9, Brüssel 16,6, Marseille 17,0, Rom 17,7, Leipzig 18,9, Lyon 22,5, Petersburg 22,8, Kopenhagen 24,3, Moskau 25,0, München 26,3, Paris 26,5, Budapest 27,4, Stockholm 31,4, Wien 31,7, Prag 43,8. Die Zahlen bedürfen keiner Erläuterung; sie sprechen selbst gegen Vorurteile, moralische Entrüstung und leibliches Elend!

Humor und Satire.

Stoffwechsel.

Geheim über Tolstoi's gesammelte Werke. Daß nicht der Rebell seinen Untertan braud stark, Beschloß jüngst in Moskau das höchste Gericht: Drei Bände gelangen zur Ausgabe nicht!

Vor ihrer Klärsche den Weib zu bewahren, Erfam die Jenuer ein besondres Verfahren: Die Wäcker, aus denen der Höllenpusthi dampft, Sie werden nicht etwa bloß einfach zerstampft —

Rein, die der Voet schrieb, der Menschheit zu dienen, Zerleinert der Jenior durh Schneidemaschinen; Er sämneit sie in Kessel, mengt Wasser dazu: Gelochtes Papier wird, was Euch war, im Ru.

Was Geist war, das wird eine nückterne Suppe, Ob schwachhaft, ob nicht, ist ja Wäckeren Schuppe! Was schiert Religion den und Philosophie? Hauptsache: das Volk bleibt so dumm wie das Vieh.

Zu neuem Papier wird die Masse geknetet Und drüber vom Popen der Segen gebetet; Dann wandert's gereinigt zur Staatsdruckeret, Dort druck drauf ihr Leibblatt die Stadtpoliget . . .

O Tolstoi, wie hast du dich stöcklich gewandelt! Wie haben Barbaren dich greulich verschandelt! Vom Heiland zum Henker: ein winziger Schritt, Wirtt roh und brutal Polizeiwiltt mit!

Kleines feuilleton.

Die neue Schwabebahn zum Montblanc. Ueber ein werdendes Meisterwerk der modernen Technik, über die große Hängebahn, die von Chamony bis hinauf zu den Gipfeln des Montblanc führen wird und damit allen Touristen die mächtige Gebirgskette bequem erreichbar macht, teilt Dr. Bradenwig in der „Nature“ einige interessante Einzelheiten mit. Die ersten beiden Sektionen dieser großangelegten Schwabebahn, die in einer Höhe von 1000 Meter über dem Meeresspiegel in Chamony ihren Ausgangspunkt hat, führen über La Gara und über den Gletscher von Vossion bis zu 2000 Meter Höhe empor. Die Drahtlänge der ersten Sektion beträgt 1870 Meter, auf welcher Strecke 750 Meter Steigung gewonnen werden; die zweite Sektion bringt bei 1100 Meter horizontaler Länge die gleiche Steigung, so daß auf 100 Meter Steigungen von durchschnittlich 50—60 Meter überwunden werden. Der „Wahnlöcher“, also die mächtigen Drahtseile, an denen die Waggons durch die Räder schweben, ist nach Kräften dem Gelände angepaßt; in Abständen von 40—60 Meter ruhen die kunstvoll konstruierten Eisenpfeiler empor, auf denen die Seile ruhen. . . Nur an zwei Stellen sind die Tragepfeiler 200 Meter vor einander entfernt, so daß man von einem Schwabeobjekt sprechen kann. Die dritte und vierte Sektion der Bahn führen bis zum Col du Midi in eine Höhe von 3500 Meter empor, und die fünfte letzte Sektion hat als Endpunkt den Gipfel der Aiguille du Midi, womit die Bahn in einer Höhe von nicht weniger als 3843 Meter über dem Meeresspiegel anlangt. Bei diesen letzten Sektionen hat man infolge der steilen Gebirgsformationen zu noch größeren Kabelspannungen seine Aufmerksamkeit müssen. Die Waggons dieser einzig dastehenden Schwabebahn, die 20—24 Personen fassen, laufen auf drei verschiedenen Rädern, einem großen, von 90 Zentimeter Durchmesser, auf dem die Räder des Seiles ruhen, an dem der Wagen hängt, darunter ist der eigentliche Tragel, der die Fortbewegung übernimmt; ein drittes Drahtseil erfüllt den Zweck einer Bremsvorrichtung, mit deren Hilfe die elektrische Kraft automatisch ausgeschaltet werden kann. Unmittelbar unter dem Gipfel der Aiguille du Midi, in 3800 Meter Höhe, wird zwischen den Bergfelsen ein prachtvolles modernes Hotel errichtet. Hier soll auch ein kleiner Aufzug gebaut werden, der zu dem Gletscherfelde des „weißen Tales“ führt, das bisher im Winter überhaupt unzugänglich und im Sommer nur durch einen langen, schwierigen Aufstieg zu erreichen war. — Sehr bequem mach's die Technik denen, die es dazu haben.

Die Welt, in der man reist. Das Reisen kommt immer mehr in Mode. Immer größer wird der Strom der „Fremden“, der

Können wir mit aller Sicherheit darauf rechnen, daß wir noch sehr in den Kämpfen entgegen gehen und daß das Unternehmertum insbesondere an Ausperrungen noch alles weitläufig über treffen wird, was wir bisher erlebt haben. In all diesen Kämpfen sind wir auf die eigene Kraft angewiesen. Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß durch die sozialpolitische Gesetzgebung eine Verminderung der Kämpfe herbeigeführt werden könnte. Der Zweck dieser Gesetzgebung ist nach unseren Erfahrungen, unsere Organisation zu hindern. (Sehr richtig!) Immer mehr gewinnt es den Anschein, daß die Staatsverwaltung die Wünsche der Arbeiter nicht nur deshalb hört, um dann in ihren Befehlen das Gegenteil davon zu tun. Das organisierte Unternehmertum braucht nur zu winken, und die Staatsbehörden, die zu objektiver Leitung berufen sind, handeln dann so, wie Angestellte des Unternehmertums. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat sich zuletzt noch bei der Erledigung der Reichsversicherungsordnung und in der Frage der Beteiligung der Gewerkschaften an der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden gezeigt. Die Gewerkschaften wurden vom Zentralkomitee dieser Ausstellung zur Beteiligung und dazu aufgefordert, alle gewerkschaftlichen Veranstaltungen in diesem Jahre hier stattfinden zu lassen, damit die Delegierten die Ausstellung besichtigen können. Dies ist ja auch der Grund, warum unser Kongreß in Dresden tagt. Uebrigens, wenn die Frage nach unseren Kongressorten danach zu entscheiden wäre, was auf gewerkschaftlichem Gebiete geleistet wurde, dann stehen Dresden und eine Reihe sächsischer Orte immer an erster Stelle, schon deshalb, weil nirgends unsere Arbeit so schwer war, wie unter dem sächsischen „Juwel“, jenem Vereinsgesetz, nach dem zur Bildung von Zweigvereinen unserer Verbände die Genehmigung des Ministeriums nötig war. Damit wurde ja auch die am 14. August 1871 in Dresden beschlossene Zusammenfassung der Gewerkschaften in die sächsische Richtung durch die Leipziger Polizei unmöglich gemacht.

Die Beteiligung an der Internationalen Hygieneausstellung ist den Gewerkschaften durch die sächsische Regierung und das sächsische Unternehmertum unmöglich gemacht worden. Wir haben darüber im schriftlichen Bericht gesprochen, hier will ich nur feststellen, daß ein weiteres Entgegenkommen überhaupt nicht möglich ist, als es die Gewerkschaften und die Generalkommission den Anforderungen des Ausstellungskomitees bewiesen haben. Wir waren bereit, uns einer besonderen Jury zu unterwerfen, nur sollten nicht die Unternehmer darüber befinden, was ausgestellt werden soll, sondern ein Komitee von Sozialpolitikern. Wir waren sogar bereit, in der auf unsere Kosten zu erbauenden Halle des Unternehmertums einen Raum für eine Ausstellung einzuräumen. Aber wir wurden rundweg abgewiesen. Der Grund für dieses Vorgehen kann nur gewesen sein, daß eine solche Ausstellung doch wohl das Lob eingeschränkt hätte, das sonst immer den sanitären Einrichtungen der Betriebe in Deutschland geschenkt wird. (Sehr richtig!) Wir haben nicht nötig, eine Tendenz walten zu lassen, wir brauchen nur

das Glanz der Heimarbeit vorzuführen, und es hätte genug abschreckend gewirkt. (Sehr richtig!) Ja, wir können gar nicht alles ausstellen, wie es wirklich ist. Sollten wir die Stichen und Kranten, die kleinen Kinder, die da mit zarten Fingern arbeiten müssen, dem jenseitigen Publikum vorführen? Durch die Zurückweisung unserer Ausstellung hat die Internationale Hygieneausstellung eine Tendenz bekommen, die Tendenz zur Schönfärberei. (Stürmische Zustimmung.) Entweder man will die Dinge so darstellen, wie sie sind, oder man läßt die ganze Veranstaltung fallen. Wenn wir in Bezug auf die sanitären Einrichtungen der Betriebe wesentliche Fortschritte gemacht haben, so nicht dank der Gesetzgebung und dem guten Willen des Unternehmertums, sondern dank dem Druck unserer gewerkschaftlichen Organisationen. (Zustimmung.) In der Heimindustrie aber bestehen sanitäre Zustände, die jeder Beschreibung spotten, und deshalb müßte eine solche Ausstellung nicht nur das Gute zeigen, das geschaffen worden ist, sondern auch, was noch geschaffen werden müßte, um vollständige sanitäre Einrichtungen zu schaffen. Wenigstens mündlich sollte von diesem Kongreß diese Aufklärung gegeben werden. Der ganze Vorfall ist ein neuer Beweis für den ungeheuren Einfluß des Unternehmertums. (Allgemeine Zustimmung.)

Nun treten wir in unsere Kongressarbeit ein und wir erhoffen von ihr, daß sie die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung in Deutschland fördern und kräftigen wird, damit endlich Zustände eintreten, wo nicht mehr die Staatsgewalt jedem Willen des Unternehmertums folgt, sondern wo sie auch genötigt sein wird, den Wünschen und Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. (Lebhafte Beifall.)

In einer warmherzigen Rede hieß dann Stadtverordneter und Arbeitersekretär Bud den Kongreß im Namen der Gewerkschaften Dresdens willkommen. Er gab einen Rückblick auf die Geschichte der Dresdener Gewerkschaftsbewegung von den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an, wo zuerst die Handschuhmacher, die Tabakarbeiter und die Buchdrucker den Grundstein zu ihren Organisationen legten. Er schilderte die Zeit des Ausnahmegesetzes, als die Polizeiführer die kräftigen Reiser coupierete. Aber gerade damals hat sich der Gedanke der Organisationsnotwendigkeit unwillkürlich in die Herzen aller Proletarier eingegraben. Die Zeit des Ausnahmegesetzes war die Feuerprobe der Arbeiterbewegung: gefestigt und unüberwindlich ist sie daraus hervorgegangen. In der Dresdener Arbeiterkammer regt sich Kampfes- und Lebensfreude. Überall wirkt die Gewerkschaft aufklärend, man fühlt das Raufen einer neuen Zeit, die sich auch dokumentieren wird in der politischen Vertretung. Bis 1903 vertrat unser Dr. Gradnauer die Stadt Dresden, während die Umgegend auch in diesen Reichstagen die Parteimitglieder Horn und Boden geschickt hat. Am Landtag hat die Arbeiterkammer unter 11 Abgeordneten 25 Vertreter, im Dresdener Stadtparlament sitzen trotz des ungünstigen Wahlrechts unter 84 Stadtverordneten 15 Sozialdemokraten. Die Genossenschaftsbewegung ist gerade in Dresden tief verankert im Volkstörper. Der Konsumverein hat einen Umsatz von 17 Millionen Mark jährlich und 1000 angestellte Beamte. Gerade durch die Unterstützung der organisierten Arbeiterkassen ist er zu dem geworden, was er ist. — Willkommen, Genossenschaftsgenossen, zur heilsamen Arbeit, zum guten Gelingen! (Lebhafte Beifall.)

Die Konstituierung des Kongresses vollzieht sich rasch. Zu Vorsitzenden werden, nachdem Bömelburg abgelehnt, Leipziger, Schlöde und Legien gewählt; zu Schriftführern Schneider (Fabrikarbeiter), Josephsohn (Schlichter), Heischold (Wäcker), Dreher (Transportarbeiter), Mirus (Schneider) und Krähig (Regilarbeiter).

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Wüchner (Berlin), Altvater (Stuttgart), Engelbrecht (Leipzig), Glöde (Berlin), Bender (Eberfeld), Krause (Chemnitz) und Kunze (Berlin). Die Geschäftsordnung wird genehmigt und die Arbeitszeit auf 9 bis 4 Uhr festgesetzt.

Als Tagesordnung wird festgesetzt:

1. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: Legien.
 - a) Beratung der Anträge betr.
 - b) Allgemeine Agitation.
 - c) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
 - d) Streikunterstützung und Streikstatistik.
 - e) Arbeiterinnen-Sekretariat.
 - f) „Correspondenz-Blatt“.
 - g) Sozialpolitische Abteilung.
 - h) Zentral-Arbeitersekretariat.
 - i) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.
2. Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstufungsklasse. (Dieser Punkt ist in die provisorische Tagesordnung eingefügt worden, nachdem die Verhandlungen mit den Genossenschaften soweit geblieben sind, daß das Projekt

- einer Volksversicherung dem Kongreß vorgelegt werden kann, das der ungebührlichen Ausbeutung der Arbeiter durch Privatversicherungs-Gesellschaften ein Ende bereiten soll.)
3. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch. Referent: Dr. Heinemann-Berlin.
4. Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz. Referent: E. Reichmann-Bremen.
5. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Referent: Robert Schmidt-Berlin.
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenunterstützung. Referent: Paul Umbreit-Berlin.
7. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben. Referent: R. Lange-Hamburg.
8. Bildungsbestrebungen und Bibliothekwesen in den Gewerkschaften. Referent: J. Sassenbach-Berlin.
9. Beratung sonstiger Anträge.

Es wird die Einsetzung einer aus den Industriegruppen zu wählenden elfgliedrigen Redaktionskommission beschloffen. Vorsitzender Schlöde: Wir alle hoffen, daß unser langjähriger Vorsitzender Bömelburg bald ganz hergestellt ist und daß er wieder präsidieren kann. (Beifall.)

Begrüßungsdreden.

Söderberg-Schweden: Zwischen den klassenbewußten Arbeitern aller Länder besteht ein starkes, ideales Band. Bei unserer Niesenausperrung im Jahre 1900 mußten wir auf die Hilfe der Internationalen rechnen. Die organisierten Arbeiter Deutschlands zeigten durch die Tat, daß sie international denken und daß sie verstanden, um wela hohen Kampfspreis es ging. Dafür spreche ich jetzt unseren tiefgefährtesten Dank aus. Niemand werden die organisierten Arbeiter Schwedens Ihre Hilfe vergessen. Es ist den Unternehmern nicht gelungen, unsere Organisationen zu zerstören. Unser Generalstreik wies die Forderung der Unternehmer nach einer ihnen gemeinsamen Verhandlungsordnung zurück. Die zweimalige Ablehnung der Tarifvorlage der konservativen Regierung im Reichstag ist ein weiterer moralischer Erfolg für uns. Burden auch unsere Verbände geschwächt, so ist doch der Kern unerschütterlich. Von dem Wahlkampf in diesem Sommer hoffen wir gute Erfolge. Wir wollen stets mit der Internationale marschieren. Glück auf! (Lebhafte Beifall.)

Huppert-Oesterreich: Zwischen Ihnen und uns besteht außer dem Band der Internationalität auch eine enge Freundschaft. Unsere Erfolge sind geringer als Ihre, Sie kennen ja den Kampf, den wir leider sogar in unseren eigenen Reihen zu führen haben. Wir werden stets Ihrem Beispiel folgen. Gehilf werden wir uns auch Ihrer künftigen Erfolge freuen können. (Beifall und Handklopfen.)

Jasgai-Lungarn: In unserem mittelalterlichen Lande haben wir noch nicht einmal das Koalitionsrecht, aber trotzdem geht es auch bei uns vorwärts. Das haben wir größtenteils Deutschland zu danken. Wir wünschen Ihnen besten Erfolg! (Beifall.)

Kaufmann vom Zentralverband deutscher Konsumvereine: Auch wir begrüßen Sie herzlich. Die vor sechs Jahren von Ihnen in Köln gestellten Forderungen an uns sind zum Teil erfüllt. Es bestehen Reichs- oder örtliche Tarife mit unseren Arbeitern und Angestellten. Wir wollen im Verein mit Ihnen vorbildliche Arbeitsverhältnisse schaffen. Wir haben schon jetzt eine allgemeine Unterstufungsklasse für unsere Arbeiter und Angestellten. Jetzt wagen wir uns gemeinsam an das schwierige Problem der allgemeinen Volksfürsorge. Unsere Erfolge sind darauf zurückzuführen, daß wir viele gemeinsame Aufgaben haben. Die Gewerkschaften wären um ihre Erfolge gebracht, wenn nicht die Genossenschaften den Arbeiter vor Preisstreibern schützten; die Genossenschaftsbewegung wieder wäre nichts ohne eine gekräftigte Arbeiterkassen, die sie trägt. Sie brechen die Abhängigkeit vom Kapitalisten als Arbeitgeber wie die von ihm als Händler. Mögen Ihre Verhandlungen abermals dazu beitragen, daß die Arbeiter befreit werden von gottgewollten und nichtgottgewollten Abhängigkeiten. (Großer Beifall.)

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Legien verweist einleitend auf die regelmäßige schriftliche Berichterstattung an die Zentralvorstände und auf den ausführlichen Bericht an den Kongreß. Der Hamburger Vorschlag bezüglich der Landarbeiter- und der Hausangestelltenorganisation ist ausgeführt worden. Diese Organisationen erscheinen nicht im Bericht, zum Teil, weil sie nicht überall das Koalitionsrecht haben — gewerkschaftliche Arbeit können sie trotzdem sehr wohl verrichten, nur ist sie an den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gebunden. Wir haben gar nicht darauf gerechnet, in so kurzer Zeit 12 000 reine Landarbeiter zu organisieren. (Bravo!) Im Vergleich zur Gesamtzahl der Beschäftigten kann man freilich gar nicht von einem Prozentverhältnis sprechen. Durch die Aufnahme in die Tabelle würde nur das Gesamtergebnis ungünstig beeinflusst. Selbstverständlich durften hier Mittel nicht gespart werden. Daraus ist uns hier und da ein Vorwurf gemacht worden, weil die Organisationszukunft dieser Schichten noch unsicher ist, während durch ein Arbeitersekretariat in einem industriellen Bezirk viel gemacht werden kann. Wo das Arbeitersekretariat agitatorisch wirkt, wie in Oberschlesien und Lothringen, haben wir nicht gespart. Aber bloße Rechts-hilfestellen für einzelne Bezirke müssen die Arbeiter des Bezirkes erhalten, denen diese Stellen ausschließlich zugute kommen. Immerhin sind auch dafür recht erhebliche Verhilfen gewährt worden, wenn die Ansicht besteht, daß bald die lokale Organisation stark genug sein wird.

Durch Anstellung von Gewerkschaftsbeamten mit den Christlichen zu konkurrieren, müssen wir ablehnen. Wie sie es können, bei ihren Beiträgen, weiß ich nicht. (Sehr gut!) Und unsere Bewegung hat viel zu große innere Kraft, als daß es von der Beamtenanstellung abhängen würde, daß die Arbeiter zu uns kommen. (Zustimmung.) Trotz all der enormen christlichen Agitation sind sie über eine bestimmte Höhe nicht hinausgekommen, wir aber haben 2/3 Millionen Mitglieder. (Zustimmung.)

Die Erfahrungen mit Gewerkschaftsschülern sollten uns doch zu großer Vorsicht mahnen. Werden dadurch die Arbeiter eines Ortes materiell ungewöhnlich belastet, so erlahmt die Agitation. Allen erfüllbaren Hoffnungen haben wir Genüge getan.

Ueber unsere Unterrichtskurse gab es verschiedene Auseinandersetzungen. Ihr Wert wird ja auch aus den Berichten der Besucher zu beurteilen sein. Die Kursleiter haben bisher ausnahmslos erklärt, daß ihnen diese Kurse wesentlich nügen. Die ursprünglich vorhandenen Mängel sind inzwischen beseitigt worden. So ist die Verlängerung der Kurse auf 6 Wochen eine bedeutende Verbesserung. Die Ungleichheit der Entschädigung ist jetzt aus der Welt geschafft, ein gleichmäßiger Diätensatz ist eingeführt. Eine Vereinbarung von Gewerkschaftsschule und Parteischule entspricht meines Erachtens nicht dem verschiedenartigen Charakter der beiden Schulen. Der Zweck dieser Kurse ist nicht die volle Ausbildung des Teilnehmers, ihre Aufgabe soll sein, den Teilnehmern den Weg zur vollen Ausbildung zu zeigen. Wenn wir nicht ein Wissen vermitteln können, das der Betreffende aus seiner Berufsarbeit heraus sich verschaffen kann, dürfen wir ihn nicht zu lange der Berufsarbeit entziehen. Die sonst entstehende Verantwortung für anderweitige Unterbringung können wir nicht übernehmen. Bei der Parteischule liegen die Dinge wesentlich anders.

Was die Heranziehung unserer Lehrkräfte betrifft — die beiden, um die es sich bei der Kritik handelt, waren früher Sozialdemokraten; wollen Sie etwa unseren Hygienelehrer Prof. Sommerfeld zum Eintritt in die Sozialdemokratie zwingen? (Heiterkeit und sehr gut!) — so hatten wir uns ausschließlich an die wissenschaftliche und fachliche Eignung (Sehr richtig!). Sogar die Parteischule kann sich dahin entwickeln, daß ein Wissensgebiet behandelt wird, für das kein sozialdemokratischer Lehrer zur Verfügung steht.

Namens der Generalkommission habe ich folgende Erklärung abzugeben:

„Für die Heranziehung und Inanspruchnahme der Vortragenden in den Unterrichtskursen soll allein der Umstand maßgebend sein, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind und die Materie wissenschaftlich einwandfrei behandeln. Voraussetzung muß jedoch sein, daß volles Vertrauen der Kursteilnehmer zu dem Vortragenden vorhanden ist, damit nicht durch mangelndes Vertrauen der Er in Frage gestellt wird.“

Dieser Erklärung haben sich die Zentralvorstände angeschlossen. In den regelmäßigen Teilnehmerbesprechungen ist nie irgend etwas gegen die Lehrkräfte gesagt worden.

Ich glaube, Sie sind mit dieser unserer Haltung einverstanden. (Zustimmung.)

In der Statistik haben wir manche Verhinderung mit den Staatsbehörden gehabt. Ich glaube zu fest an den Sozialismus, als daß ich durch Verhinderung mit den Staatsbehörden an meiner Ueberzeugung Schaden nehmen könnte. (Große Heiterkeit.) Freilich ist die amtliche Statistik vielfach nicht geeignet, unsere Mitarbeit zu fördern. Der frühere Leiter des statistischen Reichsamts, Geheimrat Wislizenus, hat mir selbst gesagt: Wir haben dieselben Empfindungen wie Sie, wir wissen, daß wir in der Statistik falsches veröffentlichen. (Hört, hört!) Der Mann ist tot, deshalb darf ich es ja erzählen, ohne ihm zu schaden. Man verfolgt mit der Statistik immer noch die Tendenzen der Juchhausbörse. (Sehr richtig!) Diese Behörden tragen die Verantwortung für die falsche Statistik. Wir sehen auch hier wieder den kolossalen Einfluß der Unternehmer. (Allgemeine Zustimmung.) Ein krasser Widerspruch gegen Recht, Gesetz und Handelsverträge ist das ständische System des Legitimationskartenzwanges auf die ausländischen Arbeiter. Da ein Reichstagsbeschluss ergebnislos blieb, macht man jetzt die betreffenden ausländischen Regierungen in ihren Parlamenten darauf aufmerksam.

In der Reisefrage wurde nach Ablehnung der Hamburger Basis durch den Nürnberger Parteitag eine neue Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften in Leipzig genehmigt. Agitieren Sie sie womöglich ohne Diskussion. Nach ein paar Jahren werden wir ja sehen, ob Änderungen nötig sind.

Zwischen der Generalkommission und einzelnen Parteiorganen und Parteischristellen sind eifrige Differenzen gewesen. Aber zwischen Parteivorstand und Generalkommission besteht vollste Einmütigkeit. Diese Erklärung werden die Christlichen natürlich wieder ausnützen. Aber dadurch sind wir noch nicht sozialdemokratische Gewerkschaften. Wir können gar nicht anders, als in vielen Dingen mit der Partei zusammenzugehen. Allein auch ohne gesetzliche Notwendigkeiten wäre es wohl zu einer Zweiteilung der Arbeiterbewegung gekommen, weil sie die Praxis erforderlich machte. Der politische reife Teil unserer Mitglieder gehört eben zur Sozialdemokratie. Die Christen-Dunderschen und Christlichen sichern sich auch politische Vertretung. Aber ist es denkbar, daß Arbeiter dem Jolltarif und den indirekten Steuern, dem Militarismus und dem Marinismus zustimmen könnten? Der naturnotwendige Zusammenhang, wie er zwischen unseren Mitgliedern und der Sozialdemokratie besteht, besteht bei den christlichen Arbeitern und ihrer parlamentarischen Vertretung also nicht. Sozialdemokratische Gewerkschaften wären wir jedoch nur, wenn wir als Bedingung für die Aufnahme das Bekenntnis zur Sozialdemokratie forderten.

Wir reagieren nicht auf alle Angriffe, dazu ist das „Correspondenzblatt“ nicht da. Anders lag es bei der Frage der gewerkschaftlichen Arbeit in Schweden. Der wenige Jahrzehnte zurückblickt und um die heutige Arbeiterschaft ansieht, der kann von Sisyphusarbeit nicht sprechen trotz Jolltarif und allem andern. (Lebhafte Zustimmung.) Das Ergebnis der langen Polemik mit Kaupis war die ziffermäßige Darstellung dessen, was einzelne Organisationen erreicht haben. Dann kam die Diskussion über die angebliche Enttarnung der Gewerkschaftsbeamten aus der Sphäre des Proletariats. Dagegen müßten wir doch Front machen. (Lebhafte Zustimmung.) Wieviele Gewerkschaftsbeamte haben ihren Fonds an Kraft für die Arbeiterschaft aufgebraucht. Und ein Schriftsteller, der vielleicht jetzt in die Partei hineinwinkt und der auf anderen Seite wieder hinaus (lebhafte Zustimmung), der soll diese enorme verdienstvolle Arbeit als Abkehr zu bürgerlichen Anschauungen bezeichnen dürfen? (Erneute lebhafte Zustimmung.) Ja, und der Toni mit Seide nahe man seinen großen Sad. Wir haben — „materialistisch“ und „marxistisch“ wie er — Pannekoeks Ausstellung der persönlichen Verhältnisse der Gewerkschaftsbeamten die seiner persönlichen Verhältnisse gegenüberstellt. (Beifall.) — Compers schließlich, der dritte Anlag zu einer Diskussion, kam nach Deutschland, nicht als Vertreter der „Eubic-Föderation“, sondern als Vertreter einer der größten Gewerkschaftsorganisationen der Welt, und danach hatten wir ihn zu behandeln. Das hatte ich noch am Bericht zu ergänzen. (Lebhafte Beifall.)

Cohen-Berlin beantragt, dem Kassierer Rube die Entlastung zu erteilen, da die Revisionen tabelle Ordnung ergeben haben.

Die Diskussion.

Mehrere Anträge werden zurückgezogen, so die auf Verschmelzung der Partei und Gewerkschaftsschule, auf Heranziehung zur sozialdemokratischen Lehrer und auf Verhandlung der Reisefrage auf dem nächsten Internationalen Kongreß, die meisten Anträge werden nicht genügend unterstützt.

Ein Antrag auf Einsetzung einer 11gliedrigen Kommission für die Angelegenheiten der Gewerkschaftsschule wird genügend unterstützt.

Nicht unterstützt wird auch folgender Antrag des Zweigvereins Bremen des Deutschen Bauarbeiterverbandes: „Es sind in Zukunft die Arbeitsprodukte des Herrn Calmer im „Correspondenzblatt“ nicht mehr aufzunehmen, weil diese den Klassenkampf nicht fördern, sondern hemmen, weil erweisenermahnen verschiedene seiner Schriften in bester Weise die Sache des Kapitals, des Gegners des Proletariats, besorgen.“

Dupont (Bildhauerverband) begründet den Antrag, eine von der Generalkommission zu verwaltende Zentralkasse für besonders große auflotrozierte Kämpfe zu schaffen. Die jetzige Form der Sammlungen wird sich nicht immer durchführen lassen. Wir haben den Antrag nicht gern gestellt, aber es ist nötig, die Zentralvorstände mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Da Vaar begründet einen Antrag auf besondere Förderung der Hausangestelltenorganisation, deren Mitgliederzahl auf 4918 gestiegen ist.

Cohen-Berlin empfiehlt folgenden Antrag:

„Bei Ausperrungen, deren Anstocher infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. Jedoch muß bei der Beitragsfestsetzung entsprechend der finanziell geringeren Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen ein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern gemacht werden. Die Art der Ausbringung der Mittel bleibt der Gewerkschaften überlassen, darf aber keinesfalls durch Sammlungen über die eigene Mitgliedschaft hinaus geschehen. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen entscheidet die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen.“

Wir wollen keinen Generalkassendfonds und halten ihn für schädlich. Die in Köln geregelte Art der Sammlungen kann aber nicht bestehen bleiben. Heute sind die Sammlungen ein Vorzeichen für die Arbeitgeber zur Beurteilung des Standes der Kämpfe. Dieser Bild in unser Geldspind muß den Arbeitgebern bereichert werden. Wir können aber nach unserem Antrag auch die Kassen etwas gleichmäßiger als bisher verteilen. Heute drücken sich eine Anzahl Mitglieder, sogar eine Anzahl Organisationen, und die, die ihre Pflicht tun, haben um so schwerer zu tragen. Bei dem großen Kampf in Schweden haben wir pro Woche rund 100 000 Mark hereinbekommen, das entspricht 5 Pf. pro Woche für das Mitglied unserer Gewerkschaften. Bei sehr großen Kämpfen muß jedem organisierten Arbeiter die Durchführung doch 6 Pf. pro Woche wert sein, und dieser Beitrag kann, selbst wenn der Kampf noch so lange dauert, nicht zu schwer werden. Bei einem 10 Pf.-Beitrag bekommen wir 200 000 M. pro Woche, wenn wir annehmen, daß

Die Viermillion über 2 Millionen hinaus Arbeitslose oder Kranke sind. Wir wären also in der Lage, pro Woche doppelt soviel an Unterstützung zu leisten, als was wir für die Schweden geleistet haben. Und keine Unternehmerorganisation würde sich nicht lächerlich zu werden, getrauen zu sagen, daß die Arbeiter — ganz kurze Zeit in der Lage wären, solche Beträge zu leisten. Den einzelnen Gewerkschaften machen wir gar keine Vorwürfe, wie sie den Betrag aufbringen sollen, sondern nur, was sie abzuführen haben. Bei vorherigen Sammlungen würde man sich auf das vorhandene Geld stützen, und wenn Geld da ist, dann kann die Generalkommission Ansuchen auch dann nicht ablehnen, wenn von der betreffenden Organisation vielleicht manchmal nicht ganz einwandfrei gehandelt worden ist. Dadurch, daß wir der Vorstandskonferenz überlassen wollen, zu bestimmen, wann eine solche Anleihe eingehoben werden soll, sind alle Garantien gegeben. Wie es heute ist, geht aus einer Aufstellung der Berliner Gewerkschaftskommission hervor; da hat eine Gewerkschaft bei einem großen Kampfe 250 M. pro Mitglied aufgebracht, eine andere mit gleichen Erwerbverhältnissen 88 Pf., eine andere gar 26 Pf. (Hört! hört!) Um eine Verringerung des Kölner Beschlusses von 1905 kommen wir nicht gut herum.

Ich hätte es lieber gesehen, wenn Legion über die Frage der Siphphusarbeit ausführlicher gesprochen hätte. Ein Verweis dafür, daß die Gewerkschaften nicht Siphphusarbeit leisten, ist auch, daß Gesetze, die eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter bringen, doch auch gekommen wären, wenn wir nicht durch unsere positive Arbeit die Lebenshaltung verbessert hätten. (Sehr richtig!) Wenn wir mit unserer positiven Arbeit nichts anderes vermocht hätten, als eine Herabdrückung der Lebenshaltung zu verhindern, so wäre das allein schon etwas, das jeden organisierten Arbeiter die Gewerkschaften und die gewerkschaftliche Arbeit als notwendig erkennen ließe. (Zustimmung.) Im Laufe der letzten drei Jahre konnten wir öfter feststellen, daß ausländische Arbeiter, die 6, 7 bis 8 Jahre unbehindert in Preußen sich aufgehalten hatten, in dem Augenblick ausgewiesen wurden, wo sie sich an einem Streik beteiligten.

Winnig-Hamburg (Bauarbeiter): Wir haben unseren Antrag auf Ausbau der Gewerkschaftsschule gestellt, bevor wir wußten, wie sich Legion in dieser Frage verhalten würde. Nachdem er gesprochen, erscheint er uns um so notwendiger. Der sachliche Kern unseres Antrages ist die Aufhebung der gewerkschaftlichen Kurse dahin, daß die Dauer der Kurse verlängert und die Zahl der Teilnehmer verringert wird. Jeder, der einen gewerkschaftlichen Kurs besucht hat, wird mit mir der Ansicht sein, daß ihre Verlängerung durchaus geboten ist. Jetzt muß in wenigen Wochen ein so gewaltig Unterrichtsstoff zusammengedrängt werden, daß die Schüler nicht fähig sind, sich bei jedem Punkte so zu konzentrieren, daß sie dauernden Gewinn vom Unterricht haben. Legion hat dagegen eingewendet, man wisse nicht, was mit den Schülern geschehen solle, wenn sie sechs Monate ihrem Beruf entzogen würden. Die Antragsteller haben nicht an einen sofortigen Sprung auf sechs Monate gedacht. Nur die allmähliche Verlängerung der Dauer der Kurse um 14 Tage oder 4 Wochen streben wir an. Der Einwand, was mit den Schülern geschehen soll, erledigt sich durch den Hinweis auf die Parteischule. Diese wäre mit ihren 6-8 Monatskursen ja in gleicher Verlegenheit. (Zuruf: Ist sie auch!) Nach Abschließung der Schule gehen die Parteischüler wieder in ihren Beruf. (Zuruf: Nein!) Mit der Verlängerung der Kurse Hand in Hand ist die Verminderung der Teilnehmerzahl gehen. Man denke daran, daß im Höchstfalle 30 Teilnehmer zu jedem der beiden Kurse im Winterhalbjahr zugelassen werden. Dann werden im Jahr nur 60 ausgebildet, und die Verlegenheit, wozu mit den Schülern? reduziert sich dann beträchtlich. Heute werden drei oder sogar vier Kurse abgehalten, an jedem Kurse nehmen 60, im Maximum 70 Schüler teil, wir haben also im Jahre rund 200 ausgebildete Schüler. Allerdings, wenn man glaubt, daß für jeden Auszubildeten eine besoldete Stellung in der Arbeiterbewegung freigehalten werden müsse, gerät man in eine Verlegenheit, die ich nicht weiter erörtern will.

Ich habe mich freuet, daß Legion jene Angriffe zurückgewiesen hat, die sich gegen den Lehrkörper der gewerkschaftlichen Kurse gerichtet haben. Es wäre besser gewesen, wenn diejenigen unserer politischen Organe, die diese Angriffe gebracht haben, sich hierin eine größere Reserve auferlegt hätten. Sie sollten nicht bei jeder Gelegenheit schreiben, Colver hat das geschrieben und Schippel jenes, etwa über die Postfrage, das sich nicht mit dem Schema F verträgt, und dann hinzufügen: Das sind die Lehrer unserer gewerkschaftlichen Nachwuchs. Wir haben uns noch nie über den Standpunkt angehalten, die die Lehrer unserer Parteinachwuchses einnehmen. Wir wünschen aber andererseits, daß die politische Seite unsere Selbstständigkeit respektiert und die Hände davon läßt. Allen Wünschen auf Verschmelzung von Partei- und Gewerkschaftsschule müssen wir einstweilen ablehnend gegenüber stehen. Unser Antrag strebt eine solche Verschmelzung nicht an, sondern will die Gewerkschaftsschule nur mit der Parteischule gleichwertig machen, von der wir anerkennen müssen, daß sie, schultechnisch betrachtet, viel besser organisiert ist. (Beifall.)

Dittmer-Berlin: Unser Verband hat die Anordnung getroffen, daß jeder Schüler einen schriftlichen Bericht mit kritischen Anmerkungen über seinen Aufenthalt an der Gewerkschaftsschule erstattet. Wenn jede Gewerkschaft ebenso handeln würde, wäre sie bald im Klaren darüber, was der Gewerkschaftsschule fehlt. Es wird allgemein darüber gellagt: die Kurse sind zu kurz. Nachdem die Generalkommission sich einmal entschlossen hat, ihre Dauer von 4 auf 6 Wochen zu verlängern, wird sie sich bestimmt auch zu 8 oder 10 Wochen oder schließlich auch zu einem vierteljährlichen entschließen. Der Auffassung Legion's, daß eine Vereinigung von Partei- und Gewerkschaftsschule nicht in Frage käme, weil eine solche Schule dann nicht dem gewerkschaftlichen Charakter entsprechen würde, kann ich nicht zustimmen. Es entspricht durchaus dem gewerkschaftlichen Charakter, daß Parteivorstand und Generalkommission Hand in Hand gehen. Und wenn in weiter Zukunft durch Austausch oder Veränderungen im Lehrkörper ein Teil des Unterrichtsprogramms gemeinsam erledigt würde, würde vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts dagegen einzuwenden sein.

Es ist gesagt worden, wir können im gewerkschaftlichen Kursus dem Schüler nicht die Wissenschaft bringen. Bei der Parteischule liegt es ganz ähnlich, auch dort wird immer nur der Weg zur Weiterbildung angegeben werden. Gerade die Arbeit des Gewerkschaftsbeamten ist volle Arbeit. Es bleibt ihm wenig Zeit zur Weiterbildung. Er profitiert an Erfahrung, aber in theoretischer Beziehung wird es dem Einzelnen kaum möglich sein, sich annähernd fortzubilden. Um so notwendiger ist eine theoretische Sordlung in den Kursen. Das lange Herausnehmen aus der Tätigkeit erklärt es, weshalb so wenig Gewerkschaftler in die Parteischule gehen. Um so mehr muß die Gewerkschaftsschule den Gewerkschaften gründliche Bildung zuführen. Ich bin deshalb für den Antrag Winnig. (Beifall.)

Alth-Berlin (Buchbinder): Der Antrag des Zentralver-

eins der Bildhauer auf eine allgemeine Streikunterstützungskasse, die von der Generalkommission verwaltet wird, zur Unterstützung solcher Streiks, die von den betroffenen Verbänden allein nicht durchgeführt werden können, scheint mir, wenn man überhaupt über die Kölner Resolution in dieser Frage hinausgehen will, den Vorzug vor dem Antrag der Berliner Metallarbeiter zu verdienen. Gewiß, jede Gewerkschaft sorgt zunächst für sich; aber auch größere Gewerkschaften können in die Lage kommen, die Hilfe der anderen in Anspruch zu nehmen. Die kleineren Gewerkschaften, die überhaupt nicht fähig sind, aus eigenem heraus einen Kampf zu führen, werden absterben oder sich den größeren Industriebetrieben anschließen müssen. Was bedeutet die 200 000 M. wöchentlich, die Cohen herausrechnet, bei wirklich großen Ausperrungen. Werden 300 000 Arbeiter ausgesperrt, so sind mindestens 3 Millionen Mark wöchentliche Unterstützung notwendig. Und daß so große Ausperrungen nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit sind, sollten gerade die Metallarbeiter wissen nach den Vorgängen bei der Ausperrung der Hamburger Werftarbeiter. In solchen Fällen aber kommen wir nicht aus, erst dann mit der Sammlung zu beginnen, wenn die Ausperrung da ist. Dem Antrag Cohen hastet etwas der Überzeugung der Generalkommission an. In Zukunft muß die Generalkommission bei der Unterstützung notleidender Gewerkschaften aus übrig gebliebenen Fonds mehr Regelmäßigkeit eintreten lassen.

Gertraud Hanna-Berlin: Es kann vorkommen, daß Männer unter den Arbeiterinnen in der Zeit agitatorisch wirksamer sind als Frauen. Die Arbeiterinnen nehmen in vielen Betrieben eine untergeordnete Stellung ein, der Mann ist der Vorgesetzte, und wenn er agitiert, wirkt er besser. Auch in den Metallfabriken sind die Arbeiterinnen meist Hilfsarbeiter; aber dabei darf nicht übersehen werden, daß es das Vertrauen der organisierten Arbeiterinnen heißt, wenn auch Frauen in der Verwaltung arbeiten und agitatorisch wirken. Öffentlich nehmen Sie die Resolution wahr an.

Leipart (Holzarbeiter): Gleich allen Rednern habe auch ich keine Kritik an der Generalkommission zu üben. Wir sprechen für unsere Anerkennung aus. Wir lassen uns von unseren Kursteilnehmern schriftlichen Bericht erstatten. Alle haben erklärt, unbeschadet ihrer Stellung zu den Meinungsverschiedenheiten in der Partei, daß gerade die angegriffenen Lehrkräfte mit die besten seien. Nachdem Legion uns erklärt hat, daß die Voraussetzung für gedeihliches Wirken das Vertrauen sein soll, können wir uns darauf verlassen, daß auch diese Sache bei der Generalkommission in guten Händen ruht. Ich bin gegen den Antrag Winnig auf Einsetzung einer besonderen Kommission für die Angelegenheiten der Schule und im Übrigen erkläre diese Kommission schon in der Konferenz der Zentralverbände, die immer im Einvernehmen mit der Generalkommission ist. Der Antrag würde ein Mißtrauen gegen die Generalkommission und gegen die Konferenz sein. Die Mehrzahl der Teilnehmer sagt, daß der Stoff zu ausgiebig sei und am Schlusse nicht genügend erörtert werden könnte. Es ist aber schon der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß daran die Lehrkräfte schuld sein können, in dem sie zunächst die Stunden nicht genug ausnützen, und dann die Sachen übers Anie brechen. Diesbezüglich kann die Generalkommission mit den Lehrkräften Rücksprache halten.

Zur Frage der gegenseitigen Streikhilfe müssen wir auch heute wie schon früher erklären, daß wir der Gründung eines Generalkreisfonds im Sinne des Antrages der Bildhauer nicht zustimmen können. Die von mir schon 1896 in Berlin angeführten Gründe liegen noch heute vor. Nach Lage der Dinge scheint mir auch keine Gefahr zu bestehen, daß sich heute eine Mehrheit für die Gründung eines solchen Fonds finden würde. Ich habe aber auch Bedenken gegen den Antrag der Metallarbeiter. Bei gemeinschaftlichen Aktionen sollen aber sämtliche Verbände entscheiden und auch über die Verwendung der Gelder soll der Generalkommission die Kontrolle zugehen. Ich glaube, wir sind so gewaltig fortgeschritten, daß wir sagen können, daß im allgemeinen mit der Kölner Regelung auszukommen gewesen ist. Seitdem ist noch kein einziger Streik erfolgt, vor dem wir unternehmung der Gesamtheit angezogen werden mußte, deshalb abgebrochen worden, weil die Mittel verfaßt haben. Bei dem größten Kampfe, dem im Bau-gewerbe, ist noch ein ganz namhafter Heberführer von den Sammlungen übrig geblieben. Deshalb bin ich der Meinung, daß zurzeit ein besonders großes Bedürfnis nach einer anderweitigen Regelung nicht vorhanden ist, insbesondere, weil Einmütigkeit über die Weiterbildung dieser Einrichtung nicht besteht. Wir können uns begnügen, daß auf den Konferenzen der Vorstandsvertreter regelmäßig über die Weiterbildung der Form der gegenseitigen Streikhilfe eingehende ernste Beratungen gepflogen worden sind und zweifellos auch in der Zukunft gepflogen werden. Wir werden uns mit der Regelung in Köln nicht begnügen, sondern werden weitergehende Schritte unternehmen können und müssen. Aber ich bitte Sie, keinen Beschluß zu fassen, der Widerspruch in den eigenen Reihen hervorruft, und der uns nicht dazu führen würde, eine Besserung in den gegenwärtigen Zuständen herbeizuführen. Der Antrag der Metallarbeiter würde meines Erachtens zur Folge haben, daß der Betätigung der freiwilligen Solidarität in der Zukunft große Hindernisse bereitet werden. Überlegen Sie den Antrag der Metallarbeiter gründlich.

Girbig (Glaserarbeiter): Auch wir haben unter der Ausweitungspraxis schwer zu leiden. Die Unternehmer nützen sie nicht, um die Arbeiter von Lohnkämpfen abzusprechen. Erst in den letzten Tagen hat man uns Streikende ausgewiesen. — Wenn es uns gelang, die großen Ausperrungen zu überwinden, so ist das keine Garantie für die Zukunft. Leipart halte ich entgegen, daß die Annahme des Antrages Cohen die Krüderberger ausschaltet. (Sehr richtig!) Und Krüderberger gibt das überal. Wenn wir aber eine Norm zur Ausbringung der Mittel finden, so werden wir für alle Kämpfe gewappnet sein. — Auch ich bin für Ausdehnung der Unterrichtskurse. Die Frage der Verschmelzung mit der Parteischule ist noch nicht spruchreif; ich hoffe aber, daß der Tag auch kommen wird.

Stühmer (Schneider): Mit Cohen bin ich ganz einverstanden. Aber Leipart stellt es in den Vorstandskonferenzen so hin, als ob seit Köln alle Organisationen auf ihre Rechnung gekommen wären. Dagegen muß ich protestieren. Und wäre 1907 in der großen Ausperrung mit 200 000 M. zu helfen gewesen, wir müßten ihn aber wegen Mangel an Mitteln abbrechen. Wir haben nie für unsere gewöhnlichen Kämpfe Mittel gefordert, aber in außer-gewöhnlichen Fällen muß es heißen: Solidarität gegen Solidarität! Wir wollen stets Solidarität üben, und wenn wir das Geld aus der Hauptkasse nehmen müßten, wir müssen aber das Gleiche fordern. Das kann nicht anders geschehen, als indem wir hier aussprechen, daß über gemeinsame Aktionen die Generalkommission zu beschließen hat. Wenn wir es nur wollen, dann geht uns in Zukunft überhaupt kein Kampf wegen Mangel an Mitteln verloren. Unsere einmütige Erklärung für die Solidarität wird ihren Eindruck nicht verlieren.

Die Diskussion schließt. Legion (Schlußwort): Die Generalkommission ist von keiner Seite kritisiert worden. Cohen wird mir zugucken, daß bei der Organisation unter den Berliner Metallarbeiterinnen, allerdings nicht eine besoldete weibliche Arbeitskraft der Metallarbeiter in Anspruch genommen wurde, wohl aber die weiblichen Arbeitskräfte anderer Stellen (Große Heiterkeit und Hört! hört!), besonders unsere Arbeitersekretärin u. a. die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen konnten. Entscheidend ist ja immer die Qualifikation des Agitierenden. — Man wird zugeben müssen, daß die letzte gegenseitige Streikhilfe trotz der guten Meinung Leiparts lange nicht genügt, um die in Aussicht stehenden Kämpfe führen zu können. Wir müßten mit dieser gegenseitigen Hilfe auch Kämpfe abbrechen, die für die Gesamtarbeiterklasse von Interesse waren, weil nicht genügende Unterstützungsmittel zur Verfügung standen. Diese Fragen sind übrigens nicht geeignet, so öffentlich beraten zu werden. Der Gewerkschaftskongress kann ja die einzelnen Organisationen nicht hindern; er kann nur den

Wunsch aussprechen, daß eine Entscheidung in einem gewissen Sinne falle. Die Entscheidung selbst kann nur bei den Generalversammlungen liegen. Es ist die Voraussetzung einheitlichen Zusammenarbeitens, daß man nicht durch irgendwelche Kongressbeschlüsse die eine oder andere Organisation zwingt. Es wird praktisch sein, wenn Sie den Wunsch, wie die Metallarbeiter von Berlin und Gotha beantragen, äußern, und das weitere den Vorstandsvertretern überlassen.

Somit ist ja nur über die Unterrichtskurse gesprochen worden. Hätte der Antrag Winnig gedruckt vorgelegen, so hätte er, wie ich glaube, die Unterstützung des Kongresses nicht gefunden. Es ist in ihm ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommission und die Konferenz der Vorstandsvertreter enthalten. Wollen Sie die Vorstandsvertreter desabwägen? Oder soll eine auf dem Kongress gewählte Kommission kompetenter sein, als die ständige mit den Unterrichtskursen beschäftigten Institution. Wenn Winnig erklärt hat, daß der Antrag kein Mißtrauensvotum sei, so hätte er das vorher sagen sollen. Uebrigens besteht für ihn immer die Möglichkeit, Wünsche betr. die Kurse an die Vorstandsvertreter zu bringen. Besteht wirklich das Bedürfnis für eine Verlängerung der Kurse, dann kann dies sehr leicht an die Vorstandsvertreter gebracht werden. Es kommt aber auch hier in Frage, daß schon jetzt die Verbände ganz erhebliche Ausgaben haben. Dafür werden wir sorgen, daß die Vortragenden nicht, wie hier berichtet worden ist, am Schlusse des Kursus mit solchen Erklärungen kommen, daß sie wegen der zu kurzen Zeit den Lehrstoff nicht bewältigen konnten. Solche Mitteilungen macht man nicht an die Teilnehmer.

Es ist irtümlich, wenn Dittmer sagt, ich hätte erklärt, daß die Vereinigung von Gewerkschafts- und Parteischule nicht dem gewerkschaftlichen Charakter entspräche. Ich habe gesagt, daß diese beiden Einrichtungen aus ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind und deswegen werde eine Vereinigung kaum erfolgen können. Wir rechnen mit unseren Kursen nicht nur mit Angestellten, ihr endgültiger Zweck ist, einen möglichst großen Kreis von noch im Beruf tätigen Personen heranzuziehen. Eine volle Ausbildung zu geben, ist derzeitigen Verhältnissen überhaupt nicht möglich, und die, bei denen das erreicht werden könnte, würden dieser Kurse zum großen Teil gar nicht bedürfen. In einem der ersten Kurse hat sich ein Angestellter des Gemeindefördererverbandes gegen den Vortragenden gemeldet und erklärt, dieser habe was Unrichtiges gesagt. Über die übrigen Teilnehmer haben übereinstimmend erklärt, daß der Genosse nicht richtig aufgepaßt hatte. Das war der einzige Fall, der uns bekannt geworden ist. Wenn der Vorstand des Gemeindefördererverbandes solche Klagen in seinem Archiv aufbewahrt, dann kann er nicht darüber klagen, daß solche Beschwerden keine Berücksichtigung finden. (Sehr gut!) Wir müssen von unseren Teilnehmern verlangen, daß sie bei der Aussprache am Schlusse sagen, was sie über den Kursus denken, nicht daß sie hinterher kommen und sagen, das war nicht richtig. Wer den Mut dazu nicht hat, der hat sicher nicht den Mut, das zu vertreten, was die Gewerkschaften fordern. Wenn bei den Gewerkschaften das Bedürfnis nach Vereinigung von Parteischulen und Unterrichtskursen besteht, wenn einzelne Organisationen einzelnen Mitgliedern mehr Zeit zum Besuch der Kurse oder der Parteischule gewähren wollen, so sieht ihnen das frei, 10 Plätze der Parteischule sind ständig für die Gewerkschaften reserviert. Die größte Zahl der Teilnehmer aus den Gewerkschaften war aber vier, nicht zehn. (Hört! hört!) Und da wollen Sie uns er-götzen, daß ein solches Bedürfnis nach der Verlängerung der Kurse besteht? (Alth: Der Vergleich hinkt aber!) Du meinst wohl, daß die Gewerkschaften ihre Beamten nicht in die Parteischule schicken wollen, weil dort nicht das gelehrt wird, was wir brauchen. (Alth: Das habe ich nicht gedacht!) Na, ich kann mir keine Gedanken schon denken! (Große Heiterkeit.) Ich bitte den Antrag Winnig abzulehnen, liegt das Bedürfnis für eine Veränderung vor, so holen Sie den Weg, und das Vertrauen zu den Vorständen wird wohl vorhanden sein, daß er die Sache so macht, wie es notwendig ist. (Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen. Cohen-Berlin: Ich habe mich lebhaft gegen die Ausweitung der Genossin Vaar gewendet, daß es Tatsache sei, daß Frauen erfolgreicher bei Frauen agitieren können als Männer. Genossin Hanna hat mich durchaus richtig verstanden. Leipart-Stuttgart: Stühmer habe ich zu erwidern, daß ich gesagt habe, es mußte seit dem Kölner Kongress noch kein Streik, für den die Generalkommission eine allgemeine Sammlung eingeleitet hat, wegen Mangel an Mitteln abgebrochen werden. Für die Schneider ist 1907 auf ihren eigenen Wunsch eine allgemeine Sammlung nicht vorgenommen worden. (Hört! hört!) Dittmer-Berlin: Von Beschwerden in unseren Ästen habe ich nicht gesprochen. Die Deduktionen sind daher hinfällig. Stühmer-Berlin: Die Angaben Leiparts treffen zu. (Zuruf: Na also!) Es war aber ein sehr warm gehaltenes Rundschreiben der Generalkommission an die Vorstände ergangen und darauf sind 12 000 M. eingegangen! Es ist überhaupt eine Zufälligkeit, wie Kämpfe kleinerer und mittlerer Gewerkschaften unterstützt werden. Wenn Geld da ist, bekommen es die einen aus vollen Händen und dann wieder die andern gar nichts.

Vorsitzender: Das war nicht persönlich. Stühmer: Hauptfrage ist, daß ich sagen kann. Es folgt die Abstimmung. Der Generalkommission und dem Kassierer wurde die Decharge erteilt. Der Antrag Winnig auf Ausbau der Gewerkschaftsschule wird abgelehnt. Der Antrag der Genossin Vaar auf Förderung der Organisation der Hausangestellten wird einstimmig angenommen. Ueber den Antrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zahlstelle Offenbach a. M., auf weitere Förderung der Arbeiterjugendbewegung wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem der Vorsitzende erklärt hat: der Antrag unterliegt nur, was der Gewerkschaftskongress in Hamburg bereits beschlossen hat. — Die Anträge der Bildhauer und der Berliner und Gothaer Metallarbeiter über die Streikunterstützung werden der nächsten Konferenz der Vorstände überwiesen.

Die Vereinbarungen mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine. In sechs Resolutionen liegen die Vereinbarungen vor, die die Generalkommission mit dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine getroffen hat. Sie betreffen für die Genossenschaften die Verhandlung der Heimarbeit, der Strafanstaltsbergnüsse, die Anerkennung der Gewerkschaften, ihrer Tarife und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsbestellungen und Vergütung von Arbeiten. In der vierten Resolution werden die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder umgrenzt. Die fünfte Resolution handelt von der Verbannung von Boykotts und die sechste vereinbart eine Sühnungsnahme zu der Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktgenossenschaften.

Der Referent Bauer-Berlin erläuterte die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Genossenschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderstube steht. Die Großeinlaufgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von Zigarren aber könnte sie abgeben, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großeinlaufgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit abwenden und ein Merkblatt herausgeben, das von den Gewerkschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzuweisen und der Presse zugänglich

zu machen. Der Referent Bauer-Berlin erläuterte die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Genossenschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderstube steht. Die Großeinlaufgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von Zigarren aber könnte sie abgeben, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großeinlaufgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit abwenden und ein Merkblatt herausgeben, das von den Gewerkschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzuweisen und der Presse zugänglich

zu machen. Der Referent Bauer-Berlin erläuterte die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Genossenschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderstube steht. Die Großeinlaufgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von Zigarren aber könnte sie abgeben, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großeinlaufgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit abwenden und ein Merkblatt herausgeben, das von den Gewerkschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzuweisen und der Presse zugänglich

zu machen. Der Referent Bauer-Berlin erläuterte die einzelnen Resolutionen. Bei der Resolution 1 hebt er hervor, daß die Stärkung der Genossenschaftsbewegung und der damit ermöglichten Eigenproduktion der Genossenschaften manchen Teilen der Heimarbeit den Boden entziehen kann. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, diese Eigenproduktion zu fördern, die noch in den Kinderstube steht. Die Großeinlaufgesellschaft beschäftigt vorläufig nur 500 Arbeiter in ihren Tabakfabriken. Milliarden von Zigarren aber könnte sie abgeben, wenn die organisierten Arbeiter nur Tabakfabrikate kaufen würden, die nicht in der Heimarbeit, sondern in dieser Fabrik der Großeinlaufgesellschaft hergestellt sind. In einem gemeinsamen Aufruf wollen Generalkommission und Zentralverband die Schäden der Heimarbeit abwenden und ein Merkblatt herausgeben, das von den Gewerkschaftsorganisationen verteilt wird. Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission soll Materialien sammeln, die geeignet sind, die Schäden der Heimarbeit aufzuweisen und der Presse zugänglich

machen. Eine weitere Aufgabe der Gewerkschaften und Kartelle wird die Feststellung sein, ob die Genossenschaften Heimarbeit-Produkte beziehen. Die Hauptarbeit freilich, um die Heimarbeit einzubringen, fällt der Gewerkschaft zu.

Strafanstalts-erzeugnisse sollen ohne weiteres vom Vertrieb in den Konsumgenossenschaften ausgeschlossen werden und die Strafanstaltsarbeit beschränkt bleiben auf den eigenen Bedarf von Staat und Gemeinde. Gleichzeitig wird gefordert, daß sie in modern eingerichteten Betriebsstätten verrichtet wird. Den Genossenschaften wird es um so leichter sein, auf die Strafanstalts-erzeugnisse zu verzichten, als nur zehn unter tausend von ihnen jetzt noch Wurstwaren, Pantoffeln, Abtreter, Matten usw. aus Strafanstalten beziehen. Auch hier soll die sozialpolitische Ab- teilung Material zur Bekämpfung der Strafanstalts- arbeitslosen sammeln und für die Beschaffung nutzbar machen.

Die Resolution über die Anerkennung der Gewerkschaften und ihrer Tarife durch die Konsumvereine entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Kölner Kongress erhoben hat. Das Tarifvertragsverhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften hat sich sehr gut entwickelt, und Beschwerden waren außerordentlich selten. Allerdings sind Fälle vorgekommen, wo die Arbeiter, die in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, vorgehen wollten, ohne vorher die selbstgegründeten tariflichen Instanzen anzurufen. Es bedurfte erst des Eingreifens der Zentral- instanzen, um diese Arbeiter vor nicht zu billigen Schritten zurückzuhalten.

Die Resolution 4 stellt gewissermaßen die Gegenleistung der Gewerkschaften an die Genossenschaften dar. Sie bringt zum Aus- druck, daß die Gewerkschaftsbewegung die Pflicht hat, die Genossen- schaftsbewegung durch Beitritt und Propagierung auf das tatkräftigste zu unterstützen. Zu diesem Zwecke sollen beson- dere Propaganda-Kommissionen, wo es nötig ist, eingesetzt werden.

Die 5. Resolution betrifft die Verhängung von Boh- lotts. Sie ist die logische Folge des Vertragsverhältnisses zwischen General-Kommission und Zentralverband. Der Bohlott schädigt nicht nur die Fabrikanten, er kann noch viel mehr die Genossenschaft schädigen, die etwa große Lager der bohlotierten Waren halten. Deshalb soll nur dann über die Lieferanten der Konsumvereine ein Bohlott verhängt werden, wenn von dem Vorstand der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der General-Kommission eingeholt ist und wenn die von der General-Kommission anzurufende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Die 6. Resolution schließlich nimmt Stellung zu der Neu- gründung von industriellen Arbeitsgenossen- schaften, von Produktivgenossenschaften. Es wird darin anerkannt, daß die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Groß- einkaufsgesellschaft, und daß die Errichtung besonderer Produktiv- genossenschaften nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Zent- ralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft sowie der zustän- digen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Die Errichtung von Produktiv- genossenschaften kann nur dann emige Aussicht auf Erfolg gewähren, wenn für eine sachmännliche Leitung und ausreichendes Ver- triebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organi- sierten Konsum gesichert ist.

Rebner hofft, daß die Resolutionen vom Kongress glatt an- genommen und dazu beitragen werden, das Zusammenwirken von Genossenschaften und Gewerkschaften zu fördern. Beide haben das Ziel, die Arbeiterklasse dem Kapitalismus gegenüber kampffähiger zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Die erste und zweite Resolution werden einstimmig an- genommen. Bei Resolution 3 bittet Hensel (Fleischer), dem Text eine etwas schärfere Fassung zu geben. Er zieht den Antrag aber zurück, nachdem v. Elm-Hamburg ihn darauf auf- merksam gemacht hat, daß die Abänderung an sich bedeutungslos sei und es sich andererseits nicht empfehle, an einer Vereinbarung zwischen General-Kommission und Zentralverband ohne Not zu ändern. Resolution 3 wird angenommen und ebenso Reso- lution 4, nachdem in der Diskussion Hensel die Verwaltung der Konsumvereine noch erlucht hatte, den Dogen gegen ihre Angehörigen nicht zu scharf zu spannen.

Bei Resolution 5 beantragt Hensel einen Zusatz, wonach den Vorständen der in Frage kommenden Gewerkschaften zur Fest- stellung der Lieferanten an Konsumvereine ein Lieferantener- zeichnis auszuhandigen ist. Es ist bei Bohlottis vorgekommen, daß erst im letzten Augenblicke bekannt wurde, daß die vom Bohlott getroffenen Lieferanten zugleich Lieferanten von Konsumvereinen seien. Das Amendement wird, nachdem v. Elm-Hannover (Fabrik- arbeiter) es unterstützt, auf Vorschlag von Bauer der General- kommission zur weiteren Verhandlung mit dem Zentralverband überwiesen und die Resolution 5 dann angenommen.

Bei Resolution 6 (Produktivgenossenschaften) wünscht Schneider-Erfurt (Fabrikarbeiterverband), daß die Organi- sationen, solange sie nicht selbst zur Eigenproduktion des Papiers übergehen können, unbedingt darauf sehen, das Papier nur von solchen Unternehmen zu kaufen, in denen den Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt wird.

Haupt-Rede: In der Resolution wird nur die Druckerei der Genossenschaften als die einzige in Betracht kommende erwähnt. Die Parteidruckereien, die sowohl für ihr Personal tun, müssen mindestens ebenso berücksichtigt werden. Wenn die Partei gut genug ist, für die Genossenschaften zu arbeiten, so müssen auch ihre Druckereien ebenso in Frage kommen wie die der Genossenschaften. (Wielaches Sehr richtig!)

Bauer (General-Kommission): Die Resolution bezieht sich nur auf Genossenschaften zur Organisation des Konsums; es kann also gar nicht davon gesprochen werden, daß für die gesamte Arbeiterklasse die Parteidruckereien als minder berücksichtigungswert eingestuft werden. Daß aber die Konsumgenossenschaften ihre eigene Druckerei berücksichtigen, ist eine Forderung genossenschaft- licher Treue.

Auch dieser Punkt der Vereinbarungen (Resolution 6) wird angenommen.

Der Kongress vertagt sich dann auf Dienstag, 9 Uhr vor- mittags.

Schluß 4 Uhr.

Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Resolution betreffend die Behandlung der Heimarbeit.

„Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten, wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Ver- triebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohn- räume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heim- arbeit zu einem fürchterlichen Herd aller Infektionskrankheiten, wo- durch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeit- produkten, sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Inter- esse aller Beteiligten erhebt es daher geboten, der Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Uebergang zur ge- regelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern. Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unter- stützen.

Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genussmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell die hausindus- triellen Produkte von der Bedarfsverteilung der organisierten Konsumenten auszuschließen. Am übrigen ist über geeignete Maß- nahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heim- arbeit von Fall zu Fall zu beschließen.

Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die General- kommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll durch diese beiden Körperschaften für händige Aufklärung in Ar-

beiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heim- arbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erschließung ge- eigneter Bezugsquellen unterstützt werden.“

Resolution betreffend die Behandlung der Strafanstalts-erzeugnisse.

1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstalts- arbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehrverhältnissen mit moderner Technik und fortschrittlichen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körper- liche und geistige Ausnützung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preis an Privatunternehmer verkauft, welche mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Kon- sumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erhebt die Ausschaltung solcher Strafanstalts-erzeugnisse vom freien Wettbewerb und der Uebergang der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie sowohl im Interesse der freien Arbeiter als auch des organisierten Konsums dringend geboten.

Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Aus- schluß von Strafanstalts-erzeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände der Konsumvereine werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstalts-erzeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Kamphastmachung solcher Firmen zu unter- stützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschafts- und Genossenschafts- presse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeit aufklärt.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mit- glieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse drin- gend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstalts- erzeugnisse stets zurückzuweisen.“

Resolution betreffend Anerkennung der Ge- werkschaften, deren Tarife und gewerkschaft- lichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungs- aufträgen und Vergebung von Arbeiten.

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Liefe- rungsaufträgen sowie bei Vergebung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen.

Soweit schriftliche Werkverträge über die Vergebung von Ar- beiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaften und die zwischen diesen und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Verein- barungen anzuerkennen.“

Resolution betreffend die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder.

Der Gewerkschaftskongress zu Dresden verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1906), die Genossen- schaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsum- vereinen sowie durch Propagierung der genossenschaftlichen Idee aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Der Kongress erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich-aufklärende Vorträge in den Filialen und durch weite Verbreitung von Broschüren, Flugblättern, Zeitungs- und Zeitungs- druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbe- tätigkeit der Konsumvereine nachhaltig zu unterstützen.

Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirks sind die örtlichen Gewerkschafts-Kartelle verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftlern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeignete Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftskartelle können außerdem für Vor- träge und Druckanschläge sorgen, Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmit- glieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikation am Orte wirken.“

Resolution betreffend Verhängung von Bohlottis.

„Ein gewerkschaftlicher Bohlott darf nur dann über die Liefe- ranten der Konsumvereine verhängt werden, wenn erstens von dem Vorstande der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung der General- kommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verhängung des Bohlottis eingeholt worden ist, und wenn zweitens die von der General-Kommission anzurufende Vermittlung des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zur Beilegung der Differenzen keinen Erfolg gehabt hat.

Ueber die Ausübung eines Bohlottis ist von der General- kommission der Gewerkschaften Deutschlands der Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sofort in Kenntnis zu setzen, damit er den Genossenschaften eine entsprechende Mit- teilung zugehen lassen kann.“

Verinbarung einer Stellungnahme zu der Neu- gründung von industriellen Arbeitsgenossen- schaften oder sogenannten Produktivgenossen- schaften.

„Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatz der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und, soweit bedrudte und unbedrudte Papierwaren und Papier in Frage kommen, der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ist. Die Er- richtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gut- gehen werden, wenn es sich handelt:

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirks zur gemeinsamen Produktion, bezw. zur Umwandlung einer Ar- beitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;
2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannter Ar- beiterproduktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von ge- werkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solches häufig nach erfolglosen Streiks vorkommt;

und wenn diese Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Groß- einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zustän- digen Gewerkschaftsleitung erfolgt.

Arbeiterproduktivgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis ge- gründet wurden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu er- achten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die General-Kommission und die zuständigen Gewerkschafts- vorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und nur dann einige Ausnahmen auf Erfolg gerührt, wenn alle hier- für notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, wenn einerseits für eine sachmännliche Leitung und ausreichendes Ver- triebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organi- sierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht er- füllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossen- schaften dringend abzuraten.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn

die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerrichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Konsumvereine, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete industrielle Arbeits- genossenschaften als Mitglieder in ihren Verband aufzunehmen.“

Aus der Frauenbewegung.

Der internationale Frauenwahlrechtskongress,

der vergangene Woche in Stockholm tagte, war ja im allgemeinen eine Versammlung von Damen der herrschenden Klasse, und nur einige wenige waren unter der großen Zahl der Teilnehmer, die sich für Sozialdemokratie bekamen. Der Kongress war aus 24 Ländern, die dem Weltverband für Frauenwahlrecht angeschlossen sind, mit rund 200 Delegierten besetzt, und im ganzen wird die Teilnehmerzahl auf 1200 angegeben. Norwegen hatte nebenbei an- eine Delegierte, Dr. Kristine Bonnevie, auf Staat- kosten zum Kongress geschickt. Es wurde auf dem Kongress über die Lage der Frauenwahlrechtsfrage in den verschiedenen Ländern berichtet, und dann wurden in den Sitzungen wie auch in größeren Versammlungen Vorträge gehalten und Diskussionen ab- pflogen über das Frauenwahlrecht sowie über andere damit zu- sammenhängende Fragen und namentlich auch über die weitere Propaganda. Nicht einzig war man sich über die Haltung, die die Frauenwahlrechtsvereine, die im allgemeinen politisch neutral sein wollen, gegenüber den sozialdemokratischen Frauen einnehmen sollten. Eine ungarische Delegierte, Rosika Schwimmer, stellte fröhlich die Behauptung auf, daß der so- zialdemokratischen Frauen von ihren männlichen Genossen, den Führern der Partei, verboten werde, an der Frauenwahlrechts- bewegung teilzunehmen, und die deutsche Delegierte Frau Dr. Dreitschid brachte eine Resolution ein, in der gesagt wurde, daß ein Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Frauen nicht möglich sei, solange die Wahl- recht nicht nicht weiter fortgeschritten ist. Diese Resolution wurde dann auch mit 63 gegen 33 Stimmen angenommen. Der Beschluß schien jedoch anderen Tages einem Teil der Delegierten bedenklich und man beschloß nun auf Vorschlag von Frau Shaw, daß die zum Weltverband gehörenden Frauenwahlrechts- organisationen in allen Ländern alle anderen Frauenvereinigungen, die für das Wahlrecht kämpfen, wo es die Umstände mit sich bringen, zu gemeinsamem Vorgehen auffordern sollen.

Unsere Genossinnen sind es ja ziemlich kalt lassen, daß die bürgerlichen Frauen in dieser Hinsicht beschließen; sie werden nach wie vor in ihrer Weise für das Frauenwahlrecht wie für die Frei- freiung aller Unterdrückten und Geknechteten kämpfen.

Lesende.

Königs-Winterhansen. Mittwoch, den 23. Juni, abends 8 Uhr, findet im Lokal der Witwe Wedhorn unser Lesende statt. Tages- ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frauenwald: Berlin. 2. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes.

Arminhallen Kommandanten- straße 58-59.
Festsäle Sonnabende und Sonntag frei. (Amt IV 1908)

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualität

Teilzahlung
wöchentl. nur 1 M.
Herren- und Damen-Uhren,
Silber, Freischwinger, Gram-
mophon, Mandolin, Geigen,
Teppiche, Stühle, und Tisch-
decken, Bilder, Fahrräder etc.
Warschauer Straße 60,
Reinickendorfer Str. 101,
Göben-Strasse 18.

Besseres Maßgeschäft
Befest. reellen Leuten
eleg. Herren-Garderobe
auf Teilzahlung.
Größe H. 1 Expt. d. Vormärts

Beieilen Sie sich
und beschließen Sie die letzten 17 Par- zellen in Bevern, die ich sehr billig verkaufe. — Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
groschen Bahnh. Alexanderplatz und
Goltzschepred. — Amt VII, 2208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Stoffe
englische Neuheiten für Anzüge, Hüter,
Paletots usw. Meter 6.50, 7.50
Tuchlager Gesellschaft m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21

Wasser-Parzellen
Neu! von 200 M. an Neu!
Abhängig gelegen, ca. 30 km. von
Berlin. See, Wald, Fließ, Land-
parzellen inbillig. Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Hygienische
Drogerie
Weinbergsweg 1, dir. a. d. S. 10.
Tor. — Billigste
Verkauf 1. stre dauernden

Blumen- und Frau...
von Robert Meyer
nur Mariannen-Str. 2

Zu verkaufen:
18 kompl. Jagdgänge, ...
(Berlin) von 1803 ab in ...
bänden.
5 kompl. Jagdgänge, ...
(Anfänge) von 1806 ab in ...
bänden. — Beltes gut ...
Sel. Ulfster unter 1 ...
Hauptexpedition des ...

Sofastoffe
Riesenauswahl aller ...
Welle-Reste! Hoch ...
Püsch-Satteln ...
Muster bei näherer ...
franko.
Emil Lefèvre, Berlin, ...
Oranie

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Herren-Moden
fertig und nach Maß
Garantie für 15-tägigen Sitz und
feinste Verarbeitung
J. KURZBERG
Hans-Schneider-Str.
Rosenthaler Straße 40-41
am Hackenhusen Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.

Soziales.

Kinderarbeit.

Trotzdem wir im Deutschen Reich seit nunmehr acht Jahren das Kinder-Schutzgesetz haben, das die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in Gewerbebetrieben fast vollständig untersagt, hat die letzte Volkszählung (von 1907) fast weniger als rund 207 000 Kinder unter 14 Jahren aufgewiesen, die „erwerbsfähig im Hauptberuf“ sind. Und was noch auffälliger: ihre Zahl ist zwischen 1895 und 1907 ganz gewaltig gewachsen! Damals waren es nur 181 500. Das ist eine Zunahme um rund 64 Proz., während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Hauptberuf (aller Altersstufen) nur um 29 Proz. gewachsen ist. Die Sache erklärt sich (wie wir einem soeben erschienenen Buche des Direktors Neubaus vom Königsberger Statistischen Amt entnehmen) folgendermaßen: Von den 207 000 Kindern, die 1907 noch ausgebeutet wurden, waren fast alle, nämlich über 284 600 in der Landwirtschaft beschäftigt, und beinahe alle haben die Agrarier so durchgeschleppt, daß ihnen das sogenannte Kinder-Schutzgesetz die Ausbeutungsfreiheit nicht einschränkt. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß etwa 66 500 von jenen Kindern schämig als „Lehrlinge“ bezeichnet werden. Der geringe Rest mag vielleicht daher stammen, daß Kinder, die die Schule beendet haben, aber noch nicht ganz vierzehn Jahre alt sind, schon in Handel oder Industrie beschäftigt werden. Dieses Resultat zeigt, wie verhängnisvoll es war, die Landwirtschaft, von den Schutzbestimmungen des Gesetzes auszunehmen, und wie die Agrarier sich das zunutze machen. Zur obigen Gesamtzahl kommen außerdem noch 29 800 Kinder, die als „Dienende im Haushalt“ arbeiten müssen.

Im übrigen versteht es sich von selbst, daß auch Kinder über vierzehn Jahren noch Kinder sind, die auf die Schulbank, aber nicht in den Brotkorb gehören. Und da ist es nun höchst bezeichnend, daß schon in der Altersstufe von 14—18 Jahren die Zahl derer, die sich ihr Brot durch schwere Arbeit verdienen müssen, weit größer ist als der Rest. Es wurden nämlich in dieser Altersstufe gezählt:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Erwerbstätige im Hauptberuf' (1469 000) and 'Dienende im Haushalt' (160 800).

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Dagegen Angehörige' (742 200) and 'Zusammen' (812 200).

Auch hier ist die Zahl der arbeitenden Kinder seit 1895 nicht unbeträchtlich gewachsen. Damals gab es:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Erwerbstätige im Hauptberuf' (1 131 700) and 'Dienende im Haushalt' (153 300).

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Angehörige' (773 300) and 'Zusammen' (828 600).

Hier zeigt sich ganz deutlich, daß wir uns in einer Entwicklung zum Schlimmeren befinden: die Zahl der Kinder unter 18 Jahren, die noch von ihren Eltern usw. ernährt werden, nimmt ab; die Zahl derer, die selbst ihr Brot verdienen müssen, wächst.

Das Alter von 16—18 Jahren, das ja eigentlich ebenfalls noch gänzlich der Ausbildung und Vorbereitung für den Lebenskampf gewidmet sein müßte, wird in kapitalistischen Zeiten ja leider schon ganz und gar als ein erwachsenes Alter angesehen (ausgenommen nur in unserem „liberalen“ Vereinsgesetz). Demgemäß ist hier die Zahl derer, die noch nicht ihr Brot selbst verdienen müssen, ganz klein. Es wurden in diesem Alter gezählt:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Erwerbstätige im Hauptberuf' (1 730 000) and 'Dienende im Haushalt' (200 600).

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Dagegen Angehörige' (392 500) and 'Zusammen' (458 200).

Zum Vergleich setzen wir auch hier die Zahlen von 1895 daneben. Damals gab es im Alter von 16—18 Jahren:

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Erwerbstätige im Hauptberuf' (1 397 000) and 'Dienende im Haushalt' (199 900).

Table with 2 columns: Category and Count. Includes 'Angehörige' (458 300) and 'Zusammen' (507 600).

Die Entwicklung ist demnach dieselbe nachteilige, wie in der Altersstufe von 14—16 Jahren. Es braucht nicht besonders betont zu werden, welche gesundheitlichen und sittlichen Gefahren für den heranwachsenden Arbeiter aus der frühzeitigen Ausbeutung der Arbeitskraft entstehen. Den jungen Menschenkindern wird nicht nur die sonnige Jugend gestohlen, nein, man raubt ihnen auch ein Teil ihrer Lebenskraft, um blinkendes Gold daraus zu prägen!

Gerichts-Zeitung.

Schuster und Schneider — und Lehrer.

Vor dem Amtsgericht Lichtenberg wurde gestern gegen den Krankenassenbeamten Pinfeler, der in Friedrichsfelde Gemeindevorsteher ist, wegen Lehrerbekleidigung verhandelt. Bekleidigt fühlt sich der Lehrer Schrader, der in Friedrichsfelde an der Mädchenschule amtiert. In einer Volksversammlung für Friedrichsfelde, die vom sozialdemokratischen Wahlverein am 6. Dezember 1910 abgehalten wurde, soll nach einem Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernste in über die Volksschule in der sich anschließenden Diskussion der Genosse Pinfeler den Herrn Schrader durch seine Ausführungen gekränkt haben.

Die Anklage, die auf Schraders Antrag von der Staatsanwaltschaft erhoben worden ist, legt dem Angeklagten Pinfeler verleumdnerische Bekleidigung

zur Last. Pinfeler soll gesagt haben, in Friedrichsfelde sei ein Lehrer von der Mädchenschule an die Anabenschule versetzt worden, weil er nicht zu gebrauchen gewesen sei, an die Mädchenschule zurückversetzt worden. Dieser Lehrer habe wegen einer Körperverletzung, die er gegen einen Anaben begangen habe, 20 Mark Geldstrafe zahlen müssen. Den Namen des Lehrers hatte Pinfeler nicht genannt, aber Herr Schrader, dem diese Angaben so berichtet wurden, meinte, sie nur auf sich beziehen zu können. Die Anklage behauptet weiter, Pinfeler habe auch einer einfachen Bekleidigung Schraders sich dadurch schuldig gemacht, daß er im Zusammenhang mit der Streitigkeit der Amtstätigkeit Schraders gesagt habe, früher seien die Lehrer Schuster und Schneider gewesen, heute aber seien sie gebildet sein wollende Leute. Diese Hinzuziehung der Schuster und Schneider empfand Herr Schrader, wie er in der Gerichtsverhandlung zu erkennen gab, als überaus kränkend für einen Lehrer.

In der Verhandlung war eine große Zahl Zeugen aufgeboden worden, unter ihnen der Kreisfiskusinspektor Schulrat Wandte und einige Schulkinder. Als Zeuge trat auch Lehrer Schrader selber auf, der überdies als Nebenkläger zugelassen war.

Der Angeklagte, dem als Verteidiger Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld zur Seite stand, erklärte, von der Zurücksetzung an die Mädchenschule habe er gesprochen, nicht aber davon, daß Schrader nicht zu gebrauchen gewesen sei. Auch von Schustern und Schneidern, die Lehrer waren, habe er gesprochen, aber nicht in beleidigender Absicht. Im Hinblick auf mehrere in den Friedrichsfelder Schulen vorgekommene Zuchtigungsfälle, die in der Versammlung erwähnt worden waren, habe er gesagt, daß man in höheren Schulen so etwas nicht kenne. Zur Beleuchtung dieses Unterschiedes habe er etwa hinzugefügt: „Früher, wo die Volksschullehrer Schuster und Schneider waren, konnte man an sie keine pädagogischen Ansprüche stellen, da griffen sie eben zum Daskel; heute aber, wo sie mit akademisch gebildeten Lehrern auf eine Stufe gestellt werden wollen, muß man mehr verlangen.“ Vorstehender: Wie kamen Sie gerade auf den Vergleich mit Schustern und Schneidern? Angekl.: Nun, früher war's doch so! Vorst.: Also Sie wollen sagen, daß früher die Lehrer nebenbei ein Handwerk trieben? Verteidiger: Nein, umgekehrt! Handwerker waren nebenbei Lehrer. — Zu der Behauptung, daß Lehrer Schrader bestraft worden sei, wurde vor Bericht eine Mitteilung aus Gerichtsakten gemacht. Schrader ist am 15. Februar 1908 vom Landgericht Berlin II der

Körperverletzung im Amt

für schuldig befunden und zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Auch Verletzung an die Mädchenschule ist erfolgt, doch hob der Vorsitzende hervor, nicht Unbrauchbarkeit sei der Grund gewesen, vielmehr werde der Schulsinspektor befunden, daß Schrader ein tüchtiger Lehrer sei. Der Angeklagte erwiderte, einen Grund habe er damals weder genannt, noch gekannt. Gemutmaßt habe man, daß Schrader versetzt worden sei wegen einer von Pinfeler eingereichten Beschwärde, die ihm vorwarf, Schimpfwörter gegen Schulkinder gebraucht zu haben. Schulrat Wandte habe auf die Beschwerde geantwortet, daß das Erforderliche eingeleitet werden solle.

Der Nebenkläger Lehrer Schrader gab an, er sei seit Oktober 1894 in Friedrichsfelde Lehrer, habe lange in der Mädchenschule unterrichtet, sei dann versetzt worden zu Ostern 1901 auf persönlichen Wunsch an die Anabenschule und später aus sachlichem Grund wieder zurück an die Mädchenschule. Wegen der „Schuster und Schneider“ hält Nebenkläger dem Angeklagten vor: Ich wundere mich eigentlich, daß Sie das sagen. Sie waren ja auch nicht immer Klassenbeamter! Verteidiger: Das richtete sich doch nicht gegen die Schuster und Schneider. Er wollte nur auf die historische Entwicklung hinweisen, auf die Tatsache, daß früher Schuster und Schneider als Lehrer beschäftigt wurden, ohne hierzu eine Ausbildung genossen zu haben.

Strafantrag und Anklage stützen sich auf ein Stenogramm der Rede Pinfelers, das von einer Buchhalterin Fräulein Freudenberg, der Tochter des Friedrichsfelder Lehrers Freudenberg, zusammen mit einer Buchhalterin Fräulein Schubert aufgenommen worden ist. Lehrer Freudenberg, Schraders Kollege, hatte die beiden zu diesem Zweck in die Versammlung geschickt. Vor Bericht war als Zeugin nur Fräulein Freudenberg erschienen, leider ohne das Stenogramm.

In der Beweiserhebung ergab sich, daß auf dieses Beweismittel, sowie auf die scheidende Zeugin Schubert nicht verzichtet werden konnte. Zeugin Freudenberg vermochte nicht aus dem Gedächtnis zu sagen, ob Pinfeler für Schraders Verletzung überhaupt einen Grund genannt hatte. Auf Antrag des Anwalts beschloß das Gericht Verurteilung.

Recht gefährliche Schieflagen

hat der Schlächtermeister Franz Grünmeyer vorgekommen, die ihn nunmehr in das Juchthaus gebracht hatten. Unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts, des Meineids in drei Fällen und der Verleitung zum Meineid in drei weiteren Fällen hatte sich G. in Gemeinschaft mit seiner der Beihilfe angeklagten Ehefrau Auguste G. vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten. — Der Angeklagte hatte jahrelang in der Markthalle einen Stand, welcher anfangs einen ganz guten Verdienst abwarf, jedoch schließlich zurückging, da sich G. mehr um die Kennbahn wie um sein Geschäft kümmerte. Er machte dann in der Rosendammstraße ein Geschäft auf, welches nach einigen Tagen geschlossen wurde, um dann wiederum auf den Namen der Ehefrau von neuem eröffnet zu werden. Nebenliche Transaktionen wurden auch mit zwei Filialen vorgenommen. Trotzdem bestellte G. auf seinen Namen Waren und andere Sachen, die er dann nicht bezahlen konnte. Eine der Filialen wurde einem Schlächtermeister Löhner übertrugen, dem er dann auch, wie die Anklage behauptet, zum Schein seine sämtlichen Möbel verkaufte. Als dann die „große Pleite“ kam, wurde er von seinen Gläubigern in zahllose Prozesse verwickelt, in denen dann seine Ehefrau, sein hochgradig schwindelhaftes Dienstmädchen, welches inzwischen verstorben ist, und andere Leute als Zeugen auftraten. Grünmeyer selbst beschwor dreimal, daß ihm das Inventar sowie andere von den Gläubigern gepfändete Gegenstände nicht gehörten. Ferner soll er versucht haben, drei Personen zu falschen Aussagen zu verleiten; so u. a. sein Dienstmädchen, an welches er kurz vor dem Zusammenbruch eine Hypothek von 10 000 M. „verschoben“ hatte. — Nach einer längeren Verhandlung brachten die Geschworenen die Schuldfragen nur bezüglich des Eheannes Grünmeyer, der zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Die Ehefrau wurde freigesprochen.

Aus aller Welt.

Ballonlandung in der Nordsee.

Zwei Personen ertranken.

Am Sonntag morgen 5 1/4 Uhr wurde, wie aus Züst gemeldet wird, in ziemlich hoher Höhe über dem Wattenmeer ein Ballon gestartet, dessen Gondel mit zwei Personen besetzt war. Man sah, wie er in die Nordsee fiel und durch den herrschenden Sturm mit großer Geschwindigkeit seewärts getrieben wurde. Später trieb die Gondel und ein Teil der Ballonhülle auf der Wasseroberfläche. Das ausgesandte Rettungsboot konnte keine Hilfe bringen, weil sich die Gondel mit rasender Geschwindigkeit fortbewegte und das Boot selbst mit dem schweren Sturm zu kämpfen hatte. Es brachte nur die Hülle von einigen Sandsäcken, die mit R. G. V. 70 gezeichnet waren. Die Marinejation ließ durch ein in Nordneyen liegendes Torpedoboot die Unfallstelle absuchen, doch blieb diese Arbeit bis Montag früh ohne Erfolg, und es muß angenommen werden, daß die beiden Luftschiffer den Tod in den Wellen gefunden haben.

Der verunglückte Ballon stammt aus Paris, wo er am Sonnabend zusammen mit acht anderen Ballons aufgestiegen sein soll. Drei weitere Pariser Ballons sind Sonntag morgen zwischen 5 und 6 Uhr an verschiedenen Stellen Ostfrieslands glatt niedergegangen. Jeder hatte zwei Insassen in der Gondel.

Der deutsche Rundflug.

Die am deutschen Rundfluge die Strecke Hannover-Münster gemeldeten Teilnehmer sind gestern früh in Hannover aufgestiegen. Als erster verließ Lindpaintner um 4 Uhr 32 Minuten den Platz. Etwas später folgte Bollmüller, dann Schauenburg, König, Lange und Thelen. Der Flieger Lange mußte jedoch nach einer Stunde wieder landen, da sein Motor ausfiel. Auf der 184 Kilometer langen Strecke sind zwei Zwangslandungen in Minden und Bielefeld vorgefallen. In Minden ist als erster Bollmüller eingetroffen, der auf seinem Fluge Lindpaintner überholte. Dieser folgte ihm 4 Minuten später. Als dritter ist Schauenburg in Minden eingetroffen. Die Flieger hatten auf ihrer Fahrt unter dem starken Winde sehr zu leiden, sodas Lindpaintner und Schauenburg erst am Abend weiter fliegen wollten. Dagegen hat Bollmüller um 6 1/2 Uhr seine Fahrt fortgesetzt und ist nach etwa einständiger Fahrt glatt auf dem Flugplatz in Bielefeld gelandet.

Dr. Wittenstein, der mit einem Passagier gestern morgen in Lüneburg gestartet ist, ist von einem bedauerlichen Unfall betroffen worden. Der Flieger war in der Nähe von Hannover niedergegangen, um einen Apparatbesetz auszubessern. Bei dem Wiederaufstieg stürzte der Doppeldecker plötzlich in die 25 Meter breite Ummenau und versank mit dem Untergestell im Wasser. Wittenstein und sein Fluggast erreichten unverletzt das Ufer. Das Flugzeug muß im Wasser abmontiert werden.

Die 14 an dem europäischen Rundflug beteiligten Flieger traten Sonntag früh auf dem Flugplatz Soesterberg bei Utrecht zusammen und beschlossen einen Protest gegen die Flugkommission des Aeroklub von Frankreich, welche trotz des ungünstigen meteorologischen Berichtes den Start nach Brüssel für Sonntag angelehrt hatte. Die Flieger erklärten, sie wollten ihr Leben nicht unnütz aufs Spiel setzen und verlangten vom Aeroklub die Aufhebung des Beschlusses der Flugkommission und die Ansetzung eines neuen Startes.

Gestern morgen sind zwei Flieger nach Brüssel gestartet, die übrigen warten noch auf bessere Wetterverhältnisse.

Das Sportluftschiff P. 5 abgebrannt.

Das Luftschiff P. 5, das am Sonntagmorgen zu Passagierfahrten in Hannover-Minden eingetroffen war, ging gestern nachmittag 1 Uhr 20 Minuten bei Reparaturarbeiten an dem Ventil des Motors Feuer und verbrannte vollständig.

Zu dem Unglück werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Gegen 1 1/4 Uhr herrschte in Hannover-Minden starker Sturm, so daß der Führer des Luftschiffes, Oberleutnant Forsberg, sich veranlaßt sah, die Reihleine zu ziehen, um den Ballon zu entleeren. Der Motor stand still. Als das Schiff zum erheblichen Teil entleert war, entstand plötzlich in der Hülle eine Explosion, die die Ballonhülle vernichtete. Hierbei erlitten sieben Personen Brandwunden, darunter zwei am Arm und im Gesicht ziemlich erhebliche Verletzungen, während die der anderen fünf Personen unbedeutend sind. Die Gondel und der Motor sind nur ganz unerheblich beschädigt und werden nach Bitterfeld verladen, wo eine Reparaturhalle in Bereitschaft liegt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Drei Personen verbrannt.

Ein schweres Brandunglück hat sich in der letzten Nacht auf der dem New Yorker Hafen vorgelagerten Insel Rantucket zugetragen. In dem Bootshaus eines Ruderklubs wurde durch ein weggeworfenes brennendes Streichholz Feuer hervorgerufen, das sich auf dem frisch gezeichneten Fußboden schnell fortpflanzte. Zwei junge Mädchen, ein Fräulein Haben und ein Fräulein Wilson, Töchter von New Yorker Millionären, liefen während des Brandes in ein Zimmer, das keinen Ausgang hatte, und verbrannten dort. Auch ein junger Mann, Mr. Barnes aus Albany, ist in den Flammen umgekommen. Zwei Angestellte des Hauses erlitten schwere Brandwunden. Die übrigen im Hause anwesenden Personen konnten sich vor dem Feuer in Sicherheit bringen, indem sie ins Wasser sprangen.

Kleine Notizen.

Wieder eine geborene Ordnungsfrau. Wegen Amtsverbrechen wurde der frühere Gemeindevorsteher des Ostfriesisches Stolpmünde, Fritz Gohle, vom Schwurgericht in Stolp zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Gohle hatte als Gemeindevorsteher 4000 M. die der Gemeinde gehörten, unterschlagen und zu diesem Zwecke die Bücher gefälscht. Außerdem hatte er als Testamentsvollstrecker ihm anvertrautes Geld angegriffen.

Automobilunfall. Bei St. Vith in der Eifel stürzte das Automobil des Fabrikanten Josef Vorsch um. Vorsch wurde der Brustkorb eingedrückt, sodas er nach kurzer Zeit verstarb. Seine Frau erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Der Chauffeur und zwei Kinder blieben unverletzt.

Schweres Eisenbahnunglück in England. In der Nacht zum Sonntag fuhr auf der Station Henley ein Expreszug auf einen Pressblock. Die Lokomotive wurde vollständig umgedreht und die beiden ersten Wagen, die glücklicherweise unbeschädigt waren, zerstört. Der Lokomotivführer, der Heizer und neun Passagiere erlitten schwere Verletzungen.

Pest und Cholera. Wie ein Telegramm aus Astrachan meldet, sind im Arzenteile der Kirgisensteppe drei Todesfälle an Pest festgestellt worden. — In Nord des Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Göben“ ist 24 Stunden nach der Abfahrt von Neapel ein Engländer unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Im Hafen von Triest ist auf dem Auswandererdampfer „Oceania“ eine Frau, die aus New York zurückkehrte, an Cholera gestorben.

Kaufmännische Kranken- und Sterbefälle von 1885. (S. 71.) Heute abend 9 Uhr im Restaurant Adenstr. 15/19: Sitzung. Preis- und Diskussionsklub „Wilhelm Viehmann“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Paul Eichhorn, Danziger Str. 96: Vorträge. Gäste willkommen.

Witterungsüberblick vom 26. Juni 1911.

Table with 10 columns: Station, Maximaltemperatur, Minimaltemperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Regen, Stationsnamen, Maximaltemperatur, Minimaltemperatur, Windrichtung, Windstärke, Regen. Includes stations like Schwetzingen, Osnabrück, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Caparanda, Petersburg, Schwab, Würzburg, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 27. Juni 1911.

Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit einzelnen Regenschauern und ziemlich häufigen schwachen Winden.

Dass wir heute die

grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands

sind, verdanken wir den Sympathien des grossen Publikums, das die qualitative Erstklassigkeit unserer Biere dauernd anerkennt. Damit uns dieses entgegengebrachte Vertrauen auch fernhin erhalten bleibe, bitten wir, beim Bezuge von Caramel-Bieren in Flaschen ausser auf das **blaue Etikett** auch auf die Firma zu achten. Minderwertige Nachahmungen sind, wegen der Aehnlichkeit der Etiketten, geeignet, unserem Renomme Schaden zuzufügen. Seien Sie daher vorsichtig und achten Sie stets auf den Namen:

Engelhardt-Caramel-Bier

Unsere Biere sind überall käuflich!

„Borussia-Festsäle“.

Am Georg-Wolffgramm, Ackerstr. 6/7. Telefon Amt III, 2674.
Empfiehlt seine 4 Säle, 150-1000 Personen fassend, zu Besessungen und Vereinsfestlichkeiten.
August, September, Oktober noch Sonnabende und Sonntage frei.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Wiener auf 10 St. Anwendung frei.
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Mittel. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Sanjestrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstr. 54. Greif-Apothek, Barnimstr. 33. - München: Schützen-Apothek. - Stuttgart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Grösste Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy

Gibson Girl

300 Schreibmaschinen

Gelegenheitskäuf, gebraucht fehlerfr., wie Adler, Ideal, Reisinger, Torpedo, Smith Premier, Smith Brothers, Continental, Underwood, Hammond, Mercedes, Stoeker, West, Blickensderfer, Erika, werden zufolge billig Uebernahme zu außerordentlich niedrigen Preisen verkauft, schriftl. Garantie, evtl. Teilzahlung, Vermietung.

Schäfer & Clauß,
Leipziger Str. 19.

Syphilis-Nachweis

In allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. Fall. durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Darm- (speziell Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, zw. Kronen- und Nohrenstr., I. 6724. Berl. Stadtdi. dist. u. telefon. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 27. Juni.
Neues Kgl. Opernhaus. Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Daphne in der Unterwelt.
Reisinger. Sommerspaz. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Neues Schauspielhaus. Die frische Eulanne.
Kleines. Die vermaledeite Rahe. 4 Teile der Nannetta. Karnaval in Nizza. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Schauspielhaus. Unsere Sept. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Thalia. Politische Witzsch. Trianon. Das Witzgen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Schiller O. (Wagner-Deuts.)
Fanne.
Zehner. Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kasernenluft.
Neues Opernhaus. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Lützen. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Kofe. Steffen Langer aus Glogau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hebelt amüsiert sich! Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Die inneren Sönger. Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Gabeland. Spezialitäten.
Waldhalla. Feins und Betteln. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volgt. Goldene Jugend.
Hood. Aurora in Del. Der Wundertraum.
Kaiser-Panorama. III. Mehrweife. II. Jylus Jylden.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Zwillingenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Theater.
Deute abend 8 Uhr:

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.



2000 LOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Korpen sowie Mählich:
Militär-Doppelkonzert.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterkäffen.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
General-Versammlung
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorweisung der Mitgliedskarte gestattet.
Tages-Ordnung:
Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1910-1911. Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Korporation und Obmann. Laut Beschluß der vorigen Generalversammlung:
Wahl eines Hilfskassierers. 211/3
Der Geschäftsbericht wird gedruckt verteilt.
Ordnungssitzung pünktlich 8 Uhr, 1 Stunde vor der Generalversammlung.
Zahlstellenverlegung. Zahlstelle 14 befindet sich nicht mehr bei Kalmay, Stralauer Straße, sondern bei R. Thiele, An der Stralauer Brücke 4.
Der Vorstand.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Dienstag, den 27. Juni 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 6 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.
Jeden Montag: Lustige Tänzer.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Die Hochzeitsreise.
Das Strumpfband.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Blumenstraße 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Für diese Woche:
Aurora in Del. Der Wundertraum.
Daga: Die erlöste Spezialität.
Anfang 7 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Königstadt-Kasino.

Dolmarstraße 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich im herrlichen Naturgarten:
Unsere Wäschermädel.
Außerdem: Grillfest, Spezial.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: Tanzfränzchen.
Anf. 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Volgt-Theater

Geundbrunnen, Badstraße 58.
Deute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Gr. Lebensbild in 3 Akten u. 3 Aufz. u. 3 Bildern.
Kasseneröffnung 2. Anfang 5 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sönger.
Britton:
Wiege im Rosenrad.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Moabiter Wintergarten

Artus-Hof
Porleberger Str. 26, Stöndaler Str. 18.
Direktion: Karl Pirau.
Spezialitäten-Vorstellung.
Victor Ritter
der beliebte Humorist.
Das große Juni-Programm.
Konzert 4 Uhr. Vorstellung 1/8 Uhr.
Vorzeiger dieser Annonce zahlte wochentags für Eberlin 20 Pf.

Berliner Prater-Theater

Kallmannstraße 7-9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Folle in 4 Akten von Treptow.
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Café Bellevue.

Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sönger
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung u. Garten-Konzert.

ROSE-THEATER

Große Feinstadt Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Steffen Langer aus Glogau.
Auf der Gärtnerbühne täglich:
Konzert, Theateraufführung, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. - Um 8 Uhr:
Die große Revue: **ES gibt nur ein Berlin.**

Apollo Theater

Anfang 8 1/2 Uhr.
Lezte Tage
des großen Juni-Programms mit
Der zerbrochene Spiegel
Ab Sonnabend, den 1. Juli:
Gastspiel Harry Walden
in dem Wandervallée
Sein Herzensjunge.

WINTERGARTEN

Die auserlesenen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinsch und Lucia
mit ihren Vollblutpferden und Hunden.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschinhaus 8 heil. Chingusen und eine Kotte.
hervorragender Kunstkräfte!

Luna-Park

Sensationelle Attraktionen!
Johnstowns Untergang.
Der größte Erfolg der Neuzeit.
Cairo.
Unverwundbare Derwische, Sudan-neger, Harom, Straßensönger, Handwerker, Kamel- und Eselritze.
Sonnabend, den 1. Juli 1911:
Elitetag.
Aufstieg (und Fernfahrt) des Frei-Ballons „Carola“ unter persönlicher Führung der berühmten Luftschifferin Käthe Paulus.

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungspark
Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm.
Sensationelle Attraktionen.
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.
Großes Promenaden-Konzert.
Am 1. Juli: Sommerfest des Berliner Bierbrauergesellenvereins.
Juni 1911. Die ausgeschnittene Anzeige gilt als Freikarte für den Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Voreinstagen.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Die schöne Maroussia
die Tänzerin klass. Kunst
Nina Bitowey
kaukas. Volkssöngerin,
und das neue große Programm!
14 erstklass. Attraktionen.

Passage-Panoptikum.

Die Neger-Riesin
Abomah, die größte Frau, die je gelobt.
Alles ohne Extra-Entree!

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballett **Montreal**
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstausstellungen.
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Carl Haverland-Theater

Kommandantenstr. 77/79.
Kölnener Blatzheim-Burlesken.
Reu! Walzerträume. Reu! Wenn der Vater mit dem Sohne!
Anfang präzis 8 1/2 Uhr.
Für frühes Kommen sichert guten Platz!

Volksgarten-Theater

Dienstag, den 27. Juni:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Leopold Rosser - Ewald Treffer. - Grappo Brothers. - Ballettgesellschaft Meloni.
„Goldener Boden.“

Max Klems Sommer-Theater

Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: Größtartige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Beliebtester Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend.
Donnerstag: Elitetag.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Stralauer Viertel. (Bezirk 334.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlächtermeister

Wilhelm Küster
Münchberger Str. 21
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wächter

Adolf Schöbel
am 24. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Friedhofes in Charlottenburg, Fürstendammer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
68/17 Die Bezirksleitung.

Deutscher Buchbinder - Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Präger

Robert Horn
am 24. Juni nach kurzem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Gethsemanen-Kirchhof, Nordend, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
24/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col L. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 28. Juni 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 11:

Branchen - Versammlung der Drahtarbeiter und -Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Bericht.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Corona-Sälen, Kommandantenstr. 72:

Versammlung der Graveure und Ziseleure.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Joh. Schneider über: „Heimatkunst“. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Berliner Spar- u. Bauverein
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz am 31. Dezember 1910.

Aktiva.	
Bebaute Grundstücke	8 375 284,22
Zellwolle bebaute Grundstücke	512 134,71
Reinbauten	415 415,98
Unbebaute Grundstücke	234 180,—
Bau-Kassine	3 500,—
Werkzeug	1,—
Inventory	1,—
Umlage-Sto. d. Elektrizität	60 000,—
Levy-Schenkung	17 725,—
Kirchengemeinde Tempelhof	63 136,45
Baupapiere	271 610,98
Bauspar-Kassen	38 081,05
Raffen-Bestand	—
Gesamt	9 981 070,39
Passiva.	
Rückstellung für die Unbedeutende Tempelhof	17 725,—
Rückstellung f. d. Unbedeutende Charlottenburg	150 817,20
Rückstellung für d. Wohlfahrts-Haus Charlottenburg	80 103,80
Rückst. an zahlende Schuldverschreibungen u. Sparanlagen d. Genossen	10 715,—
Einbehaltenen Bar-Konten	16 286,—
Reise Darlehen	12 798,40
Depositen	6 300 630,05
Schuldverschreibungen	490 000,—
Sparanlagen d. Genossen	2 303 423,20
Geschäfts-Guthaben	482 876,75
Verrechnung	—
i. J. 1910	51 989,15
534 965,90	—
Erlöse Levy-Schenkung	57 375,65
Reise Bernstein-Schenkung	63 160,70
Reisevermögen	35 290,15
Reingewinn	21 872,34
Gesamt	9 981 070,39

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Bernhard Lütke
Riemehrstr. 7 (11. Bez.)
am 24. d. Mts. verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen (Mittwoch), nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Bager

August Krause
an Lungenbluten verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Friedhofes in Marienburger Weg, aus statt.

Die trauernde Witwe
Berta Krause,
geb. Klübow, nebst Tochter.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Geschäftsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Zwicker

Hermann Witt
am 24. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet
109/14 Der Vorstand.

Achtung! Bäckerstreik! Achtung!

Hiermit erkläre ich, daß ich den von mir seinerzeit der Lohnkommission unterschriebenen Tarif nach wie vor einhalte und auch weiter einhalten werde.

Ich bin zur Zurückziehung meiner damaligen Resolution verpflichtet worden durch das Drängen der Bäckereinnung von Groß-Berlin, dem ich einige Vertreter der Bäckereinnung von Erieglich angeschlossen hatten.

Groß-Berlinerfeld, Ferdinandstr. 24, und Zankwitz, Kaiser-Bühnen-Str. 28.

Otto Klopsch.
Beglaubigt durch den Vertrauensmann der Bäcker Berlins und Umgegend.

Gewinnbeteiligung.

3/4 Proz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1909

15 984,64 Mk.

Dem Reservefonds gutgeschrieben

5 917,70

Gesamt

21 902,34 Mk.

Mitgliederzahl.

Am 1. Januar 1910

5160

Eingetretten im Jahre 1910

714

5874

Am 31. Dezember 1910 schieden aus infolge Ausschlus, Tod und Austritt

996

Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1911

5479

Die Gesamtsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1909

1 568 100 Mk.

Sie hat sich vermehrt um

95 400

Gesamt - Gesamtsumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1910

1 663 500 Mk.

106/5 Der Vorstand.
L. Schmidt, Ernst Roscher.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Bernhard Lütke
am 24. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
119/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederharum Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Bager

Karl Ludewig
Scharnweberstr. 8
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Friedhofes, Weichen-see, Lichtenberger Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
14/6 Die Bezirksleitung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Schwiegerohn

Fritz Behrend
Sonntag, den 25. d. Mts., früh 6 1/2 Uhr plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Friedhofes in Marienburger Weg, aus statt.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Servus
bester Schuhputz

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
Fabrik: Lubszynski & Co., Berlin-Lichtenberg.

Kennen Sie sie?
Wenn nicht, dann beschäftigen Sie die Villenkolonie Karow, die ausstreichendste Gartenanlage a. d. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt. 300-500 Mk. wöchentlich. Keine Grund. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Noch 2 Parzellen a 750 M. (kleine Anzahl) in Mahldorf, ca. 5000 Einwohner, 20 Pf. Fahrt vom Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, wie Hoppegarten, Neuenhagen etc. Piano gratis. Vertreter täglich, auch Sonntags, am Bahnhof Mahldorf im Verkaufspavillon J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Wächter

Adolf Schöbel
am 24. Juni nach schwerem Leiden samt anschließend ist.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 27. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Charlottenburg, Fürstendammer Weg, aus statt.

68/18

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Ortsverwaltung Lichtenberg.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege

Karl Ludewig
verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 28. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Friedhofes in Weichensee, Lichtenberger Weg, aus statt.

Die Kollegen versammeln sich um 3 1/2 Uhr beim Kollegen Scherf, gegenüber dem Kirchhof. 2472b

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden anlässlich des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters lagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Wahlverein Schönberg, dem Verein der freien Gastwirte Schönberg, dem Sparverein Einigkeit, den Kollegen der Firma Weich Kuchl und Kähler u. Walthe, den Kollegen der Firma Weigler sowie dem Schönberger Männerchor unseren tiefempfundenen Dank.

Ww. Anna Franz nebst Kindern.

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft zur Reisezeit für die ganze Familie **Florians Zahnputz-Kasten**, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis aus nur M. 1.—. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8,50, 24 Stück M. 15.— franko Nachnahme durch **Arthur Wasservogel**, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die **Chemischen Werke Florian & Co.**, Britz-Berlin.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Berlin N., Rothringstr. 60. Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
3. Gruppe, 25. Bezirk.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Adolf Schöbel
(Zegeler Weg 9) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Luisen-Kirchhofes, Fürstendammer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
250/12 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lackierer

Paul Weiß
am 15. Juni 1911 infolge Unfalls verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

129/13 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten sage hierdurch meinen innigsten Dank für die rege Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben Frau.

Rob. Rennthaler
und Söhne.

Am 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, entzog plötzlich der unerwartete Tod mir meinen innigstgeliebten Gatten, den herzenguten, treusorgenden Vater meiner Tochter, den Gastwirt

Eduard Wohlgemuth
im Alter von 42 Jahren.

In tiefer Betrübniß
Anna Wohlgemuth u. Tochter.

Die Beerdigung findet statt am 28. Juni, nachmittags 2 Uhr, vom Urban-Krankenhaus aus nach dem alten Thomas-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße. 2466b

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Johanna Heimfarth
sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.

2466b
Martin Heimfarth.

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung sowie die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen, des Köpfermeisters

Gastav Maynhardt
sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie der gesamten Nachbarschaft, den Wahlvereinsmitgliedern Rummelsburg und Lichtenberg, dem Zentralverband der Köpfer Deutschlands (Filiale Berlin), den jugendlichen Knebelern und Arbeiterinnen von Lichtenberg und Rummelsburg, den Kolonisten von Neu-Weißna, dem Genossen Dr. Max Schulte für die trostreichen Worte am Sarge, desgleichen den Sängern für den erhabenden Gesang, ganz besonders den allen Freunden, welche den Verstorbenen zu Grabe getragen haben, unseren tiefgefühltesten Dank.

2469b
Die trauernden Hinterbliebenen
Frau Wilhelmine Maynhardt
nebst Kindern.

Warnung!

Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabaks** in Umlauf.

Der **Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift:

Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak
(ges. geschützt 75 658).

Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.

Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenhaller Str. 70, Spr. 2-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Von der Reise zurück 216/5

Dr. Eugen Haagen
Hermann Fischers billigste Särge
Urbanstr. 111, früher Wüder. Tel.

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name „Réunion“

Spezialmarken:
Vinea 8b 2 Pfg.
Lookout 3 „
Flagship 4 „
Vinea-Crème 5 „

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Bei der Stichwahl am 25. Juli sind 5777 Stimmen abgegeben. Davon waren 90 Stimmen ungültig. Es haben erhalten Genosse F a h r o w 3046, Genosse F r a n k 2641 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

Erster Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Demokratie oder Sozialdemokratie. Referent: Reichstagsabgeordneter E. Eichhorn.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung in den „Neuen Rathauskellern“, Meiningen Str. 8. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Emil Unger über „Religion und Proletariat“, Diskussion, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindengarten“, Lindenstr. 43: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. 3. Anträge zur Kreisgeneralversammlung und zum Parteitag. 4. Wahl eines Delegierten zum Parteitag und zur Provinzialkonferenz. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Mitglieder die länger als drei Monate mit ihrem Beitrag im Rückstande sind, haben keinen Zutritt.

Berliner Nachrichten.

Wahltermine zu den Stadtverordnetenwahlen. Als Wahltermine zu den im Herbst d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen sind, wie der Magistrat bekanntgibt, folgende Daten vorgesehen:

- A. für die III. Abteilung: Dienstag, der 7. November d. J., von vormittags 10 bis abends 8 Uhr.
B. für die II. Abteilung: Mittwoch, der 8. November d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr.
C. für die I. Abteilung: Donnerstag, der 9. November d. J., von vormittags 10 bis nachmittags 8 Uhr.
und für etwaige engere Wahlen in III. Abteilung: Dienstag, der 28. November d. J., in II. Abteilung: Mittwoch, der 29. November d. J., in I. Abteilung: Donnerstag, der 30. November d. J.

In dieser offiziellen Bekanntmachung dokumentiert der Berliner Magistrat abermals, daß er den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, die Wahlen am Sonntag vorzunehmen, nichtachtend übergeht. Es wäre interessant, die Gründe zu erfahren, die den Magistrat zur Nichtausführung des Stadtverordnetenversammlungsbeschlusses geführt hat.

Schädigung der Stadt Berlin durch den Magistrat? Wie uns berichtet wird, hat der Magistrat mit dem bisherigen Pächter des „Gierbaues“ in Kreuzberg, Herrn Andreo, einen Vertrag geschlossen, nach dem Herr A. das Lokal auf weitere sechs Jahre verpachtet wird zu einer jährlichen Pacht von 15 000 M., obwohl von anderen Pächtern Gebote von 20-25 000 M. vorliegen. Es ist ganz unerlässlich, daß ein solcher Vertrag geschlossen werden konnte, der auf eine Schädigung der Stadt Berlin hinausläuft und daß der Magistrat dem zustimmen konnte. Noch schlimmer wird die Sache, daß der Magistrat glaubt, diesen Vertrag schließen zu können, ohne die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen. Wie wir hören, soll sich der Magistrat bei seinem Verhalten auf frühere ähnliche Fälle stützen, in denen er gleichfalls die Mitwirkung der ihm gleichgeordneten Stadtverordnetenversammlung ausgeschaltet hat. Damit wird sein Verfahren in keiner Weise gerechtfertigt. Es wird sich im Gegenteile in nicht allzu ferner Zukunft zeigen, daß das einseitige Vorgehen des Magistrats zu Verlusten führt, die in letzter Linie ungesetzmäßig sind und die dann zu einer schweren Schädigung der Interessen der Stadt Berlin führen. In solchen Fällen wäre es nur erwünscht, wenn diejenigen Faktoren, die die Schuld an solchen Maßnahmen tragen, auch materiel zur Ersatzleistung des der Stadt erwachsenen Schadens herangezogen würden.

Gegen das für Berlin beantragte Sonntags-Badverbot sprach sich der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine — in Uebereinstimmung mit dem Präsidium der Zentralstelle für die Interessen des Berliner Fremdenverkehrs — in seiner letzten Plenarsitzung mit Einstimmigkeit aus. Der Zentralausschuß würde eine schwere Schädigung der Berliner Bevölkerung darin erblicken, wenn das Polizei-Präsidium dem von dem Zweckverband der Wäckerinnen gestellten Antrage stattgegeben würde, daß während der Zeit von Sonntag früh um 8 Uhr bis Montag früh um 6 Uhr überhaupt nicht gebadet werden darf. Er erwartet, daß das Polizei-Präsidium die Einführung des allgemeinen Sonntags-Badverbotes auch dann ablehnen wird, falls sich, wie verlautet, eine Zweidrittelmehrheit von Wäckerinnen dafür ausspricht. Das Sonntagsbadverbot würde dazu führen, daß am Montag früh frische Brötchen überhaupt nicht zu haben sind, ein Zustand, der — abgesehen von der Schädigung, die die Wäcker durch das Verbot erleiden würden — für die Reichshauptstadt unerträglich wäre. Nicht zuletzt fällt hier neben der enormen Unbequemlichkeit für die Berliner Bevölkerung auch der Eindruck ins Gewicht, den ein solches Verbot auf die Fremden machen würde, die in den Hotels der Reichshauptstadt des Deutschen Reiches gezwungen wären, am Montag früh altes Brot zu essen. Es würden sich höchstens eine Anzahl von Hotels und großen Restaurants durch Errichtung eigener Bäckereien in ihren Betrieben helfen können, ebenso wie die Konditoreien voraussichtlich die Situation durch vermehrte Herstellung von Kuchen und mürbem Gebäck für Montag früh auszuheilen würden, zwei zu erwartende Folgeerscheinungen, die schwere Schädigungen für die Berliner Bäckereien mit sich bringen müßten.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß auch der Wäckerverband gegen die Art von Sonntagsruhe ist, welche der Zweckverband der Wäckerinnen beantragt hat. Die Gründe des Wäckerverbandes sind allerdings andere wie die vorstehend angegebenen. Der 86-stündige Ruhetag, den der Wäckerverband erkämpft und in seinen Tarifverträgen festgelegt hat, würde verloren gehen, wenn die von den Innungen beantragte Pfändrige Sonntagsruhe, die am Montagvormittag nachgeholt werden soll, eingeführt würde.

Neber Amtsmäßigkeit des Oberbürgermeisters Kirchner wußte ein Blatt am Sonntag zu berichten. Diese Nachricht entspricht

keineswegs den Tatsachen. Oberbürgermeister Kirchner hat sich am Sonnabend lediglich von seinen Magistratskollegen im Rathaus verabschiedet, weil er auf ärztlichen Rat dringend einer Kur in Wildungen bedarf. Diese Meldung mußte schon deshalb verblüffen, weil Oberbürgermeister Kirchner erst kürzlich auf weitere zwölf Jahre als Berliner Stadtoberhaupt gewählt wurde und sich zur Annahme des Amtes bereit erklärt hatte.

Für über 100 000 M. Brillanten gestohlen.

Ein großer Brillantendiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in der Potsdamer Str. 22a verübt. Dort drangen Einbrecher in das Geschäft der Juweliere Henri Köber u. Sohn ein und erbeuteten Brillanten und Goldsachen im Werte von über hunderttausend Mark. Die Diebe hatten sich die leerstehende erste Etage zu Nuge gemacht. Sie bohrten von hier aus ein Loch in die Decke und stiegen dann mit Hilfe einer Leiter, die sie in einem Nebenraum vorfanden, in den Geschäftsladen hinauf. Da die Jalousien heruntergelassen waren, konnten die Verbrecher mit der größten Seelenruhe arbeiten. Sie trafen unter den Warenbeständen eine fachkundige Auswahl und nahmen nur die besten Brillanten und Goldwaren, wie Ketten usw., mit. Den Mitzug traten sie wieder durch die Decke an. Erst gestern früh bei Öffnung des Geschäfts wurde der Diebstahl entdeckt.

Die Versicherungsgesellschaft, die für den Schaden aufkommen muß, hat eine Belohnung von 3500 M. ausgesetzt, 500 M. für die Ergreifung der Täter und 3000 M. für die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen. Werden diese nur zum Teil wieder zur Stelle gebracht, so entfällt darauf ein entsprechender Teil der Belohnung nach der Höhe des Wertes.

Von einem Todesfall an Trichinosis im Hedwigsfrankenhaus wird berichtet. Anfang Juni fand ein 23-jähriger Lehrer namens Krokowski, der Sohn eines Berliner, im Hedwigsfrankenhaus Aufnahme. Schon am 15. Juni verschied der junge Mann, angeblich an Typhus. Da K. aus Pinne in Posen gekommen war, wo bekanntlich in letzter Zeit zahlreiche Erkrankungen an Trichinosis vorkamen, so tauchte der Verdacht auf, daß auch K. an der heimtückischen Krankheit gelitten habe. Die Eltern K. sollen nun, wie weiter mitgeteilt wird, die Ärzte im Krankenhaus auf diesen Verdacht frühzeitig aufmerksam gemacht haben, doch kurz abgewiesen worden sein. Sie setzten später die Exhumierung der Leiche durch. Wie nun der Schein für die Wiederbestattung ausweist, konnte die Obduktion die Todesursache mit Sicherheit nicht feststellen. Erwiesen wurde jedoch, daß mehrere Organe des Verstorbenen mit Trichinen durchsetzt waren. Der dirigierende Arzt der inneren Abteilung des St. Hedwig-Krankenhauses hat einem Blatte folgendes erklärt:

„Die Trichinen-Epidemie von Pinne hat noch ein weiteres Opfer gefordert. Nachdem der Fleischermeister W. in Pinne der Infektion erlegen und mehrere Personen, die bei ihm Fleisch bezogen, mehr oder minder schwer erkrankten, ist vor einigen Tagen der 23-jährige Lehrer K. gleichfalls an Trichinose gestorben. Er hatte drei Wochen vor seiner ersten Erkrankung von demselben Fleischermeister bezogenes Hackfleisch genossen und kam unter den Erscheinungen einer schweren Nierenentzündung mit hohem Fieber am 5. Juni zur Aufnahme ins Krankenhaus. Der weitere Krankheitsverlauf entsprach dem eines hochinfektösen Typhus, mit dessen charakteristischen Erscheinungen: Profusen, Durchfällen, Abzölen, typischem Verhalten von Puls und Temperatur, tiefer Sonnenempfindlichkeit, Unruhe und charakteristischer Reaktion des Urins, während die bakteriologische und serologische Untersuchung negativ ausfiel. Vier Tage später wurde bekannt, daß er trichinenverdächtige Fleisch gegessen habe. Da jedoch bis zur Aufnahme schon über drei Wochen verstrichen waren, so mußten die jungen Trichinen schon durch die Darmwand in die Muskulatur gewandert sein, so daß ihre erfolgreiche Bekämpfung vom Darm aus von vornherein ausgeschlossen war. Auf jeden Fall mußte wegen der ausgeprägten Typhus-symptome mit der Wahrscheinlichkeit der mehrfach beobachteten Doppelinfection mit Typhus und Trichinose durch rohes Schabefleisch gerechnet werden.“

Die sonst für Trichinose charakteristischen Muskelschmerzen waren nur einen Tag lang an einer Extremität vorhanden. Unter zunehmender Benommenheit und Herzschwäche trat am zehnten Tage nach der Aufnahme der Tod ein. Die vom Professor des Krankenhauses vorgenommene Obduktion ergab ausgedehnte Muskel-Trichinose mit schwerer infektiöser Erkrankung aller inneren Organe, speziell auch des Herzens und der Nieren.“

Das erste stärkere Gewitter dieses Jahres wurde uns am Sonntagabend, sogar gleich in verdoppelter Auflage, beschert und hat uns bei dieser Gelegenheit auch endlich den langersehnten, kräftigen Regenguß gebracht, dessen trotz der gestörten Sonntagsfreuden sehr segensreiche Wirkung durch einen bis zum Frühmorgen des gestrigen Montag mit Unterbrechungen anhaltenden Landregen noch gesteigert wurde. Schon am Sonnabend ließ die große Hitze und zeitweise betrübliche Schwüle in Verbindung mit dem fallenden Barometer und dem südöstlichen Wind auf ein nahe bevorstehendes Gewitter schließen, doch erfolgte die Abkühlung am Nachmittag lediglich in Gestalt eines ausströmenden Westwindes ohne Niederschlag, und erst am Frühabend fand ein zweimaliger, mäßig ergiebiger Regenschauer statt. Der Sonntagabend hat nun, nachdem er tagsüber die Ausflügler noch mit schönem Wetter erfreut hatte, nachgeholt, was der Sonnabend veräumte.

Wegen Erkrankung mehrerer Kinder an Diphtherie ist gestern auch die 8. Klasse der 70. Gemeindeschule für Mädchen in der Ravenstr. 12 auf 14 Tage, d. h. bis zu den Schulfreien, geschlossen worden.

Die Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend wurden auch am Sonntag wieder von annähernd dreitausend Personen besichtigt.

Am nächsten Sonntag, den 2. Juli, in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags, findet eine nochmalige und vorläufig letzte Besichtigung der Stadteile Süd und Südwest sowie der Vororte Statt, woran auch die Mitglieder oder Nichtmitglieder von den Stadteilen Norden, Osten und Süden nebst den angrenzenden Vororten teilnehmen können, die an den verflochtenen drei Sonntagen verhindert waren, die Betriebsanlagen der Genossenschaft in Angensdewitz zu besuchen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß Einzelbesichtigungen nicht gewährt werden und daß Besichtigungen in der Ferienzeit überhaupt nicht stattfinden können.

Unfall einer Kertzin. Am gestrigen Montagmittag gegen 1 1/2 Uhr wollte die Kertzin Fräulein Dr. Martha Lorenz die Charlottenburger Chaussee zwischen dem Großen und Kleinen Stern überqueren, als ein Privatautomobil in schnellem Tempo herannahte und die Kertzin mit dem Schußflügel so heftig traf, daß sie über den Damm hinweg auf das Straßenbahngleise geschleudert wurde. Unglücklicherweise nahte in diesem Augenblick ein Wagen der Linie N heran. Ehe noch der Fahrer bremsen konnte, geriet Fräulein L. unter den Vorderperron und wurde etwa 30 Meter mitgeschleift. Von dem Straßenbahnpersonal und einigen Passanten wurde die Dame, die blutüberströmt und besinnungslos dalag, aus ihrer entsetzlichen Lage

befreit und im Automobil nach der Charité geschafft, wo die Ärzte feststellten, daß die Verunglückte eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen erlitten hatte. Außerdem war ihr von dem Straßenbahnwagen die rechte Hand vom Arm fast ganz abgetrennt worden, so daß eine sofortige Amputation des Gliedes vorgenommen werden mußte. Der Zustand der Kertzin ist fast hoffnungslos.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignet sich am Sonntagnachmittag auf dem Straßenbahnhof 3 in Niederschönhausen. Dort war der Schaffner Faltenhagen damit beschäftigt, einen Anhängewagen an den Motorwagen 2330 der Linie 57 anzukuppeln. Er schob deshalb den Wagen von dem rechten Gleise durch eine Weiche, um ihn an den Motorwagen heranzubringen. In diesem Augenblick setzte sich der Motorwagen rückwärts in Bewegung, so daß der Schaffner zwischen die beiden Wagen eingeklemmt wurde. Der Verunglückte wurde in wenigen Sekunden von dem Personal aus seiner entsetzlichen Lage befreit und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der feststellte, daß er eine schwere Brustquetschung, Verletzung des Rückenmarks und Quetschung der Rückenmuskeln erlitten hatte. Auf seinen Wunsch wurde der Schaffner in seine Wohnung übergeführt.

Auf einen Doppelselbstmord läßt ein Kleiderfund am Teltowkanal schließen. Dort lagen gestern morgen in der Nähe der Kanalbrücke an der Gottlieb-Dunckelstraße Kleidungsstücke von zwei Frauen oder Mädchen. Ein roter weißpunktierter Frauenrock mit vier Sonnenstreifen und eine dem Rock entsprechende Bluse mit Spitzeneinfaß, dann ein zweiter Rock wie der erste mit vier Volants, ein weißer und ein punktierter Unterrock. Dabei lagen noch zwei kleine schwarze Ledertaschen mit langem Riemen zum Umhängen. Von den Trägerinnen dieser Sachen hat man bisher noch keine weitere Spur gefunden. Wahrscheinlich haben sie sich das Leben genommen.

Im Freibad Müggelsee erkrankt am Sonntag der 23-jährige Hausdiener Henze aus Berlin. Er badete in der Nähe der Försterei, geriet dabei in eine Lunte und ging plötzlich unter. Hinzueilende Leute konnten den jungen Mann nicht mehr retten. Seine Leiche ist noch nicht geborgen. Das ist bereits das fünfte Opfer, das das Freibad Müggelsee in diesem Jahre gefordert hat.

Von einem Schlächterwagen überfahren und schwer verletzt wurde in der Nacht zum gestrigen Montag der Fahrmeister der Großen Berliner Straßenbahn, Gustav, Bornholmer Str. 8 wohnhaft. Der Beamte revidierte um die genannte Zeit die Weiche an der Brunnens- und Invalidenstrassen-Ecke. Plötzlich kam ein Schlächterwagen der Firma Karl Krone aus Oranienburg in raschem Tempo die Brunnensstraße herunter und rief den Fahrmeister, der nicht mehr ausweichen vermochte, zu Boden. Die Räder des schweren Gefährtes gingen dem Bedauernswerten über Brust und Beine hinweg, so daß er eine schwere Quetschung der rechten Brustseite, Bruch des rechten Oberarmes und Lungenblutungen erlitt. Man schaffte den Verunglückten nach der nahe gelegenen Unfallstation und von dort in seine Wohnung.

Den Tod im Polizeigewahrsam gefunden hat der 28 Jahre alte, Langestraße 35 wohnhafte Straßenhändler Otto Mey. Eine Korrespondenz berichtet, daß M. voriges Jahr eine Haftstrafe von acht Tagen erhalten habe, die er jedoch bis jetzt noch nicht habe verbüßen können, weil er nach jedesmaligem Antritt der Strafe in die Irrenanstalt habe gebracht werden müssen. Auch jetzt habe er wieder angefangen zu toben. Man habe ihn daher nach dem Polizeigewahrsam gebracht, um ihn von hier aus dem Irrenhaus zuzuführen. Bevor es hierzu gekommen, sei er plötzlich gestorben. Die Todesursache des M. wird von der Korrespondenz nicht angegeben.

Zwei Zusammenstöße von Automobilroschken und Straßenbahnwagen werden vom Sonntage gemeldet. In einem Falle handelt es sich um den Zusammenstoß einer Automobilrosche, die um 9 Uhr abends gegen den Motorwagen 287 der Linie R anfuhr. Der Unfall, der Bundesratsbevollmächtigte des Großherzogtums Hessen, der Minister des Innern von Homberg zu Bach erlitt durch den Anprall und durch herumschlagende Glasplitter der zertrümmerten Fensterscheibe eine leichte Verletzung an der Stirn. Der Minister vermochte jedoch, nachdem er einen Rotverband an Ort und Stelle erhalten, seinen Weg fortzusetzen. — Gegen 7 Uhr abends trug sich ein gleicher Unfall an der Zimmer-Ecke Margrafenstraße zu. Eine Automobilrosche tarantolierte mit einem Wäckerwagen des Straßenzuges P (Richtung Dönhofsplatz). Die Insassin des Kraftwagens, Frau Direktor Freilich, Chausseestr. 30 wohnhaft, erlitt durch Glasplitter einer zerbrochenen Scheibe Verletzungen im Gesicht. Sie erhielt die erste Hilfe auf der nahegelegenen Unfallstation und wurde dann in ihre Wohnung entlassen.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde in der gestrigen Nacht der 24-jährige Wäckerjunge Felix Reulwitz aus der Straßburger Straße 17. Der junge Mann hatte mit seiner Braut am Sonntag einen Ausflug nach Wirlenwerder gemacht und gegen 10 Uhr abends die Rückfahrt mit einem Vorortzuge angetreten. Im Coupé kam es zwischen dem Brautpaar zu Streitigkeiten, und als der Zug kurz vor Wittenau sich befand, zog der Wäckerjunge plötzlich einen Revolver aus der Tasche und versuchte, einen Schuß auf das Mädchen abzugeben. Mitnichten des Coupés gelang es, den aufgeregten Menschen zu beruhigen und ihm den Revolver zu entreißen. Als aber einer der anwesenden Fahrgäste erklärte, daß man in Berlin wegen Nordverwunders der Polizei übergeben müsse, rief der Wäcker die Coupétür auf und sprang auf das Nebengleis, auf dem ein Zug von Berlin aus herannahte. Der Unglückliche wurde von den Rädern der Lokomotive erfasst und entseuflich zugerichtet. Inzwischen fanden hierauf den jungen Mann besinnungslos neben dem Gleis liegen. Er wurde nach Berlin geschafft und nach der königlichen Klinik in der Fiebigstraße übergeführt, wo er heute morgen verstarb.

Eine Dampferpartie mit Hindernissen hatte am Sonntag der Sparverein „Glückauf“ mit dem Dampfer „S. S. Georg“ zu bestehen. Der Verein befand sich mit genanntem Dampfer auf der Rückfahrt von Wirlenwerder nach Berlin. Er verließ Wirlenwerder um 8 Uhr 30 Min. und sollte 11 1/2 Uhr in Berlin sein. Die Frauen und Kinder befanden sich infolge des starken Regens und Gewitters in der Kajüte, als plötzlich ein heftiger Zusammenstoß erfolgte, welcher sich auf der Weiterfahrt noch dreimal wiederholte. Es demütigte sich der Passagiere eine große Panik. Dem Kapitän wurden von den Mitfahrern erste Vorschüsse gemacht. Außerdem mußte der Dampfer, da er nicht rechtzeitig an der Schleuse in Plohnsee anlangte, liegen bleiben, weil der Schleusenmeister nicht mehr anwesend war. Die Ausflügler verließen hier den Dampfer und langten, soweit sie noch Fahrgelegenheit hatten, glücklich um 3 Uhr in Berlin an.

Arbeiter-Vidungsschule. Die durch die Krankheit des Genossen Dr. Conrad in Geschichte und Fortschrittskurzus ausgefallenen Unterrichtsabende werden Mitte Juli nachgeholt. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Aus den Armen der Mutter in den Tod. Ein besagener Arbeiterunfall hat sich am Sonnabendabend um 1/10 Uhr in dem Hause Fernstr. 9 ereignet. Dort stand die Frau des Handwerkers E. mit ihrem dreijährigen Sohn, den sie auf dem Arm hielt, an dem geöffneten Fenster. Plötzlich entstand auf der Straße ein Värm und die Frau beugte sich hinaus, um zu sehen, was unten vorgehe.

Dabei entglitt ihr das Kind und stürzte aus der Höhe der dritten Etage auf das Straßengestühl hinab, wo es mit zerschmettertem Schädel tot liegen blieb. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod des Kindes feststellen. Die unglückliche Mutter verfiel infolge des traurigen Vorfalles in eine verzweifelte Stimmung.

Die Ausgestaltung vorbildlicher Arbeiterwohnungen im Gewerkschaftshause ist während der Monate Juli und August nur Mittwochs und Sonnabends von 6-9 Uhr geöffnet. Am Sonntag bleibt die Ausstellung geschlossen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendnachmittag auf dem Depot der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft in der Schwalbenstraße. Dort wollte der zwanzigjährige Stallmann Ernst Schwalbe ein Pferd aus dem Stall herausführen, um es vor einen Omnibus zu spannen. Das Pferd, ein junges Tier, schenkte jedoch plötzlich, riß sich los und schlug mit einem der Hinterhufe dem Stallmann so heftig vor den Unterleib, daß der Getroffene bei Bewußtlosigkeit zu Boden stürzte. Ein hinzugerufener Arzt stellte Lebererregung und Verletzung des Mastdarmes fest und ordnete die Ueberführung des Sch. nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus an. Der Zustand des Patienten ist sehr besorgniserregend.

Im Gland gefordern ist die 45 Jahre alte Schneiderin Ottilie Knack, die für sich allein seit zwei Monaten in der Raumstraße 14 im vierten Stock eine Stube bewohnt. Schon seit längerer Zeit lungenseidend, war sie nicht mehr imstande zu arbeiten und ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Nur ab und zu half sie bei einem Schneider etwas aus, um sich ein paar Groschen zu verdienen. Drei-mal war sie auch im Krankenhaus. Inletzt aber wurde sie, wie sie einer Nachbarin klagte, nicht mehr aufgenommen. Krankengeld bekam sie auch nicht. Eine Nachbarin bestimmte sich wohl um sie und brachte ihr wiederholt Essen. Dies tat sie auch am Sonnabend-abend. Als sie sich dann am Sonntagmorgen noch einmal nach ihr umsehen wollte, fand sie keinen Einlaß. Auf ihre Veranlassung öffnete jetzt der Hausverwalter. Die Wohnungsinhabin lag tot im Bette. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht bestimmt feststellen. Die Leiche wurde beiseitegenommen.

Radrennen in Zehlendorf, 25. Juni. Das Rennen "Die Hundert", d. h. 100 Kilometer, hatte dank der guten Befahrung durch acht unserer besten Dauerfahrer wie Demke, Didenmann, Günther, Miquel, Salzmänn, Scheuermann, A. Wanderlust und Walthour der Bahn einen so starken Besuch zugeführt, wie sie ihn selten gesehen hat. Im ganzen waren 8000 M. an Preisen ausgelegt. Zwei Vorläufe mit je vier Fahrern, die die beiden Ersten bestreiten den Endlauf. Ausländerpreis (50 Kilometer) 1000, 500, 300 M. 1. Walthour (Amerika) in 47 Minuten, 39 1/2 Sekunden; 2. Miquel (Frankreich), 70 Meter; 3. A. Wanderlust (Belgien), 1200 Meter; 4. P. Didenmann (Holland), 1660 Meter zurück. Walthour hat von Anfang an die Spitze, die er gegen die Angriffe Miquels erfolgreich verteidigt. Wanderlust und Didenmann bleiben immer mehr zurück. Inländerpreis (50 Kilometer) 1000, 500, 300, 200 M. 1. Bruno Demke (Berlin) in 46 Minuten 49 1/2 Sekunden; 2. Scheuermann (Dreslau), 110 Meter; 3. Günther (Köln), 140 Meter; 4. Salzmänn (Heidelberg), weit zurück. Demke fährt ausgezeichnet; mehrfache Vorstöße Scheuermanns sind erfolglos; auch Günther hält sich gut, da er nur eine knappe halbe Runde hinter dem Sieger endet; nur Salzmänn konnte sich nicht zur Geltung bringen. Als nach einer längeren Pause die vier Fahrer Demke, Miquel, Scheuermann und Walthour zum Endlauf antraten, setzte ein leiser Regen ein, der sich schließlich so verstärkte, daß es unmöglich war, das Rennen zu beenden. Der Schluß wurde auf Montag abend 7 1/2 Uhr angelegt.

Ein Verpöndbuch Nr. 2433 des Deutschen Bauarbeiterverbandes nebst Invalidentarte, beides in einem roten Futteral, sind am 24. Juni auf der rechten Seite des Spandauer Schiffbaukanals, Jungfernhöhe, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die Papiere auf dem Bureau des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zimmer 53 oder Wittstocker Str. 9, Quergebäude III bei Lemig, abzugeben.

Am letzten Sonntag ist einem Genossen beim Waldfest in der Königsheide ein guter Regensturm abhanden gekommen. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben in der Expedition Kaufinger Platz 14/15, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Stadterordnetenversammlung. Am Sonnabend, nachmittags um 5 1/2 Uhr, fand die letzte Sitzung vor den Ferien statt, welche trotz der wichtigen und umfangreichen Tagesordnung nur verhältnismäßig kurze Zeit währte. Neben anderen geschäftlichen Mitteilungen gab Stadterordnungsreferent Sander bekannt, daß vom Demokratischen Verein ein Antrag eingegangen ist, der die Stadterordnetenwahlen am Sonntag vorge-nommen wissen will. Stadtm. Conrad (Soz.) befragte den Antrag unter Hinweis auf den letzten in der Berliner Stadterordnetenversammlung gefassten gleichen Beschluß, auf die guten Erfahrungen mit den Sonntagswahlen für das Rixdorfer Gewerbe- und Kaufmannsgericht und auf die Befestigung der Sonntagswahlen in der kürzlich durch den Reichstag verabschiedeten Verfassung für Elsaß-Lothringen. Redner beantragt, da eine Beschlußfassung über den Antrag geschäftsordnungsmäßig in dieser Sitzung unzulässig ist, die Ueberweisung an den Wahlausschuß. Die Versammlung beschließt demgemäß. — Zum diesjährigen Deutschen Städte-tag in Posen sendet Rixdorf 3 Vertreter. Neben zwei Ratsfraktionsmitgliedern wird der Stadterordnungsreferent delegiert.

Die Festsetzung neuer Bauflächenlinien in der Wohnungsplan Abteilung III (Hermannstraße zwischen Rixdorfer Weg und Briher Grenze) und Abteilung II (Emsler und Kirchhofstraße) wird im Sinne der Ratsratsvorlagen genehmigt, ebenso die Regulierung der projektierten Straße Wa zwischen Rosegger- und Treptower Straße.

Darauf wird die auf 6 Uhr anberaumte Wahl eines neuen befohlenen Stadtrats vorgenommen. Bürgermeister Klari aus Altschloß erhält 35 und Schöffe Rohde aus Zehlendorf 16 Stimmen; erster ist demnach gewählt.

Das spezielle Projekt und der dafür erforderliche Kostenschlag für die Erweiterung des städtischen Krankenhauses in Rudow (A. Vautel) liegt der Versammlung vor. Gegenwärtig sind 403 belegbare Betten vorhanden, 150 auf der äußeren, 227 auf der inneren und 26 auf der Isolierabteilung. Da man statistisch auf 100 000 Einwohner 250-300 Betten annimmt, reicht die vorhandene Zahl nicht entfernt mehr aus, so daß im Etatsjahr 1910/11 insgesamt mehr als 1400 Kranke wegen Platzmangel abgewiesen wurden. Es sollen daher neu aufgeführt werden: 1 kleiner Pavillon zu 70 und 1 großer Pavillon zu 84 Betten für die innere Abteilung, 1 Pavillon mit 26 Betten für die äußere Abteilung und mit 15 Betten für die Privatkrankenstation, 1 Isolierpavillon zu 44 Betten. Das ergibt 244 Betten mehr oder insgesamt dann 647 Betten. Die Kosten des Erweiterungsbaues sind auf 1 600 000 M. veranschlagt. Laufend entstehen für die Unterhaltung desselben pro Jahr 850 000 M.; es entfallen also auf jedes Bett 1400 M. pro Jahr. Die Einnahmen der Krankenhausverwaltung belaufen sich auf 40 Proz. dieser Summe, so daß der Zuschlag 60 Proz. beträgt. Die Vorlage wird debattelos genehmigt.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß in dem bisher von der Mädchenmittelschule benutzten Gebäude an der Berliner Straße zum 1. Oktober außer der Anfangs-klasse des Seminars und 3 Klassen der höheren Mädchenschule

7 Gemeinde-Mädchenschulklassen nebst Nebenräumen untergebracht werden.

Endlich liegt auch ein Projekt für die Errichtung der städtischen Bade- und Schwimmanstalt vor, die auf dem städtischen Grundstück zwischen Richardstraße (gegenüber dem Denkmal) und Donaustraße errichtet werden soll. Der eine schöne monumentale Fassade aufweisende Bau liegt mit einer Frontausdehnung von 108 Metern an der neuen, die eine Längsseite des Grundstücks durchziehenden Straße, welche in der Mitte zu einem freien Plage ausläßt. Der Mittelbau enthält im Erdgeschoß die Eintrittshalle mit der Kasse, einen Unterbau für Fahräder, einen Erfrischungsraum, einen Friseurladen, die Wäscherei und die Maschinenanlagen; in den Obergeschossen (die auch durch Fahrstühle zu erreichen sind) befinden sich das römisch-irische Bad, die Dusch-, Dampfbad-, Dampf-, medizinischen und elektrischen Bäder für Männer und Frauen. Im 1. Geschoß gelangt man von einer Barthele mit Vorräumen aus sowohl zu den 21 Frauen- und 50 Männerbädern, als auch zur Kasse in den anschließenden Flügelbau mit der Schwimmhalle für Männer (11 x 20 1/2 Meter Wasserfläche) und zur Kasse in den Flügel mit der Schwimmhalle für Frauen (9 1/2 x 15 1/2 Meter Wasserfläche). Im Männerbäderraum sind unten 50 verschließbare Auskleidezellen und auf der Oberseite ein Umgang Wände und 40 Kleiderstänke, im Frauen-schwimmbad 30 Jellen bzw. 60 Schränke angeordnet. Für die Erwärmerung des Badewassers der Abdampf des neuen städtischen Elektrizitätswerkes am Weigandufer benutzt und zu diesem Zwecke eine Leitung von dort nach der Badeanstalt gelegt werden. Die Baukosten sind auf 800 000 M. veranschlagt. Ohne Debatte wird die Vorlage genehmigt.

Zur Vermittlung der Wasserstände im Teltowkanal einerseits und im Rixdorfer Schiffbaukanal andererseits muß beim demnächst erfolgenden Weiterbau des Leichens in der Nähe der Grenzallee eine Schleuse erbaut werden. Diese ist so bemessen, daß auch die größten, den Teltowkanal befahrenden Säfte von 600 Tonnen Tragfähigkeit durchgeschleust werden können und wird 105 000 M. Kosten verursachen. Der Vorlage wird zugestimmt.

Zur Errichtung eines Ledigenheims für weibliche Personen will eine begüterte Dame Berlins 100 000 M. zur Verfügung stellen, wenn die Stadt den Bauplatz hergibt und für die außer dieser Summe nötigen Baugelder die Garantie übernimmt. Derartige Ledigenheime sind geeignet, dem Schlafstellenmangel und der Ueberfüllung der Kleinwohnungen, sowie den damit zusammenhängenden gesundheitlichen und sittlichen Mängeln zu steuern. Deshalb will der Magistrat dem Angebot der Stifterin näher treten und ein Grundstück im Erbbaurecht auf 90 Jahre hergeben. Das Ledigenheim soll Platz für 800 Insasseninnen gewähren; die Zimmer werden gleichmäßig möbliert und teilweise auch für 2 Personen, falls ein Zusammenwohnen gewünscht wird, eingerichtet. Der Mietpreis wird je nach Lage des einzelnen Zimmers 8-12 M. monatlich betragen. Sowohl eine Restauration, als der Frühstück- und auch die übrigen Mahlzeiten bezogen werden können, als auch Bade- und Leseräume sind vorgesehen. Wie die Begründung der Vorlage sagt, haben sich bereits 28 Einzelpersonen gemeldet und hat eine Grob-Berliner Arbeiterinnen-Organisation 34 ihrer Mitglieder für das Ledigenheim vorgemerkt. Zur Vorbereitung des ganzen Plans wählt die Versammlung in eine vom Magistrat vorgeschlagene gemischte Kommission 15 Mitglieder, unter diesen auch die Genossen Fleischer, Heller, Dr. Silberstein, Thurov, Bermuth.

Der Magistrat, welcher dem Beschlusse der Versammlung auf Ausdehnung der Sonntagruhe beigetreten ist, hat einige formelle Änderungen in dem neuen Ortsstatut vorgenommen, welchem zugestimmt wird.

Ein Dringlichkeitsantrag der Altbürgerlichen, mit tunlichster Beschleunigung eine Vorlage betreffend Errichtung eines Krematoriums nebst Urnenhalle auszuführen, wird vom Stadterordneten Weber begründet. Stadterordneter Dr. Silberstein (Soz.) gliedert die ungewohnten und merkwürdigen Forderungen des Antragstellers fortschrittlichen Fragen gegenüber und führt diese auf die bevorstehenden Wahlen zurück. Er spricht die Erwartung aus, daß dieser Lebensfrage auch in nächster Zeit vorhalten möchte, wenn von der sozialdemokratischen Fraktion durch Anträge sozialer Art dazu reichlich Gelegenheit geboten werden wird. Einstimmig gibt die Versammlung dem Antrage ihre Zustimmung.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend gegen 8 1/2 Uhr auf dem Neubau Reuterstr. 22. Dort fiel der 18jährige Maurerlehrling Georg Gräbning von der dritten Etage des Neubaus auf das Schinddach, wo er bestunntlos liegen blieb. Anscheinend hat der Verunglückte eine schwere Schädelverletzung davongetragen. Der Bekehrte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Eine Liebesstrafe spielte sich gestern früh in der Königsheide ab. Dort versuchte der 19 Jahre alte Arbeiter Gustav Wylukki vom Köhlichen Alter 62 Jahre erkrankt, eine 20 Jahre alte Lina Schmidt aus der Juliusstr. 32, zu erschlagen. Die Betroffene wurde lebensgefährlich verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Wylukki wurde verhaftet. Die jungen Leute unterhielten sich längerer Zeit miteinander ein Liebesverhältnis, stießen aber auf mancherlei Widerstand. Nachdem sich das Paar überzeugt hatte, daß es sich nicht betreten konnte, beschloß es, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Mit einem scharf geladenen Revolver versehen, begaben sich die jungen Leute vorgestern abend schon zeitig nach dem Treptower Park. Die ganze Nacht durchwanderten sie die Anlagen; endlich um 4 Uhr früh schritten sie zur Tat. Wylukki schoß dreimal an seiner Braut vorbei. Erst der vierte Schuß traf sie in die linke Brustseite so schwer, daß sie zusammenbrach. In diesem Augenblick kamen andere Leute dazu. Sie verhinderten Wylukki, die Waffe gegen sich selbst zu richten und hielten ihn fest, bis ein Gendarm kam. Diefem erzählte das junge Mädchen, um den Geliebten zu schonen, daß es von Mäulern überfallen und angeschossen war. Die wirklichen Vorgänge waren aber bald festgestellt. Wylukki wurde darauf festgenommen und gestand auch, daß er die Absicht gehabt habe, seine Geliebte mit ihrem Einverständnis und sich selbst zu erschlagen. Das verurteilte Mädchen wurde nach dem Kreis-krankenhaus in Viry gebracht.

Ein Unglücksfall hat sich am Sonntagabend in dem Hause Belferstraße 58 zugezogen. Der 55jährige Zimmermeister Wilhelm Haupt aus der Postener Straße 23 hatte mit mehreren Freunden ein in der genannten Straße belegenes Lokal besucht. Er ging auf den Hof hinaus, um frische Luft zu schöpfen. Als er die Gasuhr wieder betreten wollte, verkehrte er die Tür und stürzte in der Dunkelheit in den daneben belegenen Keller hinunter. Nach einiger Zeit vernahmten ihn seine Freunde und fanden ihn schließ-lich regungslos auf den Kellersteinen liegend vor. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod des Zimmermeisters feststellen.

Zu einer polizeilichen Waffenerrechnung kam es am Ende der vorigen Woche auf dem Neubau der Prinz-Gandjery- und Falkstraße-Ecke. Am Mittwoch, den 21. Juni, war es zu einem Renkontre zwischen einem Schuttmann und einem Maurer gekommen, in dessen Verlauf der Polizeibeamte dem etwas angegriffenen Maurer mit dem Säbel eine klaffende Wunde am Kopf beibrachte. Dieser Vorfall hatte zahlreiche Passanten angelockt, um so mehr als der Beamte dem Verletzten Helsen angelegt hatte, deren sich derselbe entledigte. Da auch die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter Augenzeugen dieser Szene waren, erschienen am Donnerstagnachmittag ein Polizeileutnant mit einer Anzahl Schutteleute auf dem Neubau und stellten die dort beschäftigten Arbeiter fest. Es wurde den Arbeitern gelagt, daß Tags zuvor auf den den Maurer schmeichelnden Schuttmann geworfen worden sei. Noch an demselben Abend wurden die auf dem Bau beschäftigten Pauer und Hilfsarbeiter nach der Polizeiwache gebracht. Am Freitag früh wurden die Henselger und später die Raler vom Bau abgeholt. Am Sonnabend früh mußten noch-mals diejenigen zur Wache kommen, die an dem freigelegten Tage in der zweiten Etage gearbeitet hatten. Es sei, so sagte man ihnen auf der Wache, der Polizei bekannt, daß aus der zweiten Etage mit Raketen nach dem Schuttmann geworfen worden sei. Gegen diese Verächtigung sowie gegen die Abholung nach der Polizeiwache

protestierten einige der Arbeiter ganz entschieden. Schon die Tatsache, daß ein zahlreiches Publikum um den Schuttmann versammelt gewesen sei, ließe es wenig glaubhaft erscheinen, daß sich die Arbeiter des Baus des Schuttmann zum Zielobjekt gemacht hätten. Wegen der Störung haben die davon betroffenen Arbeiter Beschwerde eingelegt.

Charlottenburg.

Eine neue Badeanstalt beabsichtigt die Stadt Charlottenburg in der Rärnberger Straße auf dem Gelände des alten Pferdebahnhofs zu errichten. Die Vorarbeiten für den Bau gehen bis auf das Jahr 1901 zurück. War zu Anfang geplant gewesen, ein Solibad anzulegen, welches in seiner Einrichtung und Größe dem Bad in der Krummen Straße ähnelte, so geht das neue Projekt weit über diesen Rahmen hinaus. Es sind nämlich, um die wohlhabenden Einwohner zum Besuch des Bades zu veranlassen, neben den einfachen Einrichtungen auch solche mit vornehmer Ausstattung vorgesehen, für welche dementprechende Preise gefordert werden sollen. Man hofft dadurch den jährlichen Zuschuß zu verringern. — Diesen Richtlinien folgend, sieht der Entwurf des Magistrats, der dem Stadterordneten zugewandt ist, drei Klassen von Bädern zu den Preisen von 1,50 M., 0,75 M. und 0,40 M. pro Bad, zwei Klassen von Schwibbädern zu 3.— M. und 1,25 M., Salonschwibbäder zu 10 M., elektrische Lichtbäder zu 2,50 M., Iohannisbaura-Bäder zu 1,40 M., Brausebäder zu 0,10 M. und Schwimmbäder zu 0,40 M. für Erwachsene und 0,25 M. für Kinder vor. Während das Solibad in der Krummen Straße nur ein Schwimmbassin enthält, sind für das neue Bad drei projektiert, eins für Männer, eins für Frauen und ein Bad im Freien zur Benutzung in den Sommermonaten. Mit letzterem ist ein Wellenbad und ein Sonnenbad verbunden. Die Männer-Schwimmbasse soll eine Fläche von 405 Quadratmetern, die Frauen-Schwimmbasse eine solche von 208 Quadratmetern und das Freiluftbad eine solche von 464 Quadratmetern erhalten. (Das Bad in der Krummen Straße ist 240 Quadratmeter groß.) Die Anordnung dieser drei Bassins auf dem dreieckigen Terrain erfolgt derart, daß in jede Ecke eins verlegt wird, während der Mittelraum den übrigen Zwecken vorbehalten bleibt. An der Straßenseite ist die Anzahl von Räumen vorgesehen, welche zu gewerblichen Zwecken vermietet werden sollen. Außer zwei Eck-läden sind 45 Meter Ladenfront verfügbar. Außerdem sollen in dem Gebäude Räume an einen Gastwirt, an einen Friseur, einen Zeitung- und einen Blumenhändler vermietet werden. Ein Teil bleibt für die Zweigstelle der Volksbibliothek, die sich jetzt in Pletzen-räumen in der Nähe befindet, reserviert. Die jährlichen Einnahmen aus der Anlage werden auf 510 000 M., die Ausgaben einschließlich Verzinsung und Tilgung des Kapitals auf 640 000 M. veranschlagt, so daß der Stadt also jährlich etwa 130 000 M. Kosten entstehen werden. Der Bau, dessen Fertigstellung zum 1. Juli 1914 vorgesehen ist, erfordert einen Aufwand von 4,6 Millionen Mark, welche aus Anleihemitteln gedeckt werden sollen.

Abgesehen davon, daß man sich gegen dieses Projekt schon wegen seiner Klassifizierung wenden muß, dürfte es sehr fraglich sein, ob die Spekulation in puncto Rentierung der Anlage überhaupt richtig ist.

Die wohlhabenden Einwohner werden, da sie über komfortable Wohnungen verfügen, von den vorgesehenen Luxusbädern sicher nicht den erhofften Gebrauch machen.

Lichtenberg.

Lichtenberg ist zufolge eines Beschlusses in der Nachbargemeinde Rummelsburg Großgrundbesitzer geworden. Das zwischen dem "Café Bellevue" und dem Gemeindegrundstück in der Hauptstraße zu Rummelsburg belegene Wassergrundstück der Lehmannschen Erben ist für 650 000 M. in den Besitz der Stadt Lichtenberg übergegangen. Im Verein mit dem Gelände der Gemeinde Rummelsburg wäre hier der Platz für die kommende neue Gasbereitungsanstalt für das zukünftige Groß-Lichtenberg. Ueber die Verhandlungen, die zwischen den beiden Gemeinden wegen ihrer Zusammenlegung unter Leitung eines Regierungskommissars gepflogen werden, berichtet auf Anfrage unserer Genossen der Erste Bürgermeister Pletzen in der letzten Stadterordnetenversammlung. Nach diesem Bericht scheint bei einigermassen gutem Willen der Beteiligten die durchaus wünschenswerte Vereinigung der beiden zusammen etwa 150 000 Seelen zählenden Gemeinden unter Miteinbeziehung der Gemeinde Stralau, die schon heute zu dem Polizeibezirk Lichtenberg-Rummelsburg gehört, sehr wahrscheinlich. Man rechnet damit, daß bereits am 1. April 1912 die drei Orte zu Groß-Lichtenberg vereinigt sind.

Ober-Schöne-weide.

Die Gründung einer Damenabteilung plant in einer heute, Dienstag abend 9 Uhr, stattfindenden Zusammenkunft bei Barnack, Wilhelmshofstr. 18, der Schwimmklub "Vorwärts" M. d. N. Schw. O. Freunde vollständiger Schwimmerei sind hierzu eingeladen.

Vom Tode des Getrunken gerettet wurde der Walfir. 70 wohnhafte 42jährige Arbeiter Otto Kaiser. Derselbe hatte in Gemeinschaft mit einem Freund in der Nähe von Zapperts Waldschloß, Oberpreze, gehoben, wo er zum Entsetzen des am Ufer stehenden Publikums in die Tiefe sank. Nur durch das entschlossene Handeln eines am Ufer Stehenden gelang es, den bereits Vermissten aus den Fluten zu retten. Die sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Wilmersdorf.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich gestern vormittag gegen 9 Uhr in der Wilhelmstraße. Dort wird zurzeit ein Grundstück aus-geschachtet, auf dem eine höhere Behranstalt errichtet werden soll. Um die angegebene Zeit war eine der dort aufgestellten Dampf-trommen in voller Arbeit, welche in den morastigen Grund zu treiben. Aus noch nicht ermittelten Ursachen kippte die Ramme plötzlich um und stürzte heftig zu Boden. Der Arbeiter Hiesler geriet unter die Dampftrümme und wurde schwer verletzt, während sich mehrere andere Arbeiter noch im letzten Augenblick durch einen Sprung zur Seite retten konnten. Die sofort alarmierte Wilmers-dorfer Feuerwehr mußte den unglücklichen Arbeiter erst aus seiner entsetzlichen Lage befreien. Dann wurde er nach dem Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Potsdam.

Erweiterungsplan des Realgymnasiums. Kaum sind zwei Jahre verfloßen, daß das mit allen modernen Einrichtungen der Neuzeit ausgestattete Realgymnasium seiner Bestimmung übergeben wurde, und schon macht sich ein Erweiterungsplan dieses Schultempels notwendig. Eine der nächsten Stadterordnetenversammlungen dürfte eine sich mit diesem Bau befassende Vorlage zugehen. Der diesem Erweiterungsplan kommen hauptsächlich in Betracht sechs neue Klassen-räume, ein Laboratorium, ein Zeichenaal, Erweiterung der Turn-halle und Schaffung eines neuen Ankleideraumes sowie eine Direktor-wohnung von sieben Zimmern. Vom Regierungsbauemeister Schmidt sind zwei Entwürfe vorgelegt worden. Projekt I ist veranschlagt mit 178 000 M., Projekt II mit 158 300 M. Der Magistrat hat sich für das letztere entschieden und wird dieses dem Stadterordneten zur Genehmigung vorlegen.

Spandau.

In der Havel ertrunken ist anscheinend ein Mann, dessen Kleidungsstücke gestern morgen am Ufer der Bürgerablage vor-gefunden worden sind. Die Gegenstände lagen in der Nähe der Fuhdbadeanstalt des Johannisstifts; in den Taschen wurden Aus-weisepapiere gefunden, die auf einen Schornsteinfeger Valentin lauteten. Allen Anschein nach ist der Mann beim Baden ertrunken. Die Leiche ist noch nicht gefunden.

Vom Herzschlage getroffen wurde gestern morgen der Arbeiter O. in der Adamstraße in dem Augenblick, als er sein Haus verlassen wollte; der Tod trat gleich darauf ein. Der Mann war seit einiger Zeit herzleidend.